

E + IV D1 20-168

1 Js 1/67 (Stapoleit.)

R 3419

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: **445**

Grötzinger,

Jakob

ly

Einzelfall

Hef+3 (Bd. II)

Bd. II

1Js1/67

Stapoleit. Bln.



Abschrift

B

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht  
- 1 Gew. Js. 10 43./41 -

Berlin NW40, den 21. September 1942  
Turmstr. 91  
Fernruf: 35 6701

An die  
Strafkammer bei dem Landgericht  
in B e r l i n .

A n k l a g e .

1. Die Helferin in Steuersachen Elisabeth, Marie R e m m l i n g e r, geboren am 10. August 1903 in Audenaerde (Belgien), wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 21, Reichsdeutsche, katholisch, ledig, vom 4.11.41 - 19.11.41 in dieser Sache in Untersuchungshaft, zur Zeit in - 3 P.KMs. 5./42 - im Gerichtsgefängnis Charlottenburg in Haft, verbestraft,
  2. Der Flieger Gerhard B e g a l l, geboren am 15. September 1909 in Berlin, evangelisch, ledig, ~~Flieger~~ Fliegerhorstkompanie Döberitz, unbestraft,
  3. Der Kaufmann Günther K o e h, geboren am 9. Oktober 1905 zu Potsdam, wohnhaft Berlin-Wilhelmshagen, Moltkestr. 52, evangelisch, verheiratet,
  4. Der Flugleistungsassistent Karl B r a u n e, geboren am 23. August 1902 in Berlin, wohnhaft in Berlin-Britz, Britzkestr. 4, Reichsdeutscher, evangelisch, verheiratet, nicht verbestraft,
  5. Der Flugleistungsassistent Heinz, August, Louis R e i n i c k e, geboren am 29. November 1913 in Fürstenwalde, wohnhaft in Berlin-Pankow, Wilhelm Kur Str. 2, Reichsdeutscher, evangelisch, verheiratet, unbestraft,
- werden angeklagt,

1. die Angeschuldigte Remmlinger fortgesetzt in Berlin und München im Jahre 1941 in geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs den Angestellten der Deutschen Lufthansa Geschenke und andere Vorteile angeboten und gewährt zu haben, um durch unlauteres Verhalten der Angestellten bei der Beförderung für jüdische Fluggäste eine Bevorzugung zu erlangen.



2. Die Angeschuldigten zu 2 - 5  
als Angestellte der Lufthansa im geschäftlichen Verkehr  
Geschenke und andere Vorteile gefordert bzw. angenommen  
zu haben, um durch unlauteres Verhalten Juden bei der Beför-  
derung durch die Lufthansa eine Bevorzugung zu verschaffen.  
- Vergehen strafbar nach § 12 U W G , § 74 StGB -

Ermittlungsergebnis:

In Jahre 1941 herrschte für die Flugstrecke Berlin-Massabon der Lufthansa eine so rege Nachfrage von Juden, daß in Juni 1941 im Interesse der übrigen Fluggäste bestimmt wurde, daß Juden nur befördert werden durften, wenn der Frachtraum sonst unausgenutzt blieb. Die <sup>Angeschuldigte</sup> Remmlinger wandte sich mit Zuwendungen an Angestellte der Lufthansa und erreichte hierdurch entgegen den internen Anweisungen für Juden, daß für diese Plätze in Verkehrsmaschinen freigehalten wurden.

Der Angeschuldigte B e g a l l, der in Berlin die Buchungen der Fluggäste vorzunehmen hatte, erhielt von der Angeschul- digten Remmlinger 300 RM für die Beförderung der Sara Drucker nebst Sohn, für die er solange Plätze freihielt, bis die Visumschwierigkeiten behoben waren.

Durch Vermittlung des B e g a l l knüpfte die Angeschuldigte Remmlinger mit dem Hauptkassierer und Abteilungsleiter der Lufthansa in Berlin dem Angeschuligten K o c h Beziehungen an und verstand es ihn durch Theater - Kino - und Bar -ein- ladungen für sich zu gewinnen. Auch bezahlte sie für ihn eine Zahnarztrechnung in Höhe von 165 RM und schenkte ihm Sekt, Wein, Cognac, Kaffee, Zigaretten und ein silbernes Zigaret- tenetui im Werte von 50 RM. Koch war ihr dafür bei der Be- förderung der jüdischen Fluggäste behilflich. Er setzte sich mit dem Angeschuligten B r a u n e in Verbindung, dem die gesamte Abfertigung der Fluggäste in Berlin oblag, und machte ihm den Vorschlag, Juden gegen eine Sondervergütung von je 100 RM bevorzugt befördern zu lassen. Auf diese Weise gelang es der Angeschuligten Remmlinger, Plätze in Verkehrsmaschi- nen für ihre jüdischen Auftraggeber, und zwar im August 1941 für das Ehepaar Stiegland und im September für das Ehepaar



Ehepaar P o c h und Sara M e y e r zu besorgen.

Der Angeschuldigte Reinicke, der das Gepäck der Fluggäste zu überwachen hatte, war diese verbotswidrige Beförderung aufgefallen. Damit er keine Schwierigkeiten bereitete, erhielt er 200 RM, von Braune und Koch je 50 RM, den Rest von der Angeschuldigten Remmlinger.

In München wurde das jüdische Ehepaar P o c h und Sara Meyer von der Weiterbeförderung ausgeschlossen, da der Frachtraum anderweit ausgenutzt war. Die Angeschuldigte Remmlinger wandte sich an den Angestellten der Dienststelle der Lufthansa in München, Alfred Meyer, gab ihm unter Berufung auf ihre Beziehungen zu Koch in Berlin 300 RM und versuchte ihn zur bevorzugten Beförderung der jüdischen Fluggäste zu bestimmen. Meyer nahm das Geld und erstattete Anzeige.

Beweis: eigene Angaben der Angeschuldigten.

Es wird beantragt,

die Hauptverhandlung vor der Strafkammer bei dem Landgericht in Berlin ~~anzuordnen~~

Der Hauptverhandlung ohne Hinzuziehung von Beisitzern stimme ich zu.

Im Auftrage:

gez: Dr. Ziebell,  
Staatsanwalt.

To. K,



# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42  
(501.281.42)

Absender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**

An den Kriminaloberassistenten

Herrn Panknin  
Staatliche Kriminalpolizei,  
Kriminalpolizeileitstelle

- IV D 1 -

in Berlin C.2

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde  
Bereinfachte Fassung.

*Büro Nr. 28* Dircksenstrasse 14

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu

heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —,

[Bordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen,  
Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]

[Bordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und  
Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]

1. An  
den Empfänger  
oder den Vorsteher  
u.ä.  
in Person.

dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und  
Zuname):

*Herrn Panknin*  
selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum  
(*Büro Nr. 28*)  
übergeben.

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungs-  
berechtigten Mitinhaber —

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäfts-  
lokal) — übergeben.

2. An  
Gehten,  
Schreiber,  
Beamte u.ä.

da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den  
— Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst nicht angetroffen habe, dort de — Gehilf —  
— Schreiber —  
übergeben.

da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der  
gewöhnlichen Geschäftsstunden

a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter —  
vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme ver-  
hindert war,  
b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs-  
berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war,  
dort dem beim Empfänger angestellten — übergeben.

3. An  
a) ein Familien-  
mitglied,  
b) eine dienende  
Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem  
Ehemann — dem Sohne — der Tochter —  
übergeben.  
b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen,  
nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne —  
der Tochter — übergeben.  
b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

4. An den  
Hauswirt oder  
Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die  
Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende  
erwachsene Person nicht ausführbar war, de in  
demselben Hause wohnenden — Hauswirt —  
Vermieter —, nämlich de  
zur Annahme bereit war, übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie  
gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie  
dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in dem-  
selben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —,  
nämlich de  
zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerung Annahme.  
(Kommt nur in den Fällen  
1, 2 und 3 in Betracht)

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung  
noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

*Berlin*, den *8. Oktober* 1942



Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

**Postzustellungsurkunde**

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42  
(501 - 281.42)

Absender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**An den Kriminaloberassistent  
Herrn MarkardStaatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeileitstelle

- IV D 1 -

Berlin C.2

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde  
vereinfachte Zustellung.

Dircksenstrasse 14

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu Berlin C.2  
heute hier — zwischen ..... Uhr und ..... Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen,  
Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.][Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und  
Bereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]1. An  
den Empfänger  
oder Vorsteher  
in Person.dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und  
Zuname): Herrn Markardselbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum  
(Geschäftslokal) Büro 28 übergeben.dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungs-  
berechtigten Mitinhaber —in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäfts-  
lokal) — übergeben.2. An  
Gehilfen,  
Schreiber,  
Beamte usw.da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den  
— Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):selbst nicht angetroffen habe, dort de — Gehilf —  
— Schreiber — übergeben.da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der  
gewöhnlichen Geschäftsstundena) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter —  
vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme ver-  
hindert war,  
b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs-  
berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war,  
dort dem beim Empfänger angestellten übergeben.3. An  
a) ein Familien-  
mitglied,  
b) eine dienende  
Person.da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem  
Ehemann — dem Sohne — der Tochter —  
übergeben.b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen,  
nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne —  
der Tochter — übergeben.b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.4. An den  
Hauswirt oder  
Vermieter.da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die  
Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende  
erwachsene Person nicht ausführbar war, de in  
demselben Hause wohnenden — Hauswirt —  
Vermieter —, nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie  
gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie  
dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in dem-  
selben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —,  
nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme.  
(Kommt nur in den Fällen  
1, 2 und 3 in Betracht)Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung  
noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

Berlin, den 8. Oktober 1942



13  
Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

Ladung z. 26.10.1942 mit Nachricht von  
Terminsverlegung.

# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42

(501 - 281.42)

Abfender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**

An den Kriminaloberassistent  
Herrn P a n k n i n  
Staatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeileitstelle  
- IV D 1 -

in B e r l i n C.2

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde.  
Vereinfachte Zustellung.

Burgstrasse 28

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu  
heute hier — zwischen ..... Uhr und ..... Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —

[Bordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen,  
Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]

[Bordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und  
Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]

1. An  
den Empfänger  
oder  
in Person.

dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und  
Zuname): Herrn Panknin

selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum  
(Geschäftslokal) Burgstr. 28

übergeben.

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungs-  
berechtigten Mitinhaber —

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäfts-  
lokal) — übergeben.

2. An  
Gehten,  
Schreiber,  
Beamte usw.

da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den  
— Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst nicht angetroffen habe, dort de — Gehilf —  
— Schreiber —

übergeben.

da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der  
gewöhnlichen Geschäftsstunden

a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter —  
vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme ver-  
hindert war,

b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs-  
berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war,  
dort dem beim Empfänger angestellten

übergeben.

3. An  
a) ein Familien-  
mitglied,  
b) eine dienende  
Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem  
Ehemann — dem Sohne — der Tochter —

übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort

a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen,  
nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne —  
der Tochter —

übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

4. An den  
Hauswirt oder  
Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die  
Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachse-  
nen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende  
erwachsene Person nicht ausführbar war, de in  
demselben Hause wohnenden — Hauswirt —  
Vermieter —, nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie  
gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie  
dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in dem-  
selben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —,  
nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme.  
(Kommt nur in den Fällen  
1, 2 und 3 in Betracht)

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung  
noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

Berlin, den 15. Oktober 1942



Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

Ladung zx23x13x 26.10.1942 mit Nachricht von Terminsverlegung.

# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 2 1 Ms 20.42  
(501 - 281.42)  
Absender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**

An den Kriminaloberassistenten

Herrn Markard  
Staatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeileitstelle

- IV D 1 -

In Berlin G.2

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde.  
Vereinfachte Zustellung.

Burgstrasse 28

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —

[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen, Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]

[Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]

1. An den Empfänger oder Vorsteher usw. in Person.

dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname): Herrn Markard  
selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) — übergeben.

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) — übergeben.

2. An Gehilfen, Schreiber, Beamte usw.

da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):  
selbst nicht angetroffen habe, dort de. — Gehilfe — Schreiber — übergeben.

da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der gewöhnlichen Geschäftsstunden  
a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme verhindert war,  
b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war, dort dem beim Empfänger angestellten — übergeben.

3. An a) ein Familienmitglied, b) eine dienende Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):  
selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.  
b) de. in der Familie dienenden erwachsenen — übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —  
in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.  
b) de. in der Familie dienenden erwachsenen — übergeben.

4. An den Hauswirt oder Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):  
selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de. in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —, nämlich de.  
d. zur Annahme bereit war, übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —  
in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de. in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —, nämlich de.  
d. zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme. (Kommt nur in den Fällen 1, 2 und 3 in Betracht)

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo IV D 1 -R. 2128/41 -neu-

Berlin, den 22. Oktober 1942. 89

Urschriftlich

dem Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht B e r l i n

B e r l i n NW 40,  
Turmstr. 91

zum Aktz.: (501) 2 P.K.Ms. 20.42 (281.42) übersandt.

I. A.



*Vorgehen mit 2 Anlagen  
Dr. Hoffmanns Ltn*

*mit Tante gegen Lothar v. A. - Räumung - von Innen am 26.10.42  
Hoffmanns, ist anwesend.  
Dr. Hoffmanns, 23.10.1942  
Hoffmanns, 23.10.1942*



Berlin, den 20.10. 1942

91

In der Wohnung aufgesucht erklärt die Wtw. Elice Mohr, geb. Schulz, 2.10.85 Berlin geb., Bln. Steglitz, Forststr. 19 wohnhaft, und erklärt auf Befragen folgendes:

Im Jahre 1911 schloss ich mit meinem jetzt verstorbenen Manne die Ehe. Er war von Beruf Kunstmaler und hat in den ersten Jahren unserer Ehe praktisch gearbeitet. Barvermögen hat er nicht mit in die Ehe gebracht. Ich selbst habe nach dem Tode meines Vater nach dem Weltkriege 40000.- RM geerbt. Für dieses Geld kaufte mein Mann auf meinen Namen eine Villa in der Humboldstr. 27. Vor ca 11 Jahren wurde die Villa wieder verkauft und zwar wurde sie versteigert. Als ich heiratete, bekam ich von meinem Vater ca 3000.-RM für die Aussteuer. Im Laufe der Zeit hat mein Mann noch versch. Möbelstücke dazu gekauft. Sämtliche in meiner Wohnung befindlichen Einrichtungsgegenstände sind mein Eigentum und wurden vor Jahren gekauft. Sämtliche Bilder sind von meinem Manne selbst gemalt worden. 1 Bild stammt von einem Maler Deventa und ist vor Jahren in der Steglitzer Kunstaussstellung gekauft worden.

Möbelstücke wurden in den letzten Jahren nicht gekauft.

Die vorhandenen Teppiche wurden mit Ausnahme eines Teppichs, welcher vor ca 2 oder 3 Jahre gekauft worden ist, schon vor Jahren gekauft und sind mein Eigentum. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, dass mein verst. Mann in den letzten 1 1/2 Jahren keine Teppiche oder andere Gegenstände erworben, bzw. in die Wohnung gebracht hat.

Belege habe ich nur teils von den zuletzt gekauften Teppichen und gebe ich sie zur Vernehmung.

*Gegeben:* Ich habe in allen Punkten die Wahrheit gesagt.  
*Baukmi, D. 2. 10. 1942*  
g. *Alina Mohr* u.



Weiterverhandelt.

Meine Vernehmung möchte ich noch wie folgt ergänzen:  
Meine Wohnung besteht aus 4 1/2 Zimmern wovon ich 2 Zimmer  
nach dem Tode meines Mannes vermietet habe. Die Bibliathék  
habe ich bereits verkauft und bin im Begriff mir eine Arbeit  
zu suchen, um meinen Unterhalt bestreiten zu können.

Barvermögen hat mein verst. Mann nicht hinterlassen.

v.

g.

u.

----- *Mia Mohr* -----

geschlossen mit dem Vermerk , dass die Unterzeichneten die  
Wohnung zu Lebzeiten des M. kannten und heute feststellten,  
dass die 2 Zimmer vermietet sind und die Bibliothek verkauft  
ist.

*Beckmann, S. H. S.*  
Krim. Sekretäre.

Stapo IV D 1

Berlin, den 21. Oktober 1942.

V e r m e r k .

Von der Witwe M o h r wurde eine Quittung über gekaufte  
Teppiche hier abgegeben. Frau Mohr erklärte, dass diese  
gekauften Stücke ihr Eigentum seien und dass die Quittung  
damals auf den Namen ihrer Nichte ausgestellt worden sei.

*Beckmann*  
Krim.-Sekretär.







8) Isidor Isidor Thurner, wohnhaft:  
Hr. - Hofmeister, Aufseher No. 34

9) Isidor Isidor Thurner, wohnhaft:  
Hr. - W 15, Meinerthstr. 27.

Es ist, mit den vorstehenden Namen, die  
am 1. 10. 1942, der 1. Hofmeister.  
hinsichtlich der obigen Namen und Personen, die  
in den Hofmeister als Jünger gelistet waren,  
hinsichtlich zu erfahren.

2) 10. Hofmeister. Hr., 1. 10. 1942, der 1. Hofmeister.  
des Hofmeisters.

2) 10. Hofmeister  
3) Hofmeister 1. Hofmeister.

n. d. d. d.  
Oct. 10. Nov. 1942 Dörfling  
1 Hofmeister.

1).

Hier ist!

1) Die diesbezügliche vom 26. 10. 1942 (Tel 95)  
angeforderte kommunale Hofmeister, die Jünger  
Jünger soll am 16. Nov. 42, 9 Uhr in Jünger  
669 diesbezügliche Hofmeister. Hofmeister. Hofmeister.

hier zu lesen

- a) Die diesbezügliche Jünger 2-9/  
b) Hofmeister vom Hofmeister die Hofmeister  
c) " " " Hofmeister  
d) " " " Hofmeister

2) Wenn sofort nach Hofmeister Hofmeister Hofmeister

Zur Post durch Justizw. Hofmeister  
am 12. Nov. 1942 Hofmeister

Hr. 1. 12. 1942

Hofmeister, Hofmeister Hofmeister.



Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

3 Ladung z. 6.1.1943

# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42  
(501 - 281.42)

Absender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**

An

den Kriminaloberassistent  
Herrn P a n k n i n  
Staatspolizeileitstelle - IV D 1 -

in B e r l i n C.2

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde.  
Vereinfachte Zustellung.

Grunerstrasse 12

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu Berlin C.2  
heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —,

[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen,  
Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]

[Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und  
Bereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.).]

1. An  
den Empfänger  
oder Vorsteher  
u.ä.  
in Person.

dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und  
Zuname):

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungs-  
berechtigten Mitinhaber —

selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum  
(Geschäftslokal) —  
übergeben.

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäfts-  
lokal) — übergeben.

2. An  
Gehilfen,  
Schreiber,  
Beamte usw.

da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den  
— Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der  
gewöhnlichen Geschäftsstunden

selbst nicht angetroffen habe, dort de Herrn Panknin  
— Schreiber — Herrn Panknin  
übergeben.

a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter —  
vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme ver-  
hindert war,  
b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs-  
berechtigten Mitinhaber — nicht anwesend war,  
dort dem beim Empfänger angestellten — übergeben.

3. An  
ein Familien-  
mitglied,  
b) bedienende  
Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen  
Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem  
Ehemann — dem Sohne — der Tochter —  
übergeben.

in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort  
a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen,  
nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne —  
der Tochter — übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

b) de in der Familie dienenden erwachsenen  
übergeben.

4. An den  
Hauswirt oder  
Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor-  
und Zuname):

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden  
ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —  
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die  
Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachse-  
nen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende  
erwachsene Person nicht ausführbar war, de in  
demselben Hause wohnenden — Hauswirt —  
Vermieter —, nämlich de

in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie  
gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie  
dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in dem-  
selben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —,  
nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

d zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme.  
(Kommt nur in den Fällen  
1, 2 und 3 in Betracht.)

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung  
noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

Berlin

den 11. Dezember 1942



Öffentliche Sitzung der 1.  
großen Strafkammer des Landgerichts

L. G. (St. K. . J)  
7. JAN. 1943  
2R  
ab  
Bd. H. A. Bd. Bogen

184  
Berlin, den 6. Januar 1943.

Strafsache

Looser u. A. Freifrau  
gegen den Angeklagten  
Lino Haack aus Klein-Machnow  
Leibz. 45 geboren am 21. Juli 1894  
zu Berlin, R. D., ev., Kaufm.  
zur Zeit in Untersuchungshaft im  
Hofgefängnis Plötzensee,

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Vogel,

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Kling,

Amtsgerichtsrat Frg. von Türk,

als beisitzende Richter,

wegen Lehrzuges.

als Schöffen,

Amtsgerichtsrat Jarginer,

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellter Wimmer

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Beginn: 12.15 Uhr

St. Kl. : 15.20 "

Landgerichtsrat: Dr. Kling.

Bei Aufruf der Sache erscheint — wurde vor-  
geführt — der Angeklagte Haack,  
als Verteidiger seinen  
Rechtsanwalt Dr. Krüger.

— Die Verhandlung begann mit dem Aufruf  
der Zeugen — und Sachverständigen —. — Es  
meldeten sich: —

Lehr  
Krim. Abt. Pankow,  
ang. Dietrich.

Gef. 13. 1. 1943  
1 Urteil n. Steno  
= 6 S. Gö.

(501) 2 PKM. 20/42 (287.42)

K. G. — Tg. —  
Nr. 72. Hauptverhandlung vor der großen Strafkammer (§§ 271 ff.  
RStPD). (hierzu erforderlichenfalls StP. Nr. 109. — Zeugen-  
vernehmung — als Einlagebogen.)

Erbetenverwollung StrGef. Tegel



Der Zeuge wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Angeklagten bekannt gemacht. — Er — Sie — wurde — sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß — er — sie — seine — ihre — Aussage zu beeidigen — habe — hätten —, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Der Zeuge wurde ferner auf die Bedeutung des Eides sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die den Zeugen über — seine — ihre — Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

Der Zeuge entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der Angeklagte, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an: *an: mal*  
*abkündig ist.*

*Dr. Guattemals trägt die Anklage vor.*

~~Der Beschluß vom~~  
~~Hauptverfahrens wurde verlesen.~~

~~194~~ über die Eröffnung des

Der Angeklagte wurde befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle. *Er* erklärte *ja* zur Sache.



Die Staatsanwaltschaft beantragte Verlesung des Protokolls  
über die Vernehmung der Zeugen Abraham, Frau Fränkel, Frau Lippmann in Thernal  
durch den ersuchten Richter.

Der Beschluß vom 26.10.42 *Sl. 95, 129/130 über Vernehmung d. Zeugen Lippmann, Lippmann*  
Anhörung der Prozeßbeteiligten *wurde verlesen und nach*

b. u. v. *Lippmann Lippmann in Thernal*  
Das Protokoll über die Vernehmung der Zeugen Abraham, Fränkel,  
ist zu verlesen, weil der Grund dieser Vernehmung, ~~dass der Zeuge Lippmann~~  
~~Zeugen das Erscheinen in der Hauptverhandlung wegen des damit~~  
~~verbundenen Zeitverlustes nicht zugemutet werden kann, noch~~  
fortbesteht.

~~Der Beschluss wurde ausgeführt und festgestellt, dass d~~  
~~Zeug beeidigt worden ist.~~

*in Protokolla Gl. 129-134 verlesen werden.*

Die Zeugen wurden hierauf - einzeln - vorgerufen und,  
- in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen, - wie folgt,  
vernommen:

1. Zeuge Panknin.

Ich heiße *Paul Panknin*.

bin 39 Jahre alt, *Kleinlehrer* in Berlin

Mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

*Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.*

2. Zeuge Dietrich.

Zur Person:

Ich heiße *August Dietrich*

bin 43 Jahre alt, *Handwerker* in Berlin,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und  
nicht verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

*Der Zeuge Panknin wurde beeidigt.*

Der Staatsanwalt, der Angeklagte und der Verteidiger ver-  
zichteten auf Vernehmung der Zeugen *Panknin, Dietrich*

B. v. v. *Abraham, Lippmann, Dietrich*  
Von der Vernehmung der Zeugen *Abraham, Lippmann, Dietrich*

wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abstand genommen.

Im allseitigen Einverständnis wurde die Zeugen

um 1.4.00 Uhr entlassen

*Die Lippmann-Aufnahme getroffen.*



186

— Nach der Vernehmung eines jeden — Zeugen — Sachverständigen — und —  
Mitangeklagten — sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks — wurde d. ~~r~~  
Angeklagte befragt, ob ~~r~~ etwas zu erklären habe . —

Die Staatsanwaltschaft und sodann d. ~~r~~ Angeklagte — und d. ~~r~~ Verteidiger  
— erhielten zu ihren Ausführungen — und zu der Frage der Haftfortdauer — das Wort.

Die Staatsanwaltschaft beantragte:

2 Jahr Gefängnis  
Aussetzung der Verbüßungsfest

D. ~~r~~ — Angeklagte — — Verteidiger

beantragte :

Freisprechung  
an. milder Haft  
in Aussetzung der vollen U-Haft.



Der Angeklagte — Verteidiger — hatte das letzte Wort.  
— Der Angeklagte wurde befragt, ob er selbst noch etwas zur  
Verteidigung anzuführen habe. Er erklärte: —

*Ich bitte um die Aufhebung meines  
Schuldigseins.*

Das Urteil wurde \*) im Namen des Deutschen Volkes  
durch Verlesung der Urteilsformel und durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts  
der Urteilsgründe dahin verkündet: \*\*)

*Der Angeklagte wird unter Freisprechung  
im übrigen wegen Leibes in vier Fällen  
zu einer Gesamtkasse von 10-jährigen Monaten  
Gefängnis ~~und zu dem~~ verurteilt.*

*6-jährigen Monaten der Unterbringung —  
sich werden angerechnet. (wofür ist!)*  
*Die Kasse sollen vorerst Freisprechung  
der Restkasse im übrigen dem Angeklagten  
zur Last.*

*Rechtsmittelbelehrung ist erfolgt.*

*H. Nagel*

*Wasser.*

\*) Hier ist in Fällen, in denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, die Wiederherstellung der Öffentlichkeit und in Fällen, in denen eine erlittene Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe ganz angerechnet wird (§ 60 RStGB.), der Zeitpunkt der Urteilsverkündung nach Stunde und Minute zu vermerken.

\*\*) Hierzu schreibt § 268 Abs. 3 RStPD. vor:

Ist der Angeklagte bei der Verkündung anwesend und ist gegen das Urteil ein Rechtsmittel zulässig, so soll er über die Einlegung des Rechtsmittels belehrt werden.



*20*  
*2.43*

L.G. (SLK. .)	
an	14. JAN. 1943
ab	
Bd.H.A. Bd.B.A. — Ad.	

*John Ann*

Im Namen des Deutschen Volkes!

S t r a f s a c h e

gegen L o o s e r und Andere, jetzt nur gegen  
den Kaufmann Bruno H a a c k ,  
geboren am 31. Juli 1894 in Berlin,  
wohnhaft in Klein-Machnow, Brotberg 45,  
zur Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft im Straf-  
gefängnis Berlin-Plötzensee,  
wegen Betruges.

Die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin hat in der  
Sitzung vom 6. Januar 1943, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Dr.Vogel  
als Vorsitzender,  
Landgerichtsrat Dr.Hinz,  
Amtsgerichtsrat Frhr. von Türok  
als beisitzende Richter,  
Amtsgerichtsrat Jarziner  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,  
Justizangestellter Wussow  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkennt:

Der Angeklagte wird unter Freisprechung im übrigen  
wegen Betruges in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe  
von 10 - zehn - Monaten Gefängnis verurteilt.

6 - sechs - Monate der Untersuchungshaft werden ange-  
rechnet.

Die Kosten fallen, soweit Freisprechung erfolgt ist,  
der Reichskasse, im übrigen dem Angeklagten zur Last.



G r ü n d e .

Die Hauptverhandlung hat auf Grund der eigenen Angaben des Angeklagten und der Aussagen der Zeugen Panknin und Dietrich folgenden Sachverhalt ergeben:

Der im Jahre 1894 geborene Angeklagte Haack hat in Berlin das Lessing-Gymnasium bis zur Obersekundareife besucht und dann den Kaufmannsberuf erlernt. Im August 1914 wurde er Soldat, wurde zweimal verwundet und im April 1918 als Unteroffizier aus dem Heeresdienst entlassen. Er besitzt das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse, das Verwundetenabzeichen und das Frontkämpferehrenkreuz. Der Angeklagte war dann kaufmännisch tätig, und zwar zunächst in der Eisenbranche als Angestellter, dann als selbständiger Kaufmann. Später leitete der Angeklagte eine Gesellschaft für Magermilchverwertung, dann gründete er eine Kommanditgesellschaft, die sich mit dem Vertrieb von Haushaltsgeräten und Waschapparaten befaßt. Bei seiner beruflichen Tätigkeit, die auch das Heilgasverfahren betraf, lernte der Angeklagte den Zeugen Dietrich kennen. Er gründete mit ihm zusammen eine Gesellschaft, die "Hega-Gesellschaft für medizinische Apparate und Heilmittel". Das Geschäftslokal ist in Berlin, Kurfürstendamm 30. Auf Vorschlag des Mitangeklagten Looser stellte der Angeklagte den Juden Dr. Ehrlich, einen früheren Apotheker, welcher besondere Kenntnisse besitzen sollte, in der Firma ein. Er wandte sich um Erlaubnis deswegen an die Wirtschaftskammer der Mark Brandenburg und an das Geheime Staatspolizeiamt, damit der Jude auch nicht etwa von einer Evakuierung betroffen würde. Dr. Ehrlich wurde darauf für die Firma freigegeben. Auch für die Freigabe eines Juden Blüh für seine Firma setzte sich der Angeklagte ein. Dieser hatte ein besonderes Heilverfahren für die Zuckerkrankheit entwickelt, und der Angeklagte hatte deshalb ein Interesse, ihn als Mitarbeiter für seine Firma zu erhalten. Der Angeklagte ging deswegen zu verschiedenen amtlichen Stellen mit dem Erfolg, daß das Innenministerium schliesslich die Erprobung des Mittels selbst übernahm und eine Evakuierung des Juden Blüh bisher nicht



erfolgte. Diese "Zurückstellung" der beiden Juden von einer ihnen drohenden Evakuierung verbreitete sich wie ein Lauf-  
feuer in jüdischen Kreisen, und der Angeklagte Haack genoß  
den Ruf, daß er auf Grund seiner Beziehungen die Möglichkeit  
habe, Juden von der Evakuierung freizubekommen. Es wandten  
sich deshalb verschiedene Juden an ihn, um nicht evakuiert  
zu werden.

Zunächst wandte sich die Jüdin Selma Sara Schmal, welche  
gehört hatte, daß Haack ein Büro zwecks Auswanderungsberatung  
unterhalte, an den Angeklagten, damit er ihr bei ihrer Aus-  
wanderung nach Amerikia behilflich sei. Inzwischen brach jedoch  
der Krieg mit den Vereinigten Staaten aus, und aus der Sache  
wurde daher nichts. Die Zeugin Schmal hat von einem jüdi-  
schen Ehepaar Levy erfahren, daß der Angeklagte für die Zu-  
rückstellung von der Evakuierung dieses Ehepaares 800.- RM  
gefordert und 400.- RM erhalten habe. Die Evakuierung sei  
dann trotzdem vorgenommen worden. Durch die Jüdin Schmal  
*(der Tätigkeit Haacks bei Zurückstellung von Juden bei der Evakuierung)*  
hatten auch andere Juden von dem Angeklagten erfahren.

Ende 1941 kam der jüdische Zahnbehandler Dr. Felix Israel  
Abraham zu dem Angeklagten, um seine kranke Schwiegermutter,  
Frau Döblin, von der Evakuierung freizubekommen. Der Angeklag-  
te sagte ihm zu, er werde etwas unternehmen, um die Evakuierung  
zu verhindern. Der Angeklagte will dann jemanden von der Gestapo  
gefragt haben, wie man einen kranken Juden freibekomme, und  
gehört haben, daß es mit Hilfe eines ärztlichen Attestes mög-  
lich sei. Dies will er dem Abraham weiter gesagt haben. Der  
Angeklagte erhielt schliesslich von dem Juden zunächst 500.-  
RM, *(unter dem Versprechen der Zurückzahlung dieser 500.- RM, falls die Evakuierung doch erfolge.)*  
später weitere 500.- RM. Als der Antrag des Abraham, seine  
Schwiegermutter von der Evakuierung freizubekommen, keinen  
Erfolg hatte und zwei Beamte erschienen, um diese abzuholen,  
zahlte der Angeklagte an Abraham die zuletzt erhaltenen 500.-  
RM zurück.

Gegen Mai 1942 suchte die Jüdin Fraenkel den Angeklagten  
auf, um von der Evakuierung zurückgestellt zu werden, gleich-  
zeitig suchte sie auch für die Jüdin Süßmann und den Juden  
Themal eine Zurückstellung zu erlangen. Der Angeklagte er-



klärte der Fraenkel, er werde prüfen was er tun könne, aber es koste pro Person 1.000.- RM. Die Jüdin Fraenkel gab ihm 300.- RM und brachte am nächsten Tage weitere 300.- RM für die Jüdin Süssmann. Der Angeklagte erklärte, wenn er für die Süssmann und Themal etwas tun solle, müssten diese persönlich erscheinen. Nach einiger Zeit kam Frau Fraenkel mit der Frau Süssmann. Der Angeklagte gab an, daß er Beamte der Gestapo gut kenne, und daß er dort die Angelegenheit in Ordnung bringen werde; alsdann müsste das restliche Geld bezahlt werden. Auch der Jude Themal erschien beim Angeklagten, um wegen seines Krankheitszustandes von der Evakuierung freigestellt zu werden. Dieser Jude zahlte an den Angeklagten 200.- RM. Der Angeklagte erklärte dem Themal, er solle nach einigen Tagen wiederkommen und dann Bescheid über seinen Befund abholen. Als Themal wieder erschien, wies der Angeklagte eine Antwort auf die Frage nach dem Befund aus, sagte aber, Themal solle einen nochmaligen Antrag auf ärztliche Untersuchung stellen, er werde dann dafür sorgen, daß dieser Befund günstig laute. Der Jude Themal bekam schließlich Bedenken, und suchte den Angeklagten nicht wieder auf.

*bei der ärztlichen Untersuchung wegen der Evakuierung*

*namentlich darin, daß Beamte der Gestapo beiseite werden gelassen und er dann große Manneswohlheiten bekommen würde,*

Der Angeklagte gibt im wesentlichen diesen Sachverhalt zu, bestreitet aber, in betrügerischer Absicht gehandelt zu haben. Vielmehr will er die Verbindung mit den Juden nur deshalb aufgenommen haben, um diese später der Geheimen Staatspolizei zuzuführen. Dieser Einlassung vermag das Gericht nicht zu folgen. Es ist zwar dem Angeklagten nicht zu widerlegen, daß er für den Sicherheitsdienst der SS tätig war und im Interesse des Sicherheitsdienstes auch Reisen in die Schweiz gemacht hat. In den Fällen Abraham, Fraenkel, Süssmann und Themal hat sich der Angeklagte des vollendeten Betruges schuldig gemacht. Er hatte nicht die Möglichkeit, diese Juden von der Evakuierung zu befreien, und hat auch keinerlei Versuche unternommen, eine Zurückstellung von der Evakuierung zu erlangen. Es lag dem Angeklagten vielmehr nur daran, von den Juden Geld zu erhalten, um dieses für eigene Zwecke zu verwenden. Dies ergibt sich



189

~~schlußfolgerung~~

auch aus dem Verhalten des Angeklagten bei seiner polizeilichen Vernehmung. Hier hätte der Angeklagte spätestens die Polizei über seine Absichten aufklären müssen, wenn er die Juden nur "hereinlegen" wollte. Statt dessen hat er zunächst jede Bekanntschaft mit den Juden abgestritten, später konnte er sich <sup>angeblich</sup> <sup>ihre</sup> auf die Namen nicht mehr richtig besinnen. <sup>da er</sup> Als ihm dann die Aussagen der Juden im einzelnen vorgehalten wurden, kam er schliesslich damit heraus, daß er die Juden nur habe "auf das Glatteis" führen wollen. Der Angeklagte bestreitet auch zunächst, von den Juden Geld erhalten zu haben, ~~und~~ gab später auf Vorhalt den Empfang des Geldes zu und erklärte, es damit, daß er es genommen habe, um die Juden zu überführen, damit er in den Sicherheitsdienst aufgenommen werde. Auch im Falle Abraham ist der Angeklagte des Betruges bezüglich der von ihm zurückbehaltenen 500.- RM überführt. Der Jude Abraham hat die 500.- RM gegeben, damit der Angeklagte für ihn <sup>nicht etwa nur für eine Beratung</sup> bei der Polizei tätig werde.

In Wirklichkeit hat der Angeklagte auch hier nichts unternommen. Dagegen konnte der Angeklagte im Falle Levy nicht überführt werden. Die Zeugin Schmal hat davon nur von den Eheleuten Levy gehört, der Angeklagte selbst bestreitet in diesem Falle eine strafbare Handlung. <sup>nicht weil die Eheleute Levy nicht vernommen wurden</sup> Da die Eheleute Levy als Zeugen nicht gehört werden können, ist dem Angeklagten hier seine Einlassung nicht zu widerlegen. Insoweit war der Angeklagte von der Anklage des Betruges freizusprechen. Dagegen ist der Angeklagte in den übrigen vier Fällen des Betruges schuldig. Es liegen nach der Auffassung der Strafkammer vier Einzelfälle vor, da der Angeklagte nach der Überzeugung des Gerichts in jedem Einzelfall bei der Benennung eines Juden bzw. jeweils wenn ein neuer Jude zu ihm kam, <sup>den Hauch vorher nicht kannte</sup> einen neuen Vorsatz gefasst hat, auch diesen um eine Anzahlung zu betrügen. Der Angeklagte ist bisher unbestraft, es mag ihm auch zugute gerechnet werden, daß er glaubte, er bereichere sich "nur" an Judengeld und dieses verdiene keinen Schutz. Andererseits ist das Verhalten des Angeklagten umso verabscheuenswerter, als er sich nicht gescheut hat, Massnahmen, die im Staatsinteresse und damit im Interesse der Allgemeinheit gegen Juden getroffen werden

Die Aussage Abraham, der auch bei Beginn der Vernehmung mit dem Angeklagten dabei ist, daß er die 500.- RM nicht zurückgefordert hat, weil Haack versprochen habe, sich für die Zurückstellung der Schwiegermutter Abraham um die Verurteilung seiner Frau zu bemühen und das Geld in dieser Zwischenstellung zu lassen, ist nicht glaubhaft.

allen Fällen aus seiner Verleumdung ergibt sich

Denn er hat den Juden durch sein Versprechen, für sie bei der Erbauung tätig zu werden, etwas Falsches vorgespiegelt, sie dadurch getäuscht u. zur Abgabe von Geldbeträgen veranlaßt und sie durch diese Geldsummen geschädigt, auf die sie in der Absicht getaucht, sich mit diesen Geldbeträgen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auf den er keinen Anspruch hatte, wie ihm bekannt war.



<sup>hässlicher</sup>  
müssen, in ~~gemeinster~~ Weise zu seinem eigenen Vorteil aus-  
zunutzen. Es kam daher nur eine fühlbare Gefängnisstrafe  
für den Angeklagten in Betracht. Das Gericht hat für jeden  
Einzelfall eine solche von drei Monaten eingesetzt und die-  
se Einzelstrafen zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten  
zusammengezogen. Es erschien angemessen, dem Angeklagten  
sechs Monate der orlittenen Untersuchungshaft anzurechnen. <sup>da</sup>  
<sup>er in tatsächlicher Hinsicht geständig ist.</sup>

Die Kosten des Verfahrens mussten, soweit Freispre-  
chung erfolgt ist, der Reichskasse, im übrigen dem Angeklag-  
ten ~~aufgelegt werden, da er verurteilt worden ist.~~

nach den §§ 465, 467

mpo.

S. Nagel

H. Zinn

S. Witz

Sur Post durch J. O. W.  
Meylham 29.1.1943  
Borckmann 7. April

Gö.



Grötzinger,

Jakob

ly

Einzelfall

Heft 4 (Bd. III)

Bd. III

1 Js 1/67

Stapoleit. Bln,



12 Ladung z.8.2.1943 13 Uhr Bd.III

Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42  
(501 - 281.42)  
Absender:

Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.

An Herrn

Krim.Ob.Assistent P a n k n i n  
Kriminalpolizeileitstelle  
- IV D 1 -

in Berlin

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde.  
Vereinfachte Zustellung.

Burgstrasse 28

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —

1. An den Empfänger oder Vorsteher usw. in Person.

[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelfirmen, Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]

dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) — übergeben.

2. An Gehilfen, Schreiber, Beamte usw.

da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst nicht angetroffen habe, dort, de. M. Gehilf. — Schreiber 25 Rolf. Angles übergeben.

[Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]

dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) — übergeben.

da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der gewöhnlichen Geschäftsstunden

a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme verhindert war,

b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war, dort dem beim Empfänger angestellten übergeben.

3. An a) ein Familienmitglied, b) eine dienende Person.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.

b) de. in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der hiesigen Wohnung

nicht selbst angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.

b) de. in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.

4. An den Hauswirt oder Vermieter.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de. in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —, nämlich de.

d. zur Annahme bereit war, übergeben.

da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung

nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de. in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — Vermieter —, nämlich de.

d. zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerter Annahme. (Kommt nur in den Fällen 1, 2 und 3 in Betracht.)

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

Berlin Grunewald, den 27. Januar 1943



Kurze Bezeichnung des Schriftstücks:

# Postzustellungsurkunde

über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Geschäftsnummer: 2 P K Ms 20.42

(501 - 281.42)

Abfender:

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft  
Berlin.**

An Herrn

Krim.Ob.Ass. Markard

Kriminalpolizeileitstelle

- IV D 1 -

In

Berlin

Hierbei ein Formblatt zur Zustellungsurkunde.  
Vereinfachte Zustellung.

Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu heute hier — zwischen — Uhr und — Uhr [Zeitangabe nur auf Verlangen] —

<p>1. In den Empfänger oder Vorsteher usw. An Person.</p>	<p>[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzelstellen, Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher.]</p> <p>dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):</p> <p>selbst in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) — übergeben.</p>	<p>[Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korporationen und Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.)]</p> <p>dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungs- berechtigten Mitinhaber —</p> <p>in Person in — der Wohnung — dem Geschäftsraum (Geschäfts- lokal) — übergeben.</p>
<p>2. In Gehilfen, Schreiber, Beamte usw.</p>	<p>da ich in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):</p> <p>selbst nicht angetroffen habe, dort de — Begleit- — Schreiber — 44 T. u. f. — übergeben.</p>	<p>da in dem Geschäftsraum (Geschäftslokal) während der gewöhnlichen Geschäftsstunden</p> <p>a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der Annahme ver- hindert war,</p> <p>b) der — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs- berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war, dort dem beim Empfänger angestellten — übergeben.</p>
<p>3. In a) ein Familien- glied, b) eine dienende Person.</p>	<p>da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):</p> <p>selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort</p> <p>a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.</p> <p>b) de — in der Familie dienenden erwachsenen — übergeben.</p>	<p>da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —</p> <p>in der hiesigen Wohnung — nicht selbst angetroffen habe, dort</p> <p>a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohne — der Tochter — übergeben.</p> <p>b) de — in der Familie dienenden erwachsenen — übergeben.</p>
<p>4. In den Hauswirt oder Vermieter.</p>	<p>da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname):</p> <p>selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachse- nen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de — in demselben Hause wohnenden — Hauswirt — — Vermieter —, nämlich de —</p> <p>d — zur Annahme bereit war, übergeben.</p>	<p>da kein besonderer Geschäftsraum (Geschäftslokal) vorhanden ist, und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber —</p> <p>in der Wohnung — nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de — in dem- selben Hause wohnenden — Hauswirt — — Vermieter —, nämlich de —</p> <p>d — zur Annahme bereit war, übergeben.</p>

5. Verweigerte Annahme. (Kommt nur in den Fällen 1, 2 und 3 in Betracht.) Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung noch einen Geschäftsraum (Geschäftslokal) hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlag des zugestellten Briefes vermerkt.

Berlin, den 27. Januar 1943

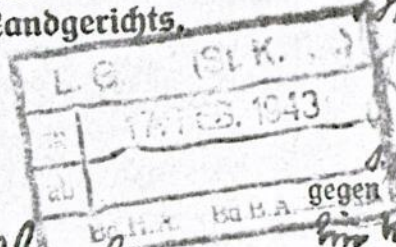


Öffentliche Sitzung der 1.  
großen Strafkammer des Landgerichts.

Berlin

, den

8. Februar 1943 37



Straffache

gegen den Angeklagten Anders und Ber.  
im W. 15. August 1903 in Alt St. Johann, 1. 1. 1903.  
Gefallen, 3. 3. in dieser Sache in Unterst. Haft  
im Strafgefängnis mit Polizeibefehl.  
2.) Im Angeklagten Jürgen Koke und Sohn-  
Wilhelm, 1. 1. 1903 in Alt St. Johann, 1. 1. 1903.  
18. Februar 1943 in Alt St. Johann, 1. 1. 1903.  
wegen

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Dr. Vogel

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Thier

Landgerichtsrat Krimmer von Linke

als beisitzende Richter,

als Schöffen,

Hankmann Krefst

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Johannsen Krimmer

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Im Unterst. Haft in der Unterst. Haftanstalt  
Sohn. Alt-Moralis,

3.) Im Unterst. Haft in der Unterst. Haftanstalt  
Sohn. Alt-Moralis,

4.) Im Unterst. Haft in der Unterst. Haftanstalt  
Sohn. Alt-Moralis,

5.) Im Unterst. Haft in der Unterst. Haftanstalt  
Sohn. Alt-Moralis,

W. 15. August 1903 in Alt St. Johann, 1. 1. 1903.

1. 1. 1903.

1. 1. 1903.

1. 1. 1903.

1. 1. 1903.

(50) 2. P. K. M. 24/42 (205/42)

K. G. — Tg. —

Nr. 72. Hauptverhandlung vor der großen Strafkammer (§§ 271 ff. StPO). (Hierzu erforderlichenfalls StP. Nr. 109. — Zeugenvernehmung — als Einlagebogen.)

Verwaltungsamt Str. Gef. Tegel

Bei Aufruf der Sache erschien — wurde vor-

geführt — die Angeklagte Remminger

die Angekl. Koke und Koke wurden verur-

teilt. Die Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll

von der Angekl. Friedrich und seine wife. Je soll



Der Zeuge wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Angeklagten bekannt gemacht. — Er — Sie — wurde sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß — er — sie — seine — ihre — Aussage zu beeidigen — habe — hätten —, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Der Zeuge wurde ferner auf die Bedeutung des Eides sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die der Zeuge über — seine — ihre — Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

~~Der Zeug entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.~~

Die Angeklagten, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an,  
noch verarmt zu sein.

Im Handtmannt Heim Im Unfall des Bräutigam  
am 28. Juli 1942 war

Der Beschluß vom 8. Juni 1942 ~~1942~~ über die Eröffnung des Hauptverfahrens wurde verlesen.

~~Dem~~ Angeklagten wurde, ob ~~in~~ etwas auf die Beschuldigung erwidern wollten, erklärte:

Die Angehörigen Lesers und Kirche mit Blumen  
zu ihrem Lebenshimmel.



Die Akten 97. 27/23 J. L. Freilich i/L.  
I 90. 14/22 J. L. Freilich  
23 J. 143-28 J. A. G. Böhm und  
1 und K. L. 86/34 J. H. Böhm

Zeugen vor und nachdem zum Angeklagten der Angeklagte.  
Freilich gemacht.

Die Angeklagten Remminger m. B. h. ist zum  
Lebensh. f.

Die Angeklagten nachdem befragt, ob sie etwas auf die  
Angeklagten m. B. h. v. l. m.

Die Angekl. L. v. l. m. ist zum L. f.

Es m. B. h. ist die Angekl.  
J. L. H.

Anna Kriewski

Die Angekl. Kriewski <sup>als m. B. h. L. f.</sup> nachdem ist die Angekl. m. B. h.  
m. B. h. f. l. m.

Die Zeugen wurden mit dem Gegenstande der Untersuchung  
und der Person der Angeklagten bekannt gemacht. Er - Sie -  
wurden sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen,  
daß er - sie - seine - ihre - Aussage zu beeidigen habe - hätten -  
wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vor=  
liegt. Die Zeugen wurden ferner auf die Bedeutung des Eides  
sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Be=  
antwortung solcher Fragen beziehe, die den Zeugen über seine  
- ihre - Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung  
vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

Die Zeugen <sup>W. K.</sup> entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.



1.) Zeug in Alt.

Zur Person: Ich heiße Johann Alt.  
bin 37 Jahre alt, Wirt für Herrn.  
in Alt-Schmieding, mit dem Angeklagten — Darüber  
nicht verwandt oder verschwägert.  
Darüber Angeklagter ist mein  
Darüber Zeuge wurde zur Sache vernommen.

2.) Zeug in Kriegenski

Zur Person: Ich heiße Josua Kriegenski geb. Kienmick  
bin 35 Jahre alt, mit dem Angekl. zu d. n. d. m. k. zusammen wohnen  
in Alt-Schmieding, mit dem Angeklagten — Darüber zusammen wohnen  
nicht verwandt oder verschwägert.  
Darüber Angeklagter ist mein Wohnort im Zimmer mit Kienmick: 4. n. d. m. k.  
Darüber Zeuge wurde zur Sache vernommen. mit dem Angekl.

Ich wohne mit dem Angekl. zusammen im Haus Schokolade.

3.) Zeuge Schokolade

Ich heiße mit dem Angekl. zu d. n. d. m. k. zusammen wohnen.  
Zur Person: Ich heiße Hans Schokolade,  
bin 50 Jahre alt, Wirt für Herrn.  
in Alt-Schmieding, mit dem Angeklagten — Darüber  
nicht verwandt oder verschwägert.  
Darüber Angeklagter ist mein  
Darüber Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Darüber Schokolade Alt. 96 d. n. d. m. k. zusammen wohnen.  
Im Angeklagten habe ich mit dem Angekl. zu d. n. d. m. k. zusammen wohnen.  
Ich wohne mit dem Angekl. zusammen im Haus Schokolade.

am 14/12. 1942, Alt. 958/159 St. 2. d. n. d. m. k.  
Das Protokoll über die Vernehmung des Zeugen Grottinger  
ist zu verlesen, weil der Grund dieser Vernehmung, daß der  
Zeuge das Erscheinen in der Hauptverhandlung wegen des damit  
verbundenen Zeitverlustes nicht zugemutet werden kann, noch  
fortbesteht.

Der Beschluß wurde ausgeführt und festgestellt, daß der  
Zeuge beeidigt worden ist.



39

II

Ich mache hier die Zeugen  
 Gust Panknin,  
 Gust Margnand.

Die Zeugen wurden mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Angeklagten bekannt gemacht. Er - Sie - wurden sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß er - sie - seine - ihre - Aussage zu beeidigen ~~haben~~ - hätten -, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Die Zeugen wurden ferner auf die Bedeutung des Eides sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die den Zeugen über seine - ihre - Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt wurden.

Die Zeugen ~~antworteten~~ <sup>entfernten</sup> sich darauf aus dem Sitzungssaal.

4.) Zeuge Panknin.

Zur Person: Ich heiße Gust Panknin,  
 bin 47 Jahre alt, Kriminalpolizist,  
 in Berlin, mit dem Angeklagten — Darwin —  
 nicht verwandt oder verschwägert.  
 Angeklagter ist mein ...

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Die Zeugen ist noch nachmal zur Sache vernommen.  
 Der H. A. beschreibt die Vernehmung des Zeugen ist.  
 Die Zeugen ist beschreibt die Vernehmung.  
 Die noch im allg. Gerichtshof am 13<sup>ten</sup> Apr  
erhalten.  
 Die Zeugen Panknin u. Schulze nochmal zur  
Sache vernommen.  
 Der H. A. beschreibt die Vernehmung des Zeugen Schulze.  
 Die Zeugen Schulze beschreibt die Vernehmung.



Sie werden im allg. Ginnamfstand mit mir 13<sup>5</sup> Uhr mitlauf sein.

5) ~~Person~~ Margward.

Für Person: Ich heiße Joh. Margward  
bin 41 Jahre alt, Erfindungsbesitzer,  
in Wien mit dem Angeklagten - Partei -  
nicht verwandt oder verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Der Angekl. Koke erklärte sich namhaft zum Tode.

Der Angekl. Remminger erklärte sich zum Tode.

Der Zeuge L. 96 ist <sup>ist</sup> ~~ist~~ namhaft zum Tode.

Ich nun Wahrheit sich die zum Tode

Joh. Margward

L. 96

Alm. Frischmann von Ampfleda

Mr. Schmidt

Die Zeugen wurden mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Angeklagten bekannt gemacht. ~~Er~~ - Sie - wurden sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß ~~er~~ - sie - seine - ihre - Aussage zu beeidigen ~~haben~~ - hätten -, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Die Zeugen wurden ferner auf die Bedeutung des Eides sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die den Zeugen über seine - ihre - Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt wurden.

Alm. Frischmann von Ampfleda Mr. Schmidt  
Die Zeugen entzogen sich darauf aus dem Sitzungssaal.



III.

6 Zeugin Pänling.

40

Zur Person: Ich heiße Hedrich Pänling,  
bin 57 Jahre alt, Wirtshausbesitzer,  
in St. Peter, mit dem Angeklagten — Partner  
nicht verwandt oder verschwägert.

Ich wurde zur Sache vernommen.

Im Amtsausschuss des zürcher Größtenger vom 14/12. 1942 St. 11  
St. 158/159 nach dem Kommando vernommen.

Ich wurde festgenommen, daß 3 der zürcher Größtenger als  
Zeugen nicht vernommen sind.

Im Amtsausschuss des zürcher Größtenger vom 14/12. 1942 St. 11  
St. 158/159 nach dem Kommando vernommen.

Im zürcher Pänling nach dem Kommando vernommen.

Der Staatsanwalt, der Angeklagte und die Verteidiger ver-  
sicherten auf Verteidigung der Zeugin Pänling.

..... B. u. v. Pänling .....

Von der Verteidigung der Zeugin Pänling .....

wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abschied genommen.

In allseitigen Einverständnis wurde die Zeugin  
..... um 14 55 Uhr entlassen.

Im zürcher Pänling nach dem Kommando vernommen.

7 Zeugin Fernsperre von Ampseda.

Zur Person: Ich heiße Alma Fernsperre von Ampseda geb. Philipp,  
bin 57 Jahre alt, Wirtshausbesitzer,  
in St. Peter, mit dem Angeklagten — Partner  
nicht verwandt oder verschwägert.

Ich wurde zur Sache vernommen.



Der Staatsanwalt, ~~im~~ Angeklagten und ~~im~~ Verteidiger ver-  
sichteten auf Verteidigung der Zeugin im Ampseda.

.....  
B. u. V. 8 Ampseda  
Von der Verteidigung der Zeugin 8 Ampseda  
wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abschied genommen.  
Im einseitigen Einverständnis wurde ~~im~~ Zeig  
..... um 15<sup>45</sup> Uhr entlassen.

8/Zeugin Heimann

Zur Person: Ich heiße Linin Heimann,  
bin 45 Jahre alt, Rumpfenhahn,  
in Berlin, mit dem Angeklagten — Darwin  
nicht verwandt oder verschwägert.  
0 Angeklagt ist nicht  
Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Der Staatsanwalt, ~~im~~ Angeklagten und ~~im~~ Verteidiger ver-  
sichteten auf Verteidigung der Zeugin Heimann.

.....  
B. u. V. in Heimann  
Von der Verteidigung der Zeugin in Heimann  
wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abschied genommen.  
Im einseitigen Einverständnis wurde ~~im~~ Zeugin  
..... um 15<sup>25</sup> Uhr entlassen.

9.) Zeugin Schmidt.

Zur Person: Ich heiße Mr Schmidt,  
bin 48 Jahre alt, Rumpfenhahn,  
in Berlin, mit dem Angeklagten — Darwin  
nicht verwandt oder verschwägert.  
0 Angeklagt  
Mr Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Der Staatsanwalt, ~~im~~ Angeklagten und ~~im~~ Verteidiger ver-  
sichteten auf Verteidigung des Zeugen Schmidt.

.....  
B. u. V. Schmidt  
Von der Verteidigung des Zeugen Schmidt  
wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abschied genommen.  
Im einseitigen Einverständnis wurde ~~im~~ Zeugen  
..... um 15<sup>25</sup> Uhr entlassen.

Der Staatsanwalt, ~~im~~ Angeklagten und ~~im~~ Verteidiger ver-  
sichteten auf Verteidigung der Zeugen Kieyarski, Panhinn n.  
Margnards.

.....  
B. u. V. Kieyarski, Panhinn n. Margnards  
Von der Verteidigung der Zeugen Kieyarski, Panhinn n. Margnards  
wird gemäß § 61 Ziffer 6 StPO Abschied genommen.  
Im einseitigen Einverständnis wurde ~~im~~ Zeugen  
..... um 15<sup>25</sup> Uhr entlassen.







Die — Angeklagte — Verteidiger — hatten das letzte Wort.

— Die Angeklagten wurden befragt, ob sie selbst noch etwas zur Verteidigung anzuführen hätten. Sie erklärten: *geschaffen sind von*

*Ausführungen ihrer Anwalt und ich bin mit dem Urteil einverstanden.*

Das Urteil wurde \*) im Namen des Reichspräsidenten verkündet

- durch Verlesung der Urteilsformel und durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe dahin verkündet:\*\*) *Die Angeklagten Lörser, Koke und Remmlinger*

*wurden auf Lebenszeit des Reichs Rasseverwahrloset.*

*Gr. n. n.*

*Die Haftbefehle des Reichspräsidenten vom 18. Juni 1942 bezüglich der Angekl. Lörser und Koke sowie des Haftbefehls des Reichspräsidenten vom 18. Juni 1942 bezüglich der Angekl. Remmlinger werden aufzuheben.*

*Gr. n. n. v. R.*

*Die Angekl. Lörser, Koke u. Remmlinger steht nun auf Grund eines gerichtlichen Urteils unter Verhaftungshaft.*

*H. H. H.*

Zur Post durch Justizw. *Wachtel*  
am 24. Feb. 1943 *Wachtel*

*Wachtel*

\*) Hier ist in Fällen, in denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, die Wiederherstellung der Öffentlichkeit und in Fällen, in denen eine erlittene Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe ganz angerechnet wird (§ 60 RStGB.), der Zeitpunkt der Urteilsverkündung nach Stunde und Minute zu vermerken.

\*\*) Hierzu schreibt § 268 Abs. 3 RStPD. vor:

Ist der Angeklagte bei der Verkündung anwesend und ist gegen das Urteil ein Rechtsmittel zulässig, so soll er über die Einlegung des Rechtsmittels belehrt werden.



L.G. (SLK. .)	
an	16. FEB. 1943
ab	
Bd. I. A. Bd. I. B. A. A. 1	

42  
Humm

Im Namen des Deutschen Volkes!

S t r a f s a c h e  
g e g e n

- 1.) den Kaufmann Andreas L o o s e r aus Berlin W 15, Kurfürstendamm 233, geboren am 13. November 1890 in Alt St. Johann (Bez. St. Gallen), z. Zt. in dieser Sache in Untersuchungshaft im Strafgefängnis Plötzensee,
- 2.) den Kaufmann Eugen K o k e aus Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Strasse 64, geboren am 18. Februar 1879 in Trier, z. Zt. in dieser Sache in Untersuchungshaft <sup>in der Wirtschaftsführerfall</sup> ~~bei dem Kriminalgericht~~ in Berlin NW. 40, Alt Moabit 12/a,
- 3.) die Wirtschaftsberaterin Elisabeth-Marie R e m m l i n g e r aus Berlin W. 15, Kaiseralles 21, geboren am 10. August 1903 in Audenarde in Belgien,
- 4.) ~~den Angeklagten Dr. Ernst-Günter Diederich, verstorben, wegen Betruges.~~

Die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin hat in der Sitzung vom 8. Februar 1943, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Dr. Vogel

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Hinz,

Amtsgerichtsrat Freiherr von Türke

als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Krefft

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizsekretär Krause

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten Looser, Koke und Remmlinger werden auf Kosten der Reichskasse freigesprochen.

G r ü n d e .

Die Anklage wirft den Angeklagten vor, Looser gemeinschaftlich mit dem inzwischen verstorbenen Diederich, und Koke <sup>(und zwar gemeinschaftlich mit)</sup> ~~gemeinschaftlich~~ mit dem bereits verfolgten Grötzinger, Koke <sup>gemeinschaftlich</sup> ~~gemeinschaftlich~~ <sub>anhand</sub>



*gemeinsam mit*  
und Remmlinger ~~gemeinsam~~<sup>und</sup> mit dem verstorbenen Kaufmann Mohr zu Berlin in den Jahren 1941/ 1942 durch mehrere selbständige Handlungen, die Angeklagte Remmlinger auch in einem weiteren Falle, in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen das Vermögen anderer dadurch beschädigt zu haben, daß dass sie durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregten und unterhielten, Vergehen strafbar nach den §§ 263, 47, 74 StGB.

Die Hauptverhandlung hat auf Grund der eigenen Angaben der Angeklagten sowie der Bekundungen der Zeugen Ellen Ott, Erna Kiejewski, Scholze, Panknin, Marquard, Charlotte Pauling, Freifrau v. Ompteda, Luzie Heimann und Otto Schmidt sowie der verlesenen Aussage des Zeugen Jakob Israel Grötzingen folgenden Sachverhalt ergeben:

Der Angeklagte Looser ist als Sohn eines Kaufmanns am 13. November 1890 in Alt St. Johann in der Schweiz geboren und aufgewachsen. Er hat die Volks- und Mittelschule besucht und bei seinem Vater, der Mitinhaber einer Firma war, gelernt. Er ging dann ins Ausland und war u.a. in Italien, Österreich und Frankreich. Nach dem Tode seines Vaters kam er mit seiner Mutter, die sich mit einem Reichsdeutschen wiederverheiratete, nach Deutschland. In den Jahren 1914/1915 war der Angeklagte im Schweizer-Heeresdienst. Der Angeklagte war ~~lange~~<sup>kurz</sup> in Dresden in einer Firma für Heizungs- und sanitäre Anlagen, in welchem Geschäftszweig er auch schon vorher tätig gewesen war. 1917 übernahm er eine Filiale in Berlin, die er bis zum Jahre 1920 inne hatte. Dann gründete er ein eigenes Import-Geschäft für sanitäre Anlagen und befasste sich schließlich ~~damit~~ mit Hypotheken- und Grundstücksgeschäften. Vor Ausbruch des Krieges befasste sich der Angeklagte mit dem Vertrieb von Bohnerwachs zunächst gemeinsam mit einem anderen, dann allein. Als dieses Geschäft mit Kriegsausbruch nicht mehr ging, ~~beriet~~<sup>berücksichtigte</sup> sich der Angeklagte mit der Verwertung von Patenten und Verfahren. Der Angeklagte hat im Jahre 1910 geheiratet, lebt jedoch seit 1939 von seiner Ehefrau getrennt. Aus der Ehe sind



43

zwei erwachsene Kinder hervorgegangen.

Der Angeklagte K o k e ist am 18. Februar 1879 als Sohn eines Oberstabsarztes in Trier geboren und hat dort das Gymnasium bis zur Obersekundareife besucht. Als sein Vater starb, besuchte er auf den Rat seines Onkels ~~in~~ Handelsschule in Köln und kam ~~in~~ in die kaufmännische Lehre in Frankfurt a/Main. Er war auch in Paris und London in der kaufmännischen Lehre. In Deutschland genügte der Angeklagte seiner Wehrpflicht und wurde ~~bei der Übung~~ zum Res. Offizier befördert. Er ging dann wieder nach England als Einkäufer und war als Einkäufer und selbständiger Kaufmann in Frankfurt/Main, Karlsruhe, Paris und Breslau tätig. Bei Kriegsausbruch 1914 rückte er als Leutnant mit einem badischen Regiment ins Feld. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse, mit dem Ritterkreuz II. Klasse, dem Zähringer Löwen mit Eichenlaub und Landwehrdienst-Abzeichen II. Klasse ausgezeichnet und brachte es bis zum Hauptmann. Nach Kriegsende führte er sein Regiment in die Heimat zurück und war Stadtkommandant in Freiburg im Breisgau. Er will ~~politisch weiter~~ gestanden und die Einwohnerwehr in Freiburg mitgegründet haben. Im Oktober 1923 wurde er vom Landgericht in Freiburg wegen Betruges, Untreue und unerlaubter Ausfuhr in Tateinheit mit unerlaubtem Handel zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und 500000.-RM Geldstrafe verurteilt. Diese erste Strafe hat der Angeklagte im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Leiter der städtischen Brennstoffstelle in Freiburg erhalten und zwar, wie er erklärt, weil er damals bei den Behörden wegen seiner rechtsgerichteten Tätigkeit schlecht angeschrieben gewesen sei. Der Angeklagte war dann in Berlin, Paris, Italien in verschiedenen Geschäftszweigen, teils als Angestellter, teils selbständig tätig. Er wurde noch verschiedentlich ~~straffällig~~ straffällig ~~gemacht~~ gemacht. In den Jahren 1927 und 1928 wegen Vergehens gegen §§ 314, 315 ~~StGB~~ StGB zu 4 Monaten Gefängnis und 200.-RM Geldstrafe, ~~wegen~~ wegen Vergehens gegen § 315 ~~StGB~~ Handelsgesetzbuch und Konkursdelikt zu 6 Wochen Gefängnis und 100.-RM Geldstrafe. Der Angeklagte wurde dann im Januar 1935 wegen Untreue <sup>Vergehen</sup> und ~~nach~~ dem Heimtückegesetz vom Sondergericht Berlin zu 9 Monaten Gefängnis und im Jahre 1937 zu 8 Monaten Gefängnis wegen versuchter Bestechung verurteilt.



Der Angeklagte ist seit 1909 verheiratet, lebt aber von seiner Ehefrau getrennt. Aus der Ehe sind <sup>erwachsene</sup> 4 Kinder, darunter 3 Söhne vorhanden.

Die Angeklagte Remmlinger wurde von reichsdeutschen Eltern am 10. August 1903 in Belgien geboren und hat dort ihre Kindheit verlebt. 1914 wurde sie mit ihrer Familie dort ausgewiesen und kam nach Holland. 1918 kam sie nach Köln, besuchte dort die Handelsschule und war bis 1925 im Photographengeschäft. Sie betätigte sich dann in <sup>Norderney</sup> als Photographin und später in <sup>Berlin</sup> ihres Vaters tätig. Dann hatte sie Stellungen bei Bücherrevisoren. Seit 1938 ist sie selbständig als Wirtschafts- und Steuerberaterin. Als solche befasst sie sich mit Genehmigung der Deutschen Arbeitsfront und der Partei auch mit den Vermögensangelegenheiten von Juden, wodurch sie ~~auch~~ ~~mit~~ jüdischen Kreisen bekannt wurde.

Durch seine Grundstücksgeschäfte wurde der Angeklagte Looser in jüdischen Kreisen bekannt, und es wurde der Wunsch an ihn herangetragen, Juden zur Ausreise nach der Schweiz zu verhelfen. Der Angeklagte Looser hatte geschäftlich auch mit der <sup>am Ende</sup> "Hega" zu tun. In jüdischen Kreisen war bekannt, daß dort zwei von der Evakuierung zurückgestellte Juden, nämlich Ehrlich und Blüh, tätig waren. Bei Looser wurde von Juden angefragt, ob es ihm auf Grund seiner Beziehungen zur "Hega" möglich sei, ihre bevorstehende Evakuierung zu verhindern bzw. <sup>Habanaria</sup> hinauszuschieben. Durch einen Freund lernte Looser die Zeugin <sup>Ott</sup> kennen. Da sich ein von Looser beabsichtigtes Geschäft in der Schweiz, da eine Genehmigung der Devisenstelle nicht zu beschaffen war, verzögerte und schließlich zerschlug, hatte er viel Zeit und war darauf angewiesen, ~~auch~~ anderweit Geld zu verdienen. Er griff deshalb einen von der Zeugin Ott geäußerten Wunsch auf, dafür zu sorgen, daß ihre <sup>in Kiew</sup> Tante, Frau Kwiat, welcher die Wohnung gekündigt worden war, und die deshalb die Evakuierung befürchtete, ~~da~~ von zurückgestellt würde. Looser machte sich mit Frau Kwiat bekannt und trug deren Anliegen dem früheren <sup>Wohnunggeber</sup> (jetzt verstorbenen) Dr. Diederich vor. Dieser behauptete, daß seine Beziehungen zur Gestapo die Möglichkeit <sup>gab</sup> zu geben, Juden von der Evakuierung zurückzustellen. Looser will mit ihm vereinbart haben, daß die Kwiat 2500.-RM für die Zurückstellung zu zahlen habe, wo-



von er 500.-RM für seine Vermittlung erhalten sollte. Der Angeklagte nannte diese Summe der Zeugin Ott und ihrer Tante und drängte auf Auszahlung. Er versprach der Zeugin Ott, er werde dafür sorgen, daß ihre Tante als letzte abgeholt werde. Auf die Frage der Zeugin, wie das vor sich gehe, erklärte der Angeklagte, das werde so gemacht, daß die oben liegende Evakuierungsorder ganz einfach nach unten gelegt würde. Nach der Aussage der Zeugin Ott kann Looser auch gesagt haben, er stelle sich das so vor, <sup>habe</sup> Dr. Diederich habe ihm gesagt, es werde so gemacht. Auf die weitere Frage, was mit der Tante geschehen solle, erwiderte der Angeklagte, er werde sie ~~bei sich~~ als Laborantin <sup>einsetzen</sup> ~~einsetzen~~. Er erklärte der Zeugin Ott, wenn die Zurückstellung von der Evakuierung durch den Dr. Diederich nicht gelinge, habe er noch den Dietrich von der Hega bei der Hand, welcher Beziehungen zum S.D. habe, und deshalb eine Zurückstellung bewerkstelligen könne. Looser will auch mit diesem verhandelt haben und erklärt, dieser habe es sich überlegen wollen, ~~hat~~ aber dann am nächsten Tage abgesagt, da er damit nichts zu tun haben wolle. Auf Drängen des Angeklagten Looser, der seinerseits von Diederich gedrängt <sup>werden</sup> ~~sein will~~, ~~auf Zahlung~~, kam die Kwiat zu ihm und bot ihm 300.-RM an mit der Begründung, daß sie im Augenblick nicht mehr zur Verfügung habe. Der Angeklagte lehnte jedoch die Annahme ab, drängte energischer und stellte in Aussicht, daß sonst die Sache nicht gemacht werden könne, da Diederich sonst nicht mehr tätig sein wolle. Schließlich erklärte der Angeklagte Looser der Zeugin Ott und ihrer Tante, die Zurückstellung sei nunmehr erfolgt. Frau Kwiat zahlte der Zeugin Kijewski, der in seinem Büro tätigen Verlobten des Angeklagten Looser, 2500.-RM, die Looser aber nicht erhielt, da er inzwischen festgenommen wurde. Eine Zurückstellung von der Evakuierung erfolgte nicht.

Die Zeugin Kijewski hatte auf der Strasse die frühere Ehefrau des Zeugen Scholze, die Volljüdin Toni Sara Scholze, geb. Dammann, kennen gelernt. Es kam das Gespräch auf die Möglichkeit einer Auswanderung, und die Kijewski machte die Jüdin mit Looser bekannt, damit dieser ihr gegebenenfalls bei einer Auswanderung in die Schweiz behilflich sei. Da die Scholze von ihrem früheren Ehemanne unterhalten wurde und selbst kein



Geld hatte, um die dafür notwendigen Kosten aufzubringen, wurde Looser mit dem früheren Ehemann der Jüdin, dem Zeugen Scholze, bekannt gemacht, der die Finanzierung übernehmen sollte. Der Zeuge Scholze beteiligte sich auf die Aufforderung des Angeklagten Looser an einem Unternehmen zur Ausnutzung eines Tiefkühlverfahrens, an dem Looser interessiert war, und zahlte dafür 8500,-RM. ~~ein~~. Er will das Geld zwar lediglich als Geschäftsbeteiligung eingezahlt haben, beiden, dem Zeugen wie dem Angeklagten Looser schwebte dabei ~~allerdings~~ <sup>ganz</sup> der Gedanke vor, daß ~~dafür~~ die frühere Ehefrau des Zeugen in das Ausland gebracht werden solle. Looser ließ sie einen Antrag auf Einreisegenehmigung in die Schweiz ausfüllen, darin bezeichnete sie sich als selbständige Kosmetikerin, die aus geschäftlichen Gründen in die Schweiz reise. Looser ließ sie mit ~~Looser~~ <sup>Mohr</sup> Scholze ohne den Zusatznamen "Sara" unterschrieben.

Im Februar 1942 trat Dr. Diederich an den Juden Grötzinger, den er etwa 1 Jahr vorher kennen gelernt hatte, mit der Anfrage heran, ob er für eine Jüdin einen ~~Ausreiseseichtvermerk~~ <sup>Ausreisevisum</sup> in die Schweiz verschaffen könne. Grötzinger wandte sich deswegen an den Angeklagten Koke, der sich in seiner weiter unten erwähnten Evakuierungsangelegenheit für ihn bemüht hatte, und dieser sagte zu, daß er sich deshalb erkundigen wolle. Koke wandte sich seinerseits an den ~~Zeugen~~ <sup>Mohr</sup> Mohr, der ihm die Möglichkeit der Beschaffung des Ausreisevisums in Aussicht stellte und erklärte, es koste 4000.-RM. Koke gab diesen Bescheid an Grötzinger und dieser an Dr. Diederich weiter. Dieser setzte sich nunmehr ~~offenbar~~ <sup>offenbar</sup> mit Looser, von dem im Interesse der Jüdin Scholze die ganze Aktion betrieben wurde, in Verbindung, denn bald darauf erschien ~~dieser~~ <sup>Looser</sup> bei Grötzinger, den ~~er~~ <sup>Mohr</sup> bisher noch nicht kannte. Looser berief sich auf Dr. Diederich und besprach mit Grötzinger die Angelegenheit. Er kam dann nochmals mit einem bereits abgelaufenen Pass der Scholze und zahlte 3500.-RM für die Betreibung der Angelegenheit. Davon gab Grötzinger 2500.-RM an Koke weiter und behielt 1000.-RM für seine eigenen Bemühungen. Koke will das Geld an Mohr weitergegeben und den Pass mit dem Antrag in der Strassenbahn liegen gelassen haben.

Grötzinger war dem Angeklagten Koke bereits von Freiburg, seiner Heimatstadt her bekannt. Im Oktober 1941 wandte sich



Grötzinger, dem die Wohnung gekündigt war und <sup>dar</sup> deshalb mit seiner Evakuierung rechnete, an Koke und bat ihn um Unterstützung. Koke wandte sich an die Angeklagte Remmlinger, die in dem Ruf stand, gute Beziehungen zu haben. Die Remmlinger <sup>er</sup>widerte, sie könne nichts machen, doch habe sie einen Bekannten, der bei Speer arbeite, nämlich Mohr. Mohr erklärte, er könne etwas machen, wenn gut bezahlt werde, und forderte 3000.-RM, worauf sich die Remmlinger dann an Koke wandte. Koke forderte von Grötzinger 10000.-RM, von denen 4000.-RM sofort und die restlichen 6000.-RM bei Erledigung der Angelegenheit gezahlt werden sollten und auch gezahlt wurden, als Koke nach etwa einer Woche dem Grötzinger die Zurückstellung der Evakuierung mitteilte. Die 10000.-RM will Koke an die Remmlinger und an Mohr weitergegeben haben, während die Remmlinger das erhaltene Geld ihrerseits wieder an Mohr weitergezahlt habe, ohne etwas davon zu behalten. Koke will für seine Bemühungen lediglich 1000.-RM zugesichert erhalten, diese aber nicht bekommen haben. Im Dezember 1942 lernte die Remmlinger durch einen Mandanten den Juden Elias kennen, dem die Evakuierung bevorstand, und der sich deshalb an die Remmlinger wandte, um zurückgestellt zu werden. Die Remmlinger wandte sich deshalb an Mohr. Dieser erklärte, es müsse anständig gezahlt werden und verlangte 1600.-RM. Als Elias nunmehr die Zurückstellung für sich und seine Schwester erbat, erklärte ihm die Remmlinger, die Kosten erhöhten sich dann auf 3000.-RM. Elias zahlte dann am 4. Januar 1942 1.600.-RM <sup>an ihn</sup> am 11.2. 1942 ~~zahlte Elias~~ weitere 500.-RM. Die Remmlinger will von dem Geld nichts behalten haben; vielmehr habe <sup>bei Schwäger</sup> die Eugin Pauling <sup>um eine Zahlung</sup> das Geld an Mohr weitergegeben. Tatsächlich ist Elias zunächst von der Evakuierung nicht betroffen worden. Dies soll von Mohr dadurch erreicht worden sein, daß er ihn <sup>fälschlich</sup> auf eine Liste der Juden gesetzt hat, welche für die Organisation Speer Wohnungen zur Verfügung stellten.

Bei diesem Sachverhalt konnte den Angeklagten eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden. Was zunächst den Fall Kwiat angeht, so ist hier eine Evakuierung erfolgt. Die Kwiat ist um 2500.-RM geschädigt, da der vom Angeklagten



Looser zugesagte Erfolg nicht eingetreten ist. Es ist dem Angeklagten Looser aber nicht zu widerlegen, daß er nur die Zusicherung, die ihm von Dr. Diedrich seinerseits gemachte wurde, weitergegeben und selbst an diese Zusicherung geglaubt hat. Der Angeklagte hat zwar einmal der Wahrheit zuwider sogar erklärt, die Zurückstellung sei bereits erfolgt. Aber auch hier ist ihm nicht nachzuweisen, daß ihm von Diedrich eine entsprechende Zusicherung nicht gemacht wurde, da dieser inzwischen verstorben ist und nicht mehr gehört werden kann. Was die Schilderung auf die Frage der Zeugin Ott, wie die Zurückstellung vor sich gehe<sup>h</sup>angeht, so hat sich hier der Angeklagte sehr vorsichtig ausgedrückt, indem er nach der Bekundung der Zeugin Ott nur weitergegeben hat, was ihm Diedrich darüber erzählt haben soll, bzw. nur erklärt hat, er stelle sich den Vorgang so und so dar. Es fehlt insoweit bereits an einer eigenen Täuschungshandlung des Looser. Die Zusicherung, er werde Frau Kwiat als Laborantin einstellen, brauchte auch nicht ohne weiteres von ihm ~~als falsch gehalten zu werden~~, denn es ist ihm nicht zu widerlegen, daß er glaubte, er könne die Kwiat bei der Hega, wo sich bereits zwei jüdische Apotheker befanden, unterbringen. Zumindest ist dem Angeklagten Looser hier eine betrügerische Absicht nicht nachzuweisen. Gegen das Vorhandensein einer solchen spricht der Umstand, daß Looser von den 2500.-RM, die von der Kwiat gezahlt wurden, nur 500.-RM für sich in Anspruch genommen hat, ferner daß er eigene Versuche bei Dietrich von der Hega unternommen hat, um eine Zurückstellung der Kwiat zu erreichen.

Im Fall Scholze fühlt sich der Zeuge Scholze nicht geschädigt. Auch hier ist zwar eine Zurückstellung der Frau Scholze ~~unmöglich~~ die Beschaffung eines Ausreisevisums nicht gelungen. Der Zeuge Scholze aber glaubt durch die Beteiligung an dem Tiefkühlverfahren genügend gesichert zu sein. Er hatte vielleicht damit gerechnet, daß seiner früheren Ehefrau Hilfe geleistet werde. Dieser Umstand allein war aber nach seiner Angabe für die Hergabe des Geldes nicht bestimmend, *sondern danach noch sein Wunsch nach Beihilfe an dem Tiefkühlverfahren.*



Im Fall Grötzinger ist tatsächlich eine Zurückstellung erreicht worden und diese Zurückstellung ist für Grötzinger nach seiner Bekundung 10000.- RM ~~xx~~ wert, so daß auch dieser sich nicht geschädigt fühlt. Dasselbe gilt für den Fall Elias, in welchem gleichfalls eine Zurückstellung von der Evakuierung erfolgt ist. Die Angeklagten Koke und Remmlinger konnten sich hier auf die Angaben des Mohr verlassen, ~~die~~ <sup>nemlich</sup> objektiv nicht falsch gewesen sind. Auch hier ist ~~ist~~ eine rechtswidrige Absicht nicht nachzuweisen, ~~da sie an die Zusicherungen des Mohr glaubten und glauben konnten.~~

Unter Anwendung des § 2 StGB zu einer Bestrafung der Angeklagten zu gelangen, erschien nicht angängig, da diese Vorschrift nicht dazu da ist, den Tatbestand zu ergänzen, sondern um eine Lücke im Gesetz auszufüllen, <sup>gehörtlichen Voraussetzungen der Betrugs</sup> ~~inliegendes~~ <sup>füllen.</sup> aber die Aus allen diesen Gründen waren die Angeklagten mit der Kostenfolge des § 467 StPO freizusprechen.

D. Nagel

H. Linn

S. M. M.



**Untersuchungshaftanstalt  
beim Kriminalgericht**

(Dieser Teil darf vom Antragsteller nicht beschrieben werden)

*R. Mayenburg*

*1 Gefangener  
geplant*

*1/4. 43 Bo*

*31.3.*

*M. 2. April 1943*

An das Gericht  
Strafamt, Strafkammer, Abteilung  
an Herrn Untersuchungsrichter des Landgerichts.  
Vorsteher Arbeits, Polizei, Wirtschaftsinspektor -  
Anstaltsgeistlichen - Oberlehrer - die Fürsorgekanzlei -  
Kasse Amalune -

Berlin, Alt-Moabit 12a, den *29. März 1943*

Der *U*- Gefangene *Jakob Israel Grözing*  
Gef.-Buch *Nr. 1387* Abt. *EW* Zelle *740*

Aktenzeichen *2 P 28. 42*

Der Grund der Vormeldung ist genau anzugeben,  
andernfalls bleibt die Vormeldung unberücksichtigt.

bittet um Erlaubnis — Auskunft — Anshändigung  
— Rücksprache mit

*eine Sprecherlaubnis für seinen  
Verteidiger Dr. Günter Löbinger,  
Berlin W 15, Brandenburgerische Str. 38  
Ich summe 46 Ruxe der Gewerkschaft  
Lidonia, Lohle/H., verkaufen und  
habe mit den Verhandlungen Dr. Löbinger  
beauftragt. Um ihm die Angelegen-  
heit zu unterrichten, summe ich ihm  
dringend schreiben.  
*Jakob Israel Grözing*  
(Unterschrift)*

(Unterschrift des Stationsbeamten)



29.

1) Warum? Das Anwesen ist noch offen gegen den  
Königsmann Jakob David Grötzinger (Ld. I Bl. 28)  
in Haft in dieser Sache (Bl. 99) seit dem 28. Juni 1942  
(Bl. 95 Ld. I). Der ne mir Zuteilger für das Hildes-  
ter Kohe gemacht ist, und dieser Ld. III Bl. 41 R  
sehr gut zu sehen worden ist, erweist die Unerschüf-  
fung des Anwesens gegen Grötzinger abzu.  
falls man folgen (vgl. Notizbogen Ld. III  
Bl. 44 <sup>R</sup> mit <sup>dem bis</sup>, 45R unten, 46 und fülle die Beschäftigten  
Ld. I Bl. 30 d. A.). Dieser .

2) Einstellung bzgl. Grötzinger

3)  $\text{PbO}_2$

4) Koffg. mit Alban

Im Amtsgewist Berlin (701-709)

mit dem Auftrag auf Aufführung des Hoftheaters gegen  
Jacob Israel Göttinger v. 28. Juni 1942 (Ld. I Bl. 95 f. R.)  
ein Gulnium Moratzgölzner fort im Rückpflanzung gaben  
An (Ld. 94 R. f. A.). Berlin N. W. 40, S. 1. 8. April 1943

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

[illegible]

5)  $15.\overline{IV}$ .

2. PKMs. 20.42

700 Cs

1378. 42.



69  
709 Gs 1378 193.

1. B e s c h l u s s .

(J. Loewen i. d. A.)  
In der Strafsache

(gegen Grötzingen, Jacob Israel,)

wird der Haftbefehl vom 26. 6. 1932 aufgehoben.

Der Beschuldigte wird in dieser Sache aus der Haft entlassen,  
ip abn d. Haft n. D. 1 - L. 2531. 42 genehmigt.

269/4.8.7  
D. 2. Entlassungsbefehl erteilen.

3. Haftliste löschen.

4. Mit Entlassungsanzeige und Akten (4 Bl.)

der Staats- Amts- Anwaltschaft Berlin

ergebenst.

Berlin, den 9. April 1933 1933

Das Amtsgericht Berlin, Abteilung 709

12  
3.2  
ab 9.12.33. 12.

W. Schmidt  
Amtsgericht



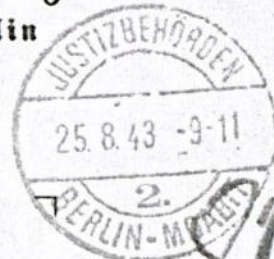
Druckerei Strafanstalt Stein (Donau) Q|0949

# Geftand



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin



Berlin C 2, den 12. 8. 1943

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem Landgericht Berlin

in Berlin NW 40

Turnstr. 91

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens — meines Schreibens

Stapo IV D 1 - L. 2531/42

Betreff: Auskunft über den Stand eines Verfahrens —  
~~Mitteilung~~ — Urteilsabschrift.

In der Strafsache gegen Looser und Andere  
wegen Betruges pp. - P K Ms 20.42 -

wegen

bitte ich um { Auskunft über den Stand des Verfahrens.  
~~Übermittlung der Urteilsabschrift~~  
Übersendung einer Urteilsabschrift.

Die polizeilichen Verhandlungen wurden am 26.6.42 überandt.

*M. Kausch, dass die Akten z. H. Im Auftrage  
an das Amtsgericht, an welchem  
sind zumutlich, ob noch. ~~aus~~ 1. Auftrage  
Künftige Urteilsabschrift einzulegen ist. ~~ist~~ ~~in~~ ~~ab~~  
28.8. 30184330*

Din A 5  
148 x 210 mm  
Vordruck  
Pol. Nr. 126

Gericht  
51 00 23

Postfach  
Berlin 2586  
Kasse des Geheimen  
Staatspolizeiamtes

Ra.



Vorgelegt  
F

7. Dez. 1943

ap.

1. IV. 44.

8.812

I.

✓ Man auf Subwoof springen  
sitzen lassen.

D. zur Kraft 1. IV. 44.

B. G. J. 44.

Se  
L.

gelesen 10. Jan. 1944 Johannes

zu



Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht

Geschäftsstelle Abt. 2 P.

Berlin SW. 40,

Curstr. 91.

, den 7. Januar

1934.

90

Geschäftsnummer: 2 P. H. No. 20/42.

3 Ersuchen vom 12. I. 43.  
3 Band Akten

Stapen 15. I. 43 - L 258/42.

Fernsprecher: 10000	
An die Stelle Berlin	
14 JAN 1934	
Hauptstadt Berlin	
Hauptstadt Berlin	
IVDA	
Berlin G. L.	
15. 10. 43.	

Die beifolgenden Akten

2 P. H. No. 20/42

werden mit dem Ersuchen übersandt, sie nach Gebrauch zurückzuf.

Zuf

2

13. I. 43



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin

- IV D 1 - L. 2531/42 -

Berlin, den 31. 1. 1944



Urschriftlich m. 4 Band Akten

der

Staatsanwaltschaft bei dem L.G. Berlin  
- Geschäftsstelle Abt. 2 P. -

Berlin NW 40

Turmstr. 91

zurückgesandt.

Vorgelegt

12. April 1944

I. A.

*[Handwritten signature]*

3 13  
4

*[Handwritten note:]*  
Justizbehörden!  
- 10. 1. 44 - III

*[Handwritten:]*  
D.  
Zurückf. 1. 1. 44.

10. FEB. 1944

*[Handwritten signature]*



1 Galapagos  
4 bis Kaperungfische

Berlin, den 21. DEZ. 1961

Gezeichnete 28

Der Staatsanwaltschaft

Justizhaus, Berlin -

W. J. W. W.

18. APRIL 1944

[illegible]

Beglaubigt  
Pia  
Justizangestellte



Cohn,

Paul

Einzeltan

1Js1/67

Stapoleit. Bln,



1 Ts 1/67 (StL. Blu.)

Uff.

1.) Blatte je 6 Abbl. van  
Bl. 1, 4 - 10 Rs, 11/12, 17 - 20, 22  
d. A. 17. 75 32/40 StA Blu.

2.) A. 1 tr.

3.) w

13/12/68  
ly

D1 + E

20. MRZ. 1969

Fluentsel

aan: ITS= 29. Apr. 1969



E + IV D 1 - 1D 7s 32/40

D 54 5564

Der Polizeipräsident in Berlin  
I - A - KI 3 - 1000/67

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2571

E: 5. MAI 1969	
Arzt.	Verh.
A. Land.	Verh.
Dok. Auss.	Eintr.
Kranksp.	Fotokopie
Besuch.	Sozial-
Nachweis	Anlage
OP-Dok.-Ausweis	

### Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

Name: C o h n

Vorname: Paul

Geburtsdatum und -ort 9.12.77 ~~Bln~~ Hamburg

damalige Wohnanschrift: Bln.-Friedenau, Wilhelmshöher Str. 14

### B e m e r k u n g e n:

Herr C. war Jude und wurde am 20.12.39 für die Stapo ~~XX~~ D 1a Berlin, wegen Verstoß gegen das Heimtückegesetz, festgenommen. Am gleichen Tage wurde der Gen. dem Vernehmungsrichter im Pol.-Präs. Berlin vorgeführt, der jedoch keinen Haftbefehl erließ. Daraufhin erfolgte Rücküberstellung zur Gestapo D 1 a - Judenreferat bei der Stapoleitstelle Berlin. -

Im Auftrage



bitte wenden



Antwort des Internationalen Suchdienstes Arolsen

D/Fr/StA

Unser Zeichen  
T/D - 975 187

Arolsen, den 13. Mai 1969

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind folgende Angaben enthalten:

COHN, Paul, geboren am 9.12.1877 in Hamburg, Beruf: Kaufmann,  
Wohnort: Berlin, Wilhelmshöher Str. 14 I, wurde am 19. Januar 1942  
von der Gestapo Berlin nach Riga evakuiert.

Geprüfte Unterlagen: Transportliste der Gestapo Berlin.  
Karteikarte d. AJDC Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:

G. Pechar



**Geheime Staatspolizei****Geheimes Staatspolizeiamt**

G.-Nr. 1175 /39 - II G -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

- Briefprüfstelle -

Berlin SW 11, den 7. Dezember 1939.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher 12 00 40An die  
Staatspolizeileitstelle  
in B e r l i n .

In der Anlage übersende ich ein von der  
Auslandsbriefprüfstelle des OKW als verdächtig er-  
fasstes Schreiben eines Juden Paul C o h n, Ber-  
lin-Friedenau, Wilhelmshöherstr. 14 bei Kaufmann  
gerichtet an Frau Emmy R a b o w in Shanghai-  
Hongkew, Chusan Road 51, mit der Bitte um Kennt-  
nisnahme und weitere Veranlassung.

Über das Ergebnis der Ermittlungen bzw.  
das Veranlasste bitte ich zu berichten.

D1a C. 72/19 139

Ermittlungsbeamter:

*H. Brück R 14/2*

Im Auftrage:

gez.: M a t t h i e u (i.V.)

Beglaubigt:

*Ernst W. ...*  
Kanzleiangestellte.*1) 4 M**2) 4 15**R 14/12*



Stapo D la

Geschäftszeichen: D la - C 7219/39

Auf Anordnung des Krim.Ob.Sekr. Sittel

als Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft wurde, da Gefahr im Verzuge war, heute um 14 Uhr in den Wohnräumen\*) - Geschäftsräumen\*) - des Juden Paul, Israel C o h n Berlin - Friedenau, Wilhelmshagenstraße Nr. 14 eine Durchsuchung von dem Unterzeichneten vorgenommen.

Der Durchsuchung wohnten bei:

- 1.) Frau Kaufmann als Wohnungsinhaberin
- 2.) deren Tochter
- 3.) Krim.Sekr. Horst von Stapo D la

keine  
Es wurden die unten aufgeführten Gegenstände aufgefunden und beschlagnahmt, da sie als Beweismittel von Bedeutung sein können\*) - der Einziehung unterliegen\*) -

Gegen die Beschlagnahme wurde seitens de.....  
..... - kein\*) - ausdrücklich\*) - Widerspruch erhoben.

Name des Beamten

Krim.Ob.Assistent

Amtsbezeichnung

Stapo D la

Dienststelle

\*) Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.



# Geheime Staatspolizei

## Staatspolizeileitstelle Berlin

Fingerabdruck genommen\*)  
Fingerabdrucknahme nicht erforderlich\*)  
Person ist — nicht festgestellt\*)

Datum: .....

Name: .....

Amtsbezeichnung: .....

Dienststelle: .....

Stapo D la  
(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

Berlin C 2, am 20. Dez. 1939.

Auf Verladung — Vorgeführt\*) — erscheint

der Nachbenannte

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

### I. Zur Person:

<p>1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)</p> <p>b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)</p>	<p>a) <u>C o h n</u></p> <p>b) <u>Paul, Israel</u></p>
<p>2. a) Beruf</p> <p>Über das Berufsverhältnis ist anzugeben, — ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. — — bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes — — bei Minderjährigen ohne Beruf der der Eltern — — bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle — — bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach — — bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. pp.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde —</p> <p>b) Einkommensverhältnisse</p> <p>c) Erwerbslos?</p>	<p>a) <u>Vertreter</u></p> <p>b) <u>Alu-Unterstützung</u></p> <p>c) Ja, seit <u>1.10.38.</u> nein</p>
<p>3. Geboren</p>	<p>am <u>9.12.77.</u> in <u>Hamburg</u></p> <p>Verwaltungsbezirk .....</p> <p>Landgerichtsbezirk .....</p> <p>Land .....</p>
<p>4. Wohnung oder letzter Aufenthalt</p>	<p>in <u>Bln.-Friedenau</u></p> <p>Verwaltungsbezirk .....</p> <p>Land .....</p> <p><u>Wilhelmshöher</u> <u>Strasse</u> <u>Nr. 14</u> bei Kaufmann <u>mann</u></p> <p>Fernruf .....</p>

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.



5. Staatsangehörigkeit Reichsbürger?	Reichsdeutscher
6. a) Religion (auch frühere) 1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Glaubensloser b) sind 1. Eltern 2. Großeltern } deutschblütig?	a) mosaisch 1) ja — welche? Jüd. Gemeinde nein 2) ja — nein 3) ja — nein b) 1. Volljuden 2. desgl.
7. a) Familienstand (ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — lebt getrennt) b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) d) Sind oder waren die Eltern — Großeltern — des Ehegatten deutschblütig?	a) geschieden seit 1934 b) Erna geb. Vandsburger, Palästina c) d) Volljuden
8. Kinder	ehelich: a) Anzahl: 1 b) Alter: 24 Jahre unehelich: a) Anzahl: keine b) Alter: Jahre
9. a) des Vaters Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung b) der Mutter Vor- und Geburtsnamen Beruf, Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)	a) Salomon Cohn, Oberkantor in Rogasen, verstorben 1898 daselbst b) Ricke C. geb. Cohn, verstorben etwa 1903 in Rogasen
10. Des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung	
11. a) Reisepaß ist ausgestellt Kennkarte b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahr- zeuges — Kraftfahrrades — ist erteilt c) Wandergewerbeschein ist ausgestellt d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbe- ordnung ist ausgestellt e) Jagdschein ist ausgestellt f) Schiffer- oder Lotsenpatent ist ausgestellt	a) von Pol.Präs. Blam 10.3.39. Nr. A. 326289 b) von nein am Nr. c) von nein am Nr. d) von abgegeben am 30.9.38. Nr. e) von ././ am Nr. f) von ././ am Nr.



g) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungsschein ist ausgestellt)

## Rentenbescheid?

Verorgungsbehörde?

### h) Sonstige Ausweise?

g) von ..... am  
Nr. ....

## b) Arbeitsbuch

12. a) Als Schöffe oder Geschworener für die laufende oder die nächste Wahlperiode gewählt oder ausgelöst? Durch welchen Ausschuß (§ 40 StGG)?

b) Handels-, Arbeitsrichter, Beisitzer eines sozialen Ehrengerichts?

c) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften geführt?

Über wen?

Bei welchem Vormundschaftsgericht?

a)  $\frac{\cdot}{\cdot}$

b)

c) ..... / ..

13. Zugehörigkeit zu einer zur Reichskulturstammer  
gehörigen Kammer (genaue Bezeichnung)

Jude

## 14. Mitgliedschaft

a) bei der NSDAP.

b) bei welchen Gliederungen?

a) seit ..... Jude

### letzte Ortsgruppe

b) seit

### letzte Formation

oder ähnl.

## 15. Reichsarbeitsdienst

Wann und wo gemustert?

Entscheid

Dem Arbeitsdienst angehört, —

Jude

von 1952-1953 bis 1959-1960

Abteilung ..... Ort .....

## 16. Wehrdienstverhältnis

a) Für welchen Truppenteil gemustert oder als Freiwilliger angenommen?

b) Als wehrunwürdig ausgeschlossen?

## Wann und weshalb?

c) Gredient:

Truppenteil

Standort

entlassen als

a) nicht mehr erfasst, da Jude

b)

c) von 9.9.15. bis 1918

Infanteriereg. 82

Göttingen

Artillerist



17. Orden- und Ehrenzeichen? (einzeln auflühren)	Frontkämpferkreuz
18. Vorbestraft? (Kurze Angabe des — der — Beschuldigten. Diese Angaben sind, soweit möglich, auf Grund der amtlichen Unterlagen zu ergänzen)	nach eigenen Angaben keine Vorstrafen.

## II. Zur Sache:

Mein Vater war viele Jahre in Hamburg Kantor bei der Jüd. Gemeinde. Zwei Jahre nach meiner Geburt wurde er nach Rogasen in Posen versetzt, wo ich mit mehreren Geschwistern meine Jugend ver-  
lebt habe. In Rogasen besuchte ich die Volksschule bis zur ober-  
sten Klasse. Anschließend kam ich in die kaufmännische Lehre für  
Manufaktur-und Weißwarenbranche, nach Posen. 1903 kam ich nach  
Berlin, wo ich ohne Unterbrechung in meiner Branche tätig war.  
Einige Jahre - etwa 1913 bis 1920 - hatte ich ein eigenes Geschäft  
für Blusen und Kleider in Berlin -Nkl., Bürknerstr.15. In den letzten  
ten Jahren war ich als Vertreter für verschiedene Berliner Firmen  
tätig gewesen. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen für Juden  
endete meine Vertretertätigkeit am 30.9.38. Seitdem lebe ich von  
Arbeitszuweisungen des Arbeitsamtes für Juden, Berlin, Fontane-  
promenade 15. Z.Zt. werde ich dreimal wöchentlich zu Pflichtar-  
beiten herangezogen. Ausser der Unterstützung von RM 10,90 wöchent-  
lich, erhalte ich für die Pflichtarbeiten -.40 RM je Tag und Ver-  
gütung des Fahrgeldes. Da meine Ersparnisse aufgezehrt sind, habe  
ich weitere Einnahmen nicht. Für mein möbliertes Zimmer zahle  
ich RM 22.- monatlich Miete.

Ich gehöre der Jüdischen Gemeinde an und bin abstammungs-  
mäßig Volljude mit 4 jüdischen Großelternteilen. 1934/35 wurde  
ich rechtskräftig von meiner Ehefrau Erna, Sara geb. Vandsburger  
geschieden. Aus dieser Ehe stammt eine Tochter, die jetzt im  
Alter von 24 Jahren steht. Meine geschiedene Ehefrau und Tochter  
sind nach Palästina ausgewandert. Von meinen Geschwistern leben  
noch 3, von denen sich 2 in Hamburg und 1 in Danzig aufhält.  
In Berlin lebt noch eine Stiefnichte Justa, Sara J a c o b y ,  
Berlin, Hewaldstr. (Nummer unbekannt) wohnhaft. Weitere Verwandte



habe ich in Berlin nicht.

Seit etwa 1937 bemühe ich mich mit Hilfe des Jüdischen Hilfsvereins um eine Auswanderung nach Shanghai. Da ich bisher nicht das erforderliche Reisegeld aufbringen konnte, konnte ich bisher nicht berücksichtigt werden. Schriftliche Unterlagen dafür, daß ich mich bisher ernstlich um die Auswanderung bemüht habe, vermag ich nicht beizubringen. Ich muß zugeben, daß ich mich in dieser Hinsicht bisher ganz auf den Hilfsverein verlassen habe, von dem ich bindende Zusagen bisher nicht erhalten habe.

In Shanghai habe ich Bekannte, die früher in Berlin ansässig waren und im Juli 1939 ausgewandert sind. Diese bemühen sich seitdem um meine Einreise nach China. Ich stehe mit diesen Bekannten daher in schriftlichem Verkehr ~~mit ihnen~~. Es handelt sich um den Juden Hans, Israel R a b o w und dessen Ehefrau Emmy, Sara Rabow geb. Bauchwitz, die in Bln.-Chbg., Kaiser Friedrichstr. 80/81 gewohnt hatten.

Vor etwa 3 Wochen habe ich den letzten Brief ~~nach Shanghai~~ an meine Bekannten Rabow nach Shanghai geschrieben.

Etwa 14 Tage war ich zur Kartoffelernte in der Zeit vom 1.10.-16.10.39. auf das Rittergut Buchholz bei Drossen/Oder durch das Arb.Amt Fontanepromenade beordert worden. Ausser Fahrgeld, Verpflegung und Unterkunft für die betr. Zeit habe ich eine Vergütung für meine Arbeit nicht bekommen. Desgleichen setzte auch für diese Zeit die Wohlfahrtsunterstützung aus. Ich gehörte zu einem Arbeitstrupp, der aus 46 Männern und 2 Frauen bestand, die überwiegend über 50 Jahre alt waren.

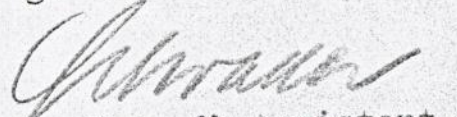
Ich gebe zu, daß ich der Frau Emmy, Sara Rabow in meinem letzten Brief vom 30.11.39. von meinen Erlebnissen beim Kartoffelhacken auf dem Rittergut Buchholz Mitteilung gemacht habe. Ich gebe auch zu, daß ich hierbei schrieb: "...Die Arbeit war furchtbar schwer, was die größte Gemeinheit war, die Hunde haben uns ~~minem~~ nicht einen Pfennig Geld gegeben, nur Verpflegung und Unterkunft. Und das Essen war nicht besonders, ja mit uns Juden können sie es machen."

Auf Vorhalt erkläre ich, daß ich mir bei dieser Mitteilung an meine Bekannten in Shanghai nichts gedacht habe. Ich bin damals wegen des Kartoffelhackens sehr aufgeregt gewesen und habe an die Folgen, die diese Mitteilung an Personen, die sich im feindlichen Ausland aufhalten, nach sich ziehen kann, nicht gedacht.

v. g. u.

g. w. o.

Paul Israel Bohn

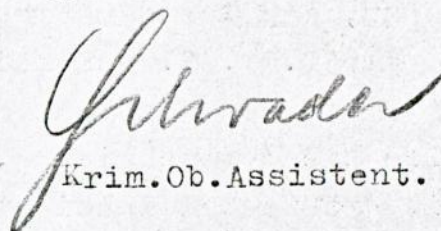
  
Krim.Ob.Assistent.



Bericht.

Der Volljude Paul, Israel C o h n , 9.12.77. Hamburg geb., Vertreter, Reichsdeutscher, mosaisch, ~~w~~geschieden, Berlin-Friedenau, Wilhelmshöherstr. 14 bei Kaufmann wohnhaft, ist überführt und geständig. in einem Brief an die im Sommer 1939 nach Shanghai ausgewanderten Juden R a b o w geschrieben zu haben, daß er zum Kartoffelhacken auf dem Gut Buchholz bei Drossen/Oder herangezogen sei. Er schrieb wörtlich: ... "Die Arbeit war furchtbar schwer, was die größte Gemeinheit war, die Hunde haben uns ~~k~~äht einen Pfennig Geld gegeben, nur Verpflegung und Unterkunft und das Essen war nicht besonders, ja mit uns Juden können sie es machen."

Da C o h n diese Beschäftigung auf dem Gut als Pflichtarbeit für das Arbeitsamt Berlin erhalten hatte, steht fest, daß er mit den "Hunden" das Arbeitsamt Berlin treffen wollte. Cohn ist daher eines groben Verstoßes gegen das Heimtückegesetz überführt. In strafrechtlicher und politischer Hinsicht ist er hier bisher nicht in Erscheinung getreten. Im Archiv des Gestapas hat er kein Blatt. Um seine Auswanderung hat er sich bisher nicht ernstlich bemüht. Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz wird erstattet.

  
Krim.Ob.Assistent.



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 2

, am 20. 12. 39. 193

Stapo D 1a

Tatort: Amtsgerichtsbezirk: Berlin

Ergreifungsort: " Berlin

## Einlieferungsanzeige.

Am 20. 12. 39. 193 gegen 12 Uhr wurde im Bereich  
des Polizeireviers Stapoleitstelle D 1a  
(Ort und Straße)  
festgenommen:

Vor- und Zuname:

Paul, Israel C o h n

Beruf:

Vertreter

Geboren:

9. 12. 77. Hamburg  
am in Gemeinde

Kreis

Amtsgericht

Familienstand:

ledig — verheiratet mit geschieden

Wohnung:

Bln.-Friedenau, Wilhelmshöherstr. 14 bei  
Kaufmann  
— wohnungslos — war nicht imstande, eine Wohnung anzugeben — die gemachte  
Wohnungsangabe erwies sich bei Nachfrage als unzureichend.

Vor- und Zuname der Eltern:

a) Vater

b) Mutter

Bei Minderjährigen:

a) Wohnung der Eltern:

b) Name und Wohnung des  
Vormundes:

c) Vormundschaftsgericht:

V e r m e r k:

1) Körperdurchsuchung ist erfolgt

durch:

2) Anfrage beim Steckbriefregister ist  
erfolgt. Notierung besteht nicht — zu

3) Entnahme der Karte ist veranlaßt  
— Karte ist nicht vorhanden.

*G. Schwader*  
Name

Stapo D 1a  
Amtsbezeichnung

Krim.Ob.Ass.  
(Dienstgrad)

Unterschrift



Stapo D la  
Dienststelle

Berlin=

, den 20.12.39. 193

Sofort!

I. 1. Die festgenommene Person wird eingeliefert zum Haftbefehl

— wegen **Vergehen gegen das Heimtückegesetz**

2. Die Einlieferung erfolgt zum Kommissar vom Dienst — für die Dienststelle

Stapo D la

Name

Krim. Ob. Assistent.

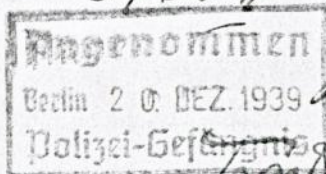
Stapo D la  
Dienststelle

Berlin= , den 20.12.39. 193

II. 1. Der **Beschuldigte Paul, Israel C o h n**  
Die

wurde gehört; <sup>er</sup> <sub>ist</sub> in das Polizeigefängnis einzuliefern.

(Annahmestempel des Polizei-Gefängnisses)



Name

Krim. Ob. Ass.  
Amtsbezeichnung

III. 1. Als Angehörige wurde benachrichtigt:

2. Angehörige wurden nicht benachrichtigt, weil

*Keine vorhanden sind*

Name

Amtsbezeichnung



# Preussische Geheime Staatspolizei

## Staatspolizeistelle Berlin

Berlin, am 20.12.39, 193

10

Dienststelle D 1a  
 int. Anruf 201  
 Aktenzeichen D 1a - C 7219/39  
 Tatort: Berlin  
 (Amtsgerichtsbezirk)  
 Ergreifungsort: Berlin  
 (Amtsgerichtsbezirk)

1. Die vorläufige Festnahme des - der - Volljuden  
 Paul, Israel C o h n , 9.12.77. Hamburg  
 geb., Reichsdeutscher, geschieden, Bln.-  
 Friedenau, Wilhelmshöherstr.14 bei Kauf-  
 mann wohnhaft,

5963 III

erscheint begründet,

da die Gefahr im Verzuge obwaltet, dringende Verdachtsgründe  
 vorhanden sind und  
 er - sie - der Flucht verdächtig ist - finden -  
 Verdunkelungsgefahr besteht nicht.

(§ 127<sup>r</sup> Str. Pr. O.),

209

(§ 127<sup>II</sup> Str. Pr. O.)

Erfennungsbedeutliche Maßnahmen

Fingerabdrücke } aufgenommen  
 Lichtbild } nicht aufgenommen

(Datum, Name u. Dienstnummer des abfertigenden  
 Beamten der Erfennungsbedeutliche)



2. Er - Sie - wird - werden - vorgeführt zu den - anliegenden - Akten Stapo D la -  
C 7219/39 - ..... wegen \*)

Vergehens gegen das Heimtückegesetz vom 20.12.34.

dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium

dem ~~Sammelgericht~~ Landgericht Berlin, Abt. 699 — Dirschsenstraße

dem ~~Sammelgericht~~ Landgericht .....

dem ~~Landgericht~~ Landgericht ..... (Strafabteilung)

Vermerk:

Sollte Haftbefehl nicht ausgesprochen  
werden, bitte ich um die Rücksistie-  
rung des Cohn.

Im Auftrage:

*Fr. Hoff*  
*Leg. Hs.*  
(Dienstgrad)

\*) Genaue Bezeichnung der Straftat und der in Frage kommenden Gesetzesparagrafen.



# Das Amtsgericht Berlin,

Abteilung:

Vernehmungsrichter im Polizei-Präsidium

Berlin NW 40, den 21. Dez. 1939  
Turmstraße 91.

## Straffache

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat

*Herutholz*

als Richter,

Justizangestellter

*Sahn*

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen den

*Verbreter*

*Paul Israel Cohen*

2. G. 200 (200000) 21. 7. 1939

Eingeg. am 23. Dez. 1939

wegen *Verbrechen i. d. Heimtückegesch.*

~~Auf Ladung~~ Borgeführt — erschien

D.

*Be*  
des Angeeschuldigte.

1. ~~Entlassungsbefehl~~ Entlassungsbefehl ist erteilt.

2. U. m. Alten

an

die

*Staatsanwaltschaft*

*Berlin*

Berlin, den 21. Dez. 1939

Amtsgericht Berlin-

*Abt.*

*Herutholz*

*Er* wurde mit der Verfügung vom

, durch welche die Voruntersuchung

eröffnet worden ist, bekanntgemacht und befragt, ob

*Er* etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle.

*Er* erklärte :

*3. Person wie Bl. 5 d. G.*

*3. Laube:*

*Ich gebe zu, den mir  
vorgehaltenen Brief mit  
der mich belastenden Äußerung  
nach Shanghai geschrieben  
1 Fond*

1 Fond Js. 945 139

709 Gs 1259.39

St. P.

Nr. 10. Vernehmung des Angeeschuldigten in der Voruntersuchung,  
wenn er schon vor der Eröffnung vernommen war  
(§ 192 StPO.). — Amtsgericht.



zu haben. Ich habe 2 1/2 Wochen Kartoffeln  
anbauen müssen und mir Verpflegung und  
Unterkunft bekommen. Darüber habe ich <sup>in dem Brief</sup> ~~schon~~ <sup>schon</sup> geschrieben. Die Möglichkeit,  
ins Ausland einzuwandern habe ich z. H. nicht,  
da ich noch nicht im Besitze einer Einreise-  
erlaubnis bin. Ich bin polizeilich gemeldet.

v. g. u.

Paul Israel Cohen

b. i. v.

Der Beschuldigte wird mangels Fluchtversuchs  
und Verdunkelungsgefahr entlassen und der  
Stapo D. ia zurückgeführt.

Altmann

Cohen



— Das Amtsgericht Berlin  
Vernehmungsrichter im Polizei-Präsidium

Berlin, den 21. Dez. 1939

193

— Das Landgericht

— Strafkammer —

— Untersuchungsrichter —

das Untersuchungsgefängnis

hier.

— Der — General — Ober — Staatsanwalt  
bei dem gericht Berlin —.

Alttenzeichen

Strafsache gegen

Haftbefehl des

Gerichts

vom

193

Alttenzeichen

Gefangenen-Buch Nr.

Es wird ersucht, dau auf Grund des vorbezeichneten Haftbefehls wegen

in Untersuchungshaft befindliche

sofort aus der Haft zu entlassen, sofern nicht ein weiterer Annahmefehl gegen

ihm vorliegt.

Entlassungsanzeige wird erbeten.

Cohn ist der Kasse 512a zurückzuführen.



*Stenkow*

Amtsgerichtsrat



Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Berlin

Stapo D 1 a 6 7219/39

Berlin, den 27. 3. 40

An

die Vorstandsmitglieder des Reichsausschusses für die Überwachung der Presse

in Berlin N.W. 40.

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens — meines Schreibens

209 Gs 12.59/39

Betreff: Auskunft über den Stand eines Verfahrens — Urteilsabschrift.

In der Strafsache gegen

Paul Franz Cohen

wegen

Auskunft über den Stand des Verfahrens bzgl. Überforderung der Akten zur Einreichung auf kurze Zeit. Überforderung einer Urteilsabschrift.

Die polizeilichen Verhandlungen wurden am überfandt

Im Auftrage

Johann

12.5.39.945

Polizeistelle Berlin N.W. 40

Gericht

51.00.23

72.3.32.40

Dim A 5  
148 x 210 mm  
Gericht  
Pol. Nr. 126

Berlin N.W. 40,  
Turmstr. 91.

den 27. März

1940

Fernsprecher:

An

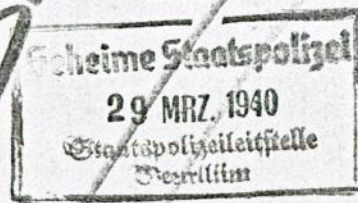
Polizei-Präsident

Kapo

Herrn.

Die beifolgenden Akten

1. P. Zs. 32.40



werden mit dem Ersuchen überfandt, sie nach Gebrauch zurückzusenden.

Auf Anordnung

Inspektionsamt



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo D la - C. 7219/39.

22  
Berlin, den 14. Mai 1941.



Urschriftlich

dem Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Bln.  
B e r l i n NW 40  
Turmstr. 91

nach Kenntnisnahme zurückgesandt.

Im Auftrage:

B1.-

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo D la - C. 7219/39

79  
Berlin, den 5. April 1940.



Urschriftlich

dem Herrn Generalstaatsanwalt  
beim Landgericht Berlin

B e r l i n NW 40  
-----  
Turmstr. 91

nach Kenntnisnahme zurückgesandt.

Im Auftrage:

gez.: Dr. A r l t.

Beglaubigt.

Büroassistent.



W



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 25, Grunerstr. 12, Ecke Dircksenstr.

Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
beim Landgericht

Berlin NW 40.  
Turmstraße 91.



Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

Stapo D 1a - C. 7219/39.  
Berlin, den 24. 4. 1941.

Betrifft Paul C o h n ,  
9.12.77 Hamburg  
geboren.

Geftrand

Vorg.: Strafvorgang wegen  
Verstoßes gegen das  
Heimtückegesetz -  
I F Js. 32/40.-

Ich bitte um Überlassung des vorge-  
nannten Strafvorganges auf kurze Zeit.

Im Auftrage:

gez. Dr. K u n z .

Beglaubigt:



Kanzleiangestellte.

Bl.-

Din A 5  
Vordruck  
Pol. Nr. 3

Anlagen

Sernruf  
51 00 23

Poltscheckkonto  
Berlin 2386  
Kasse  
des Geheimen Staatspolizeiamts



Engel; Lempert.

II

1) Altes auf dem Dorf, 1841  
- 1841.

2) 1. 8. 41.

2. 5. 41.

20. 4. 41.

zu 1/2 ab.

2. MAI

1841

1841.



*Bartell,*

*Georg*

*W*

Einzelfall

1Js1/67

Stapoleit. Bln,



17s 1/67 (StL. Plu.)

- 1.) Fr. STA in Birstein zur Auswertung <sup>Vg.</sup>  
2.) Bitte aus den Akten 1 P. WLS 29/40 STA Plu.

je 3 | Abl. von Pl. 1-42, 11-14, ~~76-77~~ 76, 82-84

3.) Akten 29/40 alsdann trennen

4.) mit Abl. Wv (auch 7/65)

<sup>V.</sup>  
Bitte je 1 Abl.  
von 42, 76, 80, 83-84  
für 18s 13/65 (RSHH)  
bi.  
10.12.68

6/12/68

Vg

IV D1 + E



Der Polizeipräsident in Berlin  
I - A - KI 3 - 1000/67

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2571

Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

N a m e: B a r t e l l

Vorname: Georg

Geburtsdatum und -ort 5.9.82 Berlin

damalige Wohnanschrift: Bln. N 65, Liebenwalder Str. 56

B e m e r k u n g e n:

Herr B. war Jude, in Mischehe verheiratet. Er wurde am 5.4.40 wegen Rassenschande festgenommen und am 31.10.40 zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus verurteilt. Er saß bis zum 29.12.42 im Zuchthaus Brandenburg-Görden ein, wurde an die Polizei überstellt - Strafunterbrechung -.

INTERNATIONALER SUCHDIENST

Arolsen

Keine zusätzlichen  
Informationen

12. MAI 1969

Im Auftrage:

  
G. Fechner

Im Auftrage



E: 5. MAI 1969	
Inhalt.	Feldmerk.
Aufenth.	Storbauk.
Dok.-Ausw.	Suchentr.
Krankenk.	Photokopie
Beschäft.- Nachweis	Gesamt- Anlage
OP-Dok.-Ausw.	



1 D KLS 29/40 STA-Ber

Staatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeileitstelle Berlin

KJ.Wd/R d II.

Geschäftszeichen: 115

Anruf: 171

Strafanzeige

Tatort: Berlin

AG-Bezirk: "

Tatzeit: 1939

Strafbare Handlung:

Rassenschande  
Gesetz zum Schutze des deutschen  
Blutes und der deutschen Ehre v.  
§§ 15.9.35. RStGB.

Geschädigt:

Beschuldigt (Täter und Beteiligte):

a) Bartell, Georg,  
Arbeiterin

geboren am 5.9.82

in Berlin

Wohnung: Bln. N 65,

Liebenwalderstr. 56

b)

geboren am

in

Wohnung:

Gegenstand:

Wert (Höhe des Schadens):

Überführungsstücke:

Anlagen.

An K.J. M II 8

St. Polizei-Berlin

(Eingangsstempel)

Berlin N 65

Wohnung (Dienststelle)

5.4.40

(Datum)

Spurensuche

hat nicht gefunden — ist nicht erforderlich.

Spuren sind nicht gefunden.

Spuren sind gemeldet an den Erkennungsdienst der

RP-Stelle

abgehandelt

Runkel

Krim. Obass.

(Name und Amtsbezeichnung)

Berlin N 65 am 5.4. 1940

D

am ten

in

geboren,

in

wohnhaft,

Beimruf: , zeigt an:

Anlässlich einer Durchsuchung in  
der Wohnung des Bartell  
wurde die umseitig vernommene  
Dornfeld in der Wohnung  
des B. angetroffen. Da mir bekannt  
war, dass B. Volljude ist, die  
D. dagegen ~~arier~~ Arier ist,  
lag der Verdacht der Rassenschande  
nahe. Meine weiteren Ermittlungen  
brachten den Beweis, so dass B.  
geständig ist.

Runkel  
Krim. Obass.



Berlin, den 5.4.40.

V e r h a n d e l t.

Es die Arbeiterin Gerda D o r n f e l d, 3.11.20 in Berlin geb., Bln. 65, Hochstädterstr. 20 bei Eltern wohnhaft und erklärt:

Der Zweck meiner Vernehmung ist mir bekannt. Ich will aussagen.

B a r t e l l habe ich durch seine verstorbene Frau kennengelernt, Arierin war. Durch die Bekanntschaft seiner Frau ~~ix~~ suchte ich gelegentlich die Wohnung des Bartell auf. 1939 versuchte dann Bartell, mit mir geschlechtlich zu verkehren. Im Sommer vorigen Jahres lieh ich dem Sohn des Bartell ein Banjo. Im Junij 1939 wollte ich es abholen und suchte deshalb die Wohnung des Bartell auf. Der Beschuldigte, Bartell, war allein in seiner Wohnung. Auch jetzt stellte B. das Ansinnen, ~~xx~~ mit mir geschlechtlich zu verkehren. Ich habe dann auch mit Widerwillen nachgegeben und B. hat den Geschlechtsverkehr mit mir vollzogen. Dieses war in seiner Wohnung, Liebenwalderstr. 56. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch nicht genau, dass Bartell Volljude ist. Er erzählte mir einmal, dass seine Grossmutter Jüdin gewesen war. Bartell hat dann auch nachdem immer wieder versucht, mit mir geschlechtlich zu verkehren. Meines Wissens war es im August 1939, wo ich wieder mit Bartell den Geschlechtsverkehr vollzogen habe. Ich möchte noch erwähnen, dass Bartell anormal veranlagt ist. Ich habe auch dann noch nicht genau gewusst, dass Bartell Volljude ist. Dieses habe ich erst heute durch den vernehmenden Krim. Beamten ( der U n t e r z e i c h n e t e) erfahren.

Ich fühle mich im 9. Monat schwanger. Ich muss erklären, dass Bartell nicht der Vater des erwartenden Kindes ist. Ich kenne den Vater, will ihn aber nicht ~~XXXXXXXX~~ benennen.

Ich bedaure meine Handlungsweise. Obwohl ich mich immer gegen die Zudringlichkeiten des Bartell wehrte, gelang es ihm mit der Zeit, meinen Widerstand zu brechen, so dass ich nachgab.

v. g. u.

*Gerda Dornfeld*

Geschlossen mit dem Vermerk, dass beider Vernehmung der Krim.Angestellte G r a h l m a n n zugegen war. Die D o r n f e l d versuchte zuerst, die Tatsache abzustreiten, liess sich aber bald belehren, als ihr erklärt wurde, dass sie niemals einen Juden schützen dürfe. Wenn die D. weiter angint, Bartell sei anormal veranlagt, so wollte sie sagen, dass er gerne lecke.



B a r t e l l stritt vorerst jede Beziehung zur der D. ab.  
Erst als ihm die Aussagen der D. vorgelesen wurden, bequeme er  
sich zum Geständnis. Die Dornfeld besitzt keinen guten Leumund.  
Bartell wird wegen Rassenschande der Dienststelle K.J.M II 8~~n~~  
zugeführt.

*Runkhl*  
Krim. Obass. -1998-

2



# 41. Polizei-Revier

Kriminalpolizei

Bln. N. 65

Wagnitzstraße Nr. 20.

Fingerabdruck genommen\*)

Fingerabdrucknahme nicht erforderlich\*)

Person ist — nicht — festgestellt\*)

Datum:

Name:

Amtsbezeichnung:

Dienststelle:

Berlin N 65

, am 5.4.

1930

(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

Vorführung — Vorgeführt \*) — erscheint

der Nachbenannte

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

## I. Zur Person:

1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

a) Bartell

Georg

b)

2. a) Beruf

Über das Berufsverhältnis ist anzugeben,  
— ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. —  
— bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes —  
— bei Minderjährigen ohne Beruf der der Eltern —

— bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle —

— bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach —

— bei Trägern akademischer Würden (Dipl., Ing., Dr., D. pp.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde —

a) Arbeiter

bei Fa. Lange, Rohrlegerei,

Bln. Neuköln, Reuterstr.

b) 90 Pf. Stundenlohn

c) Jax seit

nein

3. Geboren

am 5.9.82 in Berlin

Prenzl. Berg

Verwaltungsbezirk

Landgerichtsbezirk Berlin

Land Pr.

4. Wohnung oder letzter Aufenthalt

in Berlin N 65

Wedding

Verwaltungsbezirk

Land Pr.

Liebenwalder Straße Nr. 56

Platz

Telefon

\*) Nichtzutreffen des durchstreichens.

Gefrand



<b>5. Staatsangehörigkeit</b> Reichsbürger?	D. Reich ..... nein .....
<b>6. a) Religion (auch frühere)</b> 1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Glaubensloser  b) sind 1. Eltern } 2. Großeltern } deutschblütig?	a) ev. ( Nach Bl.1 d. Meldestelle mos.) ..... 1) ja — welche? ..... ev. luth. — <del>orth.</del> 2) ja — nein 3) ja — nein  b) 1. Juden "..... 2. ....
<b>7. a) Familienstand</b> (ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — letzt getrennt) b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) d) Sind oder waren die Eltern — Groß- eltern — des Ehegatten deutschblütig?	a) verwitwet ..... b) — ..... c) — ..... d) — .....
<b>8. Kinder</b>	ehelich: a) Anzahl: 1 b) Alter: ..... Jahre unehelich: a) Anzahl: 1 b) Alter: 17 Jahre
<b>9. a) Des Vaters</b> Vor- und Zunamen  Beruf, Wohnung b) der Mutter Vor- und Geburtsnamen  Beruf, Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)	a) Theodor Bartell ..... verstorben ..... b) nicht bekannt ..... .....
<b>10. Des Vormundes oder Pflegers</b> Vor- und Zunamen  Beruf, Wohnung	— ..... .....
<b>11. a) Reisepaß ist ausgestellt</b>  b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahr- zeuges — Kraftfahrrades — ist erteilt  c) Wandergewerbeschein ist ausgestellt  d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbe- ordnung ist ausgestellt  e) Jagdschein ist ausgestellt  f) Schiffer- oder Lotsenpatent ist ausgestellt	a) von nein am ..... Nr. .... b) von nein am ..... Nr. .... c) von — am ..... Nr. .... d) von — am ..... Nr. .... e) von — am ..... Nr. .... f) von — am ..... Nr. ....



g) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungsschein) ist ausgestellt

Rentenbescheid?

Versorgungsbehörde?

h) Sonstige Ausweise?

g) von ..... am .....  
Nr. ....

h) nein

12. a) Als Schöffe oder Geschworener für die laufende oder die nächste Wahlperiode gewählt oder ausgelost? Durch welchen Ausschuß (§ 40 GVG.)?

b) Handels-, Arbeitsrichter, Beisitzer eines sozialen Ehrengerichts?

c) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften geführt?  
Über wen?

Bei welchem Vormundschaftsgericht?

a) nicht

b) nein

c) nein

13. Zugehörigkeit zu einer zur Reichskulturkammer gehörigen Kammer (genaue Bezeichnung)

nicht

14. Mitgliedschaft

a) bei der NSDAP.

b) bei welchen Gliederungen?

a) seit nein

letzte Ortsgruppe.....

b) seit -

letzte Formation.....

oder ähnl. ....

15. Reichsarbeitsdienst

Wann und wo gemustert?

Entscheid

Dem Arbeitsdienst angehört

nein

von ..... bis .....

Abteilung ..... Ort.....

16. Wehrdienstverhältnis

a) Für welchen Truppenteil gemustert oder als Freiwilliger angenommen?

b) Als wehruntwürdig ausgeschlossen?

Wann und weshalb?

c) Gedient:

Truppenteil

Standort

entlassen als

nicht gemusert.

a) .....

b) .....

c) von 1903 bis 1908

Inf. Rgt. 140 (Schutzgruppe Südwestafrika)

xix Hohensalza

Gefreiter



17. Orden- und Ehrenzeichen?  
(einzeln auführen)

Denkmütze Deutsch-Südwest

18. Vorbestraft?

nein

(Kurze Angabe des — der — Beschuldigten.  
Diese Angaben sind, soweit möglich, auf Grund  
der amtlichen Unterlagen zu ergänzen)

Nach Bl. 1 der Meldestelle wie  
folgt bestraft.

- 1) 13.5.08 Betrug 2 W. Gef.
- 2) 28.12.08 " 1 W. Gef.
- 3) 11.4.39 Verg. geg. Kennkarten-  
zwang 50,-RM Geldstrafe bzw.  
10 Tg. Gef. Strafe erlassen.

## II. Zur Sache:

Der Zweck meiner Vernehmung ist mit bekannt.

Ich bin Volljude. Ich gebe zu, im Jahre 1939 mit der Dornfeld  
des öfteren geschlechtlich verkehrt zu haben. Mir war bekannt,  
daß die D. Arier ist. Die D. ist mir seit einigen Jahren bekannt,  
und durch dieses bekannt sein, gelang es mir die Zuneigung der D.  
zu gewinnen, so daß/des öfteren in meiner Wohnung zum Geschlechts-  
Verkehr kam. Auf große Schwierigkeiten bin ich nicht gestoßen, im  
Gegenteil es wurde mir leicht gemacht. Mir war bekannt, daß ich  
mich durch den Geschlechtsverkehr strafbar gemacht habe. Mit der  
Schwangerschaft der D. habe ich nichts zu tun.

Eine stichhaltige Entschuldigung für mein Verhalten kann ich  
nicht abgeben. Ich kann wohl erklären, daß mir die D. oftmals im  
Haushalt half und ich so zu ihr Zuneigung faßte, ~~was~~ und als Folge der  
Geschlechtsverkehr stattfand.

v.

g.

u.

geschlossen.



Tatort: Amtsgerichtsbezirk: Berlin

Ergreifungsort: " "

41. Polizei-Revier  
Kriminalpolizei  
Berlin N. 65  
Wagnitzstraße Nr. 20

## Einlieferungsanzeige.

Am 5. 4. 40 193 gegen 20,00 Uhr wurde im Bereich  
des 41. Polizeireviers Bln. N 65, Wagnitzstr. 20  
(Ort und Straße)  
festgenommen:

Vor- und Zuname:

Bartell, Georg

Beruf:

Arbeiter

Geboren:

5.9.82

Berlin

am

in

Gemeinde

dto

Bln.

Kreis

Amtsgericht

Familienstand:

ledig — verheiratet mit verwitwet

Wohnung:

Berlin N 65, Liebenwalderstr. 56

— wohnungslos — war nicht imstande, eine Wohnung anzugeben — die gemachte  
Wohnungsangabe erwies sich bei Nachfrage als unzutreffend.

Vor- und Zuname der Eltern:

Theodor B. verstorben

a) Vater

nicht bekannt

b) Mutter

Bei Minderjährigen:

a) Wohnung der Eltern:

b) Name und Wohnung des  
Vormundes:

c) Vormundschaftsgericht:

## B e m e r k u n g e n :

1) Körperdurchsuchung ist erfolgt

durch:

2) Anfrage beim Steckbriefregister  
ist erfolgt. Notierung besteht  
nicht — zu3) Entnahme der Karte ist veran-  
lasst — Karte ist nicht vorhanden.

Name

Krim. Obass.

Amtsbezeichnung

41. Rev.

Dienststelle

Unterschrift



# Verzeichnis der abgenommenen Gegenstände:

**A. Beweisstücke und Ausweispapiere:**  
(Der bearbeitenden Dienststelle vorzulegen)

1 Aktenstück Brief

**B. Gegenstände, mit denen der Festgenommene sich oder anderen ein Leid antun kann:**

1 Goldkettchen, 1 Zylinderlock mit  
5 Zylinder, 1 Radiergummi, 2 Gläser  
(1 Fingerring, 1 Messer, 1 Kamm, 1 Zigaretten-  
2 Zigaretten, 1 Zigarettenkassette)

**C. In Verwahrung genommene nicht beschlagnahmte Gegenstände:**

a) Geld: Hartgeld 2,51 RM

Papiergeld 30,- RM

Ausländische Geldsorten

b) Wertgegenstände: Kinn

Die Richtigkeit des Verzeichnisses erkenne ich an:

G. Bartell

Name des Festgenommenen

Die Gegenstände zu A, B, C sind von mir übernommen:

Pöhlke, O. d. Res.

Name

Margel, J. d. Res.

Name

41. Res. Wd.

Dienststelle

41. Res. Wd.

Dienststelle

Name

Dienststelle

Verbleib der Gegenstände bei Beendigung der polizeilichen Verwahrung:

Quittung des Empfängers:



Staatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeistelle Berlin.

Berlin C. 2. ...., am 6.4.1940. *111*

RJ. M. II 2. 393/40.

int. Anruf 8218

Altkennzeichen Bart. 2439.K.1.4M.

Tatort: Berlin  
(Amtsgerichtsbezirk)

Ergreifungsort: Berlin  
(Amtsgerichtsbezirk)

Erkennungsbienfällige Maßnahmen

Fingerabdrücke } aufgenommen —  
Bild } nicht aufgenommen

*Arrest Jan 6.4.40*

*[Signature]*

(Datum, Name und Dienstnummer des abfertigenden Beamten der Erkennungsbienfälligkeit)

Handschriftenprobe genommen.

1. Die vorläufige Festnahme des —/der / Juden

Georg Bartell, Arbeiter

5.9. 1882 Berlin geboren, Berlin,

Lichenwalderstr. 556 Wohnhaft *113*

*W. eingetr.*  
Kein Geld eingetr.

erscheint begründet,

~~xxxxxx auf xixher Ent betroffen wurde xx xx xx xx xx~~

~~xxxxxx xx xx xx xx xx xx xx xx xx~~

~~xxxxxx xx xx xx xx xx xx xx xx xx~~

~~xx xx xx xx xx~~

da - Gefahr im Verzuge - dringender Tatverdacht - Flucht-

verdacht - ~~xx xx xx xx xx xx xx xx xx xx~~

vorliegen,

sein ~~xx~~ Belassen auf freiem Fuße untragbar erscheint.

(§§ 112 und 113 StPO)

Seitrand



2. Er ~~ist~~ - wird - ~~wenden~~ - vorgeführt zu den - anliegenden - Akten **Bart.**  
2439.K.1.40  
wegen \*) **Rassenschande** gemäß  
§§ 2 u. 5 des Blutschutzgesetzes vom 15.9.1935.

dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium **Berlin**

~~dem Landgericht~~ ~~in Berlin~~ ~~Altstr. 600~~ ~~in der~~ ~~Str.~~

~~dem Jugendgericht~~

~~dem Landgericht~~

~~(Strafkammer)~~

für den Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht  
in Berlin.

Im Auftrage:



**Kriminalrat.**  
(Dienstgrad)



\*) Genaue Bezeichnung der Straftat und der in Frage kommenden Gesetzesparagrafen.



Sofort!

73  
40  
M II 4

I. 1. Die festgenommene Person wird eingeliefert zum Haftbefehl.....

.....  
Rassenschande  
— wegen .....

2. Die Einlieferung erfolgt zum Kommissar vom Dienst — für die Dienststelle K.J.M II 8

.....  
Name Krim. Obass.  
Amtsbezeichnung

H. G. 2  
Dienststelle

Berlin-....., den 6.4. 1934

II. 1. Der  
Die

wurde gehört; <sup>er</sup> <sub>he</sub> ist in das Polizeigefängnis einzuliefern.

2. H II 4

(Annahmestempel des Polizei-Gefängnisses)

M 44 II -  
Angenommen  
Berlin  
1934-5

.....  
Name

H. G. H. J.  
Amtsbezeichnung

III. 1. Als Angehörige wurde benachrichtigt:

2. Angehörige wurden nicht benachrichtigt, weil

.....  
Name  
Amtsbezeichnung



## IV.

## Vorführungsbegründung:

Die festgenommene Person wird in Haft behalten und dem Herrn Vernehmungs-  
 richter im Pol. Präs. Bln. für den Herrn Generalstaatsanwalt b. d. Lg. Berlin  
 vorgeführt, weil sie der Rassenschande überführt und ge-  
 ständig ist.

Da ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet,  
 bedarf der Fluchtverdacht keiner weiteren Begründung.

*Kilman*

Unterschrift des Dienststellenleiters

Krim. Ober.-Schr.

Amtsbezeichnung

Die Vorführung erfolgte

am ..... 193..... Uhr\*)

Name

Amtsbezeichnung

\*) Als Vorführungszeit ist die Zeit der Abgabe der Akten im Polizeigefängnis zwecks Vorführung vor den Vernehmungsrichter oder die Zeit der Zuführung der Person an eine Gerichtsstelle einzutragen.

Dienststelle

Berlin....., den ..... 193.....

V. 1. die festgenommene Person ist zu entlassen.

2. Von den in Verwahrung genommenen Gegenständen sind ihr auszuhandigen:

als Beweismittel bleiben beschlagnahmt:

Entlassen am

..... 193..... Uhr.

Unterschrift

Name

Amtsbezeichnung



# Das Amtsgericht Berlin,

Abteilung:

Berlin NW 40, den  
Turmstraße 91.

8. April 1940

19

174

## Straffache

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat

*Gerutholz*

als Richter,

Aufsichtsrat

*Sohn*

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

gegen den

*Arbeiter  
Friedrich  
Gerrit Bartell*

wegen

*Reservenhilfe*

~~Auf Ladung~~ Vorgeführt — erschien

der Angeeschuldigte.

D.

8. Apr. 1940

Annahme — Befehl ist erteilt.

U. m. Allen

an

die

Staatsanwaltschaft

Berlin.

Berlin, den 8. April 1940

Amtsgericht Berlin

*Reinhold*

Haft

10/4/40

*Er* wurde mit der Verfügung vom

, durch welche die Voruntersuchung

eröffnet worden ist, bekanntgemacht und befragt, ob

etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle.

*Er* erklärte:

3. Person wie H. 3 d. G.  
g. Sache:

Ich gebe den Bescheid.  
verheir. mit der Arbeiterin  
Bertha Dorfeld im Jahre  
1939 zu. Ich war ab  
1. Jan.

1018/5 447/40

St. P.

Nr. 10. Vernehmung des Angeeschuldigten in der Voruntersuchung,  
wenn er schon vor der Eröffnung vernommen war  
(§ 192 StPD.). — Amtsgericht.



Ich bekenne, der Vater des von Gerda Dornig  
zu erwartenden Kindes zu sein.

Dem Beschuldigten wurde erklärt, daß gegen ihn  
die Untersuchungshaft beschloßen wurde, da er  
der Rassenkunde

1. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~ bedingend  
 2. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~ da ein  
 3. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~ Lohn Strafe  
 4. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~  
 5. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~  
 6. ~~Diebstahl eines Geldbetrags~~

Seiner Majestät ist bekannt gemacht, daß Ihnen auf  
Verlangen eine Leihbibliothek des kaiserlichen Hofes  
ertheilt wird.

12/1/1944  
 12/1/1944  
 12/1/1944  
 12/1/1944

Stimmung Lär.

Half

<sup>23/29</sup> c) Gebüst d. Eingangs vorfabriz., geb. am 10.5.1877 in Ligen des Wollensmünd,  
am d. nyl. Riefen gemind Ligen " "

20 c) Geburt des Georg Ernst, geb. am 5. 9. 1882 in Tübingen - von Hande mit Sten

945 *Sp. 100* 2  
n. Grutziß über Rürmeltb. / Jom.  
geft. am 14. 4. 1914 im Verlag  
von Runderant ~~für~~ XIII b, Reg. Nr. 973.

iii. Aufzucht in Versen,

non abundant VIII = 6

Sept 1248.

1. 2. 3.

Zeit 1/2 Stunde.

2. Morphologie zu Gl. 3. hinzufügen.

3 3 surp.

66. U. Y. 40

R.



14.11.40

76

S t r a f s a c h e  
g e g e n

den Arbeiter Georg Jsrael B a r t e l l,  
geboren am 5.September 1882 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin N.65, Liebenwalder Str.56,  
z.Zt. in dieser Sache in Untersuchungshaft im  
Gefängnis Berlin, Lehrter Str.3,  
wegen Rassenschande.

-----  
Die zweite Strafkammer des Landgerichts in  
Berlin hat am 31.Oktober 1940 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Rassenschande  
zu 2 - zwei - Jahren und 9 - neun - Monaten  
Zuchthaus verurteilt.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf  
-drei-/  
die Dauer von 3/Jahren aberkannt.

Auf die erkannte Strafe wird die Unter-  
suchungshaft in voller Höhe angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel  
wird beglaubigt. Das Urteil ist vollstreckbar.

Der Angeklagte verzichtete am 31.Oktober 1940  
um 13<sup>07</sup> Uhr auf Rechtsmittel.

Berlin, den 9.November 1940.



*M. K.* Justizinspektor,  
Urundsbeamter der Geschäftsstelle.



82

# Geheime Staatspolizei

## Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin G2, Brunerstr. 12, Ecke Dirschfenstraße

Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin NW  
Turmstr. 91



Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

Stapo D 1 a- B 4713/40

Bln., den 11.12.40

~~XXXXXX~~

Betrifft: Juden Georg Israel B a r t e l l,  
geb. 5.9.82 zu Berlin.

Bezug: (502) 1.P.KLs. 29.40 (137.40)

Der Obengenannte ist wegen Rassen-  
schande zu vorstehendem Aktenzeichen zu zwei Jahren  
und neun Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Ich bitte um Mitteilung, in welcher  
Strafanstalt er seine Strafe verbüßt und wann  
mit seiner Entlassung zu rechnen ist.

Ferner bitte ich um Übersendung  
einer beglaubigten Urteilsabschrift mit Begrün-  
dung.]

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten notes: "Hilfs., wie St. 12. 2. 40", "Bsp. v. 1. 1. 40"]*

*[Handwritten note: "3. 12. 40"]*

*[Handwritten note: "21. 12. 40"]*

*[Handwritten note: "zu 1. ab."]*

*[Handwritten note: "21. DEZ. 1940"]*

Geftrand



**Zuchthaus u. Sicherungsanstalt  
Brandenburg (Havel)  
Görden**

83

(Zuname) Brandt

(Vorname) Georg

geb. am 5. 9. 22 in Berlin

Kreis —

Gaß N. Nr. —  
Eingeliefert — Gestellt:

Religion: — Beruf: Arbeiter Wohnung: W 405 Lindenweg 56.

am 5. 12. 40 193 10 Uhr

Chefrau: Wwe. 1935 Wohnung: — Kinder: —

von Lehrer

Verwandte: Keine Angaben  
(Eltern, Vormund)

Nr. der  
Zugangsliste } 918/40

Haus

Brandt

Größe: 164 Bart: — Augen: braun Rinn: —  
Gestalt: stark Gesicht: lang Nase: mittel Mund: mittel  
Haar: schwarz Stirn: — Ohren: groß Zähne: stark  
Besondere Kennzeichen: Wunden an linken Hand Sprache: deutsch  
Vorstrafen: 14 Geldstrafe, — Haft, — Gefängnis, — Zuchthaus; P.-A. Bl. 71

Vbe. Nr. der Ein- tra- gung	Strafvoll- streckungs- behörde, Aktenzeichen und Datum des Erfindens	Tag des Urteils pp.	Genauere Bezeichnung der Straftaten	Strafdauer				a) Art der Haft b) Re- ben- strafen	Berechn. d. Strafhaft					
				Jahre	Monate	Wochen	Tage		Beginn			Ende		
1	1. P. H. S. 29/40	3.	Diebstahl	2	9	—	—	a) 3 b) 3	31. 10. 40	31. 10. 40	31. 10. 40	31. 10. 40	31. 10. 40	31. 10. 40
	1. P. H. S. 29/40	4.	Diebstahl	1	4	—	—	a) — b) —	—	—	—	—	—	—

21. Dez. 1940  
Am 5. 1. 43  
in 21/12 40

U.S. 2012.40 11  
Einlieferungsanzeige  
Strafantrittsanzeige  
zu 1 P. H. S. 29/40  
an Berlin  
St. —  
U.S. —  
Polizei —  
Auf Anordnung:  
Verwaltungsinспектор — Sekretär —

Gefrand



Der Vorstand des Zuchthauses.

Brandenburg/Havel-Görden, den. 29.12.42.....

Zu: *A.P.H. Ls. 29/40*.....

*84*

Der Zuchth. Gefg.  
Siehg. Verw.

*H. J. B. Bartel*

ist am... 29.12.42..... an die Polizei abgegeben worden. Die

Strafunterbrechung ist auf Anordnung des Reichsjustizministers  
erfolgt.



Auf Anordnung:  
gez: Gottschalk.  
Verwaltungsangestellter.

An

den Herrn Generalstaatsanwalt  
den Herrn Operatsstaatsanwalt  
bei dem Landgericht  
das Antagsgericht

in *Berlin*.....

*1. Ls. 5. I. 43. H. 83 Löppner*  
*2. Ls. 5. I. 43. H. 83 Löppner*  
*L.*



Behrendt,

Max

ly

Einzelfall

1Js1/67

Stapoleit. Bln,



1 Ts 1/67 (Stapol. Plu.)

Vh auf be. Blatt

12/12 Hö

✓ 1.) STA Holzner z. K. (→ Pl. ~~78/77~~) Vh) Frau E. Stein Pilsen z. K. bi 10.12.68

U2.) Bitte je 4 Abl. von

Pl. 1/2, 14-17, ~~76-78~~, ~~151/2~~ 151/2 (mit Rs), 165 mit Rs, ~~182~~ (213-215, 220)

der Akten 1 P. Kls 27/41

✓ 3.) Akten ↑ trennen

4.) Vermehr : Pl. 76-78 für 7/65

IV D 1 (Pl. 78/79/714

und E

6/12/68

ly

ITS = 29. Apr. 1969

ITS v. 21. 5. 69 anwesend



Der Polizeipräsident in Berlin  
I - A - KI 3 - 1000/67

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
 Tempelhofer Damm 1 - 7  
 Tel.: 66 00 17, App. 2571

Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

Name: B e h r e n d t

Vorname: Max

Geburtsdatum und -ort 24.10.10 Bln.

damalige Wohnanschrift: Bln. NO 18, Landsberger Allee 2

B e m e r k u n g e n:

Herr B. wurde als Geltungsjuden am 16.5.41 wegen Rassenschande festgenommen.

Vom LG Berlin wurde Herr B. am 22.1.42 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und dem Zuchthaus Brandenburg/Görden überstellt.

Siehe Anlage

9. MAI 1969

Im Auftrage:

G. Pecher

Im Auftrage

E: 5. MAI 1969	
Inhaft.	Untersuch.
Aufenth.	Verh.verb.
Dok.-Ausg.	Sachverh.
Krankensp.	Fotokopie
Besch.-Nachverh.	Spezial-Anfrage
AP-Dok.-Ausg.	



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 29.5.1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

1 Js 7/65 (RSHA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des  
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;  
hier: Schutzhaftverhängung gegen jüdische Bürger

Sehr geehrte Herren!

Ich darf um Mitteilung bitten, ob sich aus den dortigen Unter-  
lagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Per-  
son ergibt:

B e h r e n d t , Max

geboren am 24.10.10 in Berlin

letzter Wohnort: Berlin, Koloniestr. 31

verstorben am 25.8.43

E: - 5. JULI 1967	
Inhaft.	Todesurteil.
Aufenth.	Steuerk.
Dok.-Ausz.	Suchanw.
Krankenk.	Fotokopie
Geschäft- Nachweis	Spezial- Anfrage
DP-Dok.-Auszug	

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*Nagel*  
(Nagel)  
Staatsanwalt

Sch

bitte wenden



Kra.

Antwort des ISD. Arolsen

Unser Zeichen:  
T/D 197 485

Arolsen, den 21. Juli 1967

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

1. BEHRENDT, Max, geboren am 24. Oktober 1910 in Berlin, Religion: israelitisch, Beruf: Schuhmacher, letzter Wohnort: Berlin, Koloniestrasse 31, wurde am 4. Juni 1942 von Luckau in das Zuchthaus Görden eingeliefert, Gefangenen-Nr. 220/42, Haftgrund: Rassensch. Er ist am 25. August 1943 verstorben (Ort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Gefangenenbuch des Zuchthauses Görden, Krs. Brandenburg; Liste von verstorbenen Juden, aufgestellt am 25. August 1943 von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

2. BERENT, oder BERENDT, Max, 32 Jahre alt,\*(keine weiteren Personalangaben), wurde am 30. Juni 1943 im Häftlings-Krankenbau des KL. Auschwitz geröntgt, Häftlingsnummer: 118360; überstellt am 21. August 1943 (Ort nicht angeführt).

Geprüfte Unterlagen: Häftlings-Krankenbau-Register und Röntgen-Befund-Buch des Häftlings-Krankenbaues des KL. Auschwitz.

\*)und am 19. Juli 1943

Infolge der unvollständigen Personalangaben können wir nicht feststellen, ob der 2. Bericht auf die von Ihnen angefragte Person zutrifft.

Nach den Feststellungen, die wir treffen konnten, wurde die Häftlingsnummer 118360 um den 24. April 1943 im KL. Auschwitz ausgegeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

G. Pecher

Die Übereinstimmung der Fotokopie mit dem Original wird hiermit beglaubigt.

Arolsen, den 9. Mai 1969



*H. J. K. K. K.*  
Leiter des Archivs  
des  
Internationalen Sechdienstes



1 P KLS 27/41 STA - Blw -

# Der Polizeipräsident in Berlin

KJ. Li

Geschäftszeichen: 267/41

Anruf: F 42

(Eingangsstempel)

Revier 63 Berlin, den 17.4.41  
(Dienststelle) (Datum)

## Strafanzeige

Tatort: Landsberger-Allee 2

AG-Bezirk: Berlin

Tatzeit: ?

Strafbare Handlung: Rassenschande

§§ 2 u. 5 Blutschutzgesetz N. 10. 10

Verf. vom 15. 9. 35.

Beschuldigt (Täter und Beteiligte):

a) Max Behrendt, Schuhmacher

geboren am 24. 10. 10

in Berlin

Wohnung: Berlin N. O. 18.

Landsberger-Allee 2

b) beteiligte Zeugin:

Berta Brauns, geb. Goedicke

geboren am 12. 11. 1912

in Berlin

Wohnung: Berlin N. O. 18.

Büschingstr. 18

Gegenstand: ./.

Wert (Höhe des Schadens): ./.

Überführungsstücke: ./.

## Spurensuche

hat stattgefunden — ist nicht erforderlich.

Spuren sind nicht gefunden.

Spuren sind gesichert an den Erkennungsdienst der

AP-Stelle

abgehandelt.

(Name und Amtsbezeichnung)

Krim-Obersekretär - 2174-

Berlin am 17. 4. 1941

Der Schuhmacher

Max Behrendt

am 24. 10. 10

in Berlin

geboren, in Berlin, Landsberger-Allee 2

Fernruf: /, zeigt an: X,

wird in einem anonymen Schreiben beschuldigt, daß er mit arischen Frauen, deren Männer an der Front stehen, Rassenschande betreiben soll. Näheres ist aus dem anonymen Brief, welcher Bl. 2 beige fügt ist, ersichtlich.

Krim-Obersekretär 21

Anlagen.



Berlin, den 17. 4. 41

Der beschuldigte Max Behrend wird hier als Jude geführt. Soweit hier bekannt ist, hat Behrend beantragt, daß er als Mischling 2. Grades geführt werden wollte, was aber abgelehnt worden ist. Der Vater des Behrendt, David Behrendt war Volljude und seine Mutter Auguste geb. Schnesche war arischer Abstammung. Wie aus dem Bl. I der hiesigen Meldestelle hervorgeht, ist Behrendt erst am 29. 11. 38 aus der jüdischen Religion und Synagogengemeinschaft ausgetreten. Aktenzeichen: Landgericht Berlin 460 II 427/38.

Ob Behrendt tatsächlich Rassenschande betrieben hat oder noch treibt, konnte bisher nicht ermittelt werden.

*Paul Schultz*

Krim-Obersekretär -2174-

2174-504



V  
Berlin, den 15. 5. 41. 2

An das 82.

Polizeirevier

**82. Polizeirevier**

\* 16. APR. 1941 \*

**Berlin.**

-----Landsbergerplatz 2-----

Hierdurch teile ich das Polizeirevier mit, das der Jude B e h r e n d Berlin, NO18 Landsberger-Allee 2 noch immer im besitze von Lebensmittellkarten ohne "J" ist.

Ausserdem treibt er seid längerer Zeit mit arischen Frauen deren Männer an der Front stehen Rassenschande.

Ich bitte daher um Beobachtung des Volksschädlings.

Heil Hitler

K. G.

*gezeichnet May 24. 10. 10. Berlin 141 form*



H.

S c h l u s s b e r i c h t .

In einer anonymen Anzeige, gerichtet an das 82. Polizei-Revier Berlin, wird der Verdacht geäußert, dass der im Hause Landsberger Allee 2 wohnhafte Jude

Max Israek B e h r e n d t,

24.10.1910 in Berlin geboren, rassenschänderische Beziehungen unterhalte.. Irgendwelche Frauen mit denen B. in Beziehungen stehen sollte, sind in der Anzeige nicht benannt und liessen sich zunächst auch nicht ermitteln. Durch vertrauliche Ermittlungen im fraglichen Hause konnte der Hinweis gegeben werden, dass wiederholt eine Frau bei Behrendt in der Wohnung beobachtet wurde, von der angenommen wird, dass es sich um eine deutschblütige Frau handele. Namen und Anschrift dieser Frau waren nicht bekannt und liessen sich auch nicht feststellen.

Am 16.5.1941 gegen 8<sup>30</sup> Uhr wurde die Wohnung des B. von dem Kriminalangestellten Hoppe und Unterzeichnetem einer unvermuteten Kontrolle unterzogen. In der Wohnung des Behrendt wurde eine geschiedene deutschblütige Arbeiterin

Berta B r a u n s, geb. Goedicke,

12.11.1912 in Berlin geboren, Berlin N.O.18., Büschingstr.18 bei Markiewitz polizeilich gemeldet, angetroffen. Die Brauns war bekleidet und machte sich in der Küche ihr Frühstück zurecht. Behrendt öffnete uns die Wohnung und war nur mit einem Nachthemd bekleidet. Im Schlafzimmer des Behrendt stehen 2 Betten nebeneinander, die benutzt waren. <sup>Behrendt und die Brauns</sup> ~~Beide~~ wurden zur diesseitigen Dienststelle gebracht und vernommen.

Die Brauns stritt zunächst jegliche geschlechtlichen Handlungen mit B. ab und versuchte ihr Verhältnis mit B. als harmlos hinzustellen. Sie war zunächst nicht zu bewegen den Geschlechtsverkehr mit Behrendt zuzugeben. Erst als Behrendt sein rassenschänderisches Treiben eingestand und dieses wiederholt in sachlicher Form der Brauns vorgehalten wurde, gab sie die geschlechtlichen Beziehungen zu.

Nach



Nach beiderseitigen Aussagen begannen die geschlechtlichen Beziehungen nach der Scheidung der Brauns im März 1941. Dieser Verkehr hat in der Folgezeit mit Unterbrechungen bis vor etwa 8 - 10 Tagen in der Wohnung des Behrendt stattgefunden. Dabei handelte es sich um normalen Geschlechtsverkehr der ohne Schutz ausgeführt wurde.

Behrendt ist Mischling 1. Grades, ist aber, wie Bl. 3 d.A. zu ersehen ist, erst am 29.11.1938 aus der Jüdischen Religions- und der Synagogengemeinschaft ausgetreten. Er gilt daher als Jude. Über die rassenmässige Abstammung der Brauns war sich Behrendt klar, da er sie, wie aus seiner Vernehmung hervorgeht, als deutschblütig betrachtet hat.

Behrendt hat sich der Rassenschande schuldig gemacht. Da ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, wird B. in Haft behalten und dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizei-Präsidium Berlin für den Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin vorgeführt.

Karteikarten und Merkblätter sind angelegt.

Merkblatt für Abteilung K gefertigt.

Aktenzeichenanforderungskarte ist beigelegt.

*W. Lachmann*

*Lachmann*  
Kriminal-Oberassistent.



Der Polizeipräsident

Berlin C.2 am 16.5. 1941

Tatort: Amtsgerichtsbezirk: Berlin

Ergreifungsort: " Berlin

Staatliche Kriminalpolizei

*Ogeh* 05079 K 1.41-10. MAI 41

## Einlieferungsanzeige.

Am 16.5. 1941 gegen 6,30 Uhr wurde im Bereich  
des 82. Polizeireviers **Friedenstr.**  
(Ort und Straße)  
festgenommen:

Vor- und Zuname:

**Max Israel Behrendt**

Beruf:

**Schuhmacher**

Geboren:

**24.10.10**

**Berlin**

am

in

Gemeinde

Kreis

Amtsgericht

Familienstand:

~~XXX - XXXXXXXXXX~~ **Verwitwet.**

Glaubensbekenntnis:  
(auch früheres)

**mos.**

Rassezugehörigkeit:

Wohnung:

**Berlin, NO.18 Landsberger-Allee 2**

— wohnungslos — war nicht imstande, eine Wohnung anzugeben — die gemachte Wohnungsangabe erwies sich bei Nachfrage als unzutreffend.

Vor- und Zuname der Eltern:

a) Vater

**David Behrendt tot**

b) Mutter

**Auguste B. geb. Schneche tot**

Bei Minderjährigen:

a) Wohnung der Eltern:

b) Name und Wohnung des  
Vormundes:

c) Vormundschaftsgericht:

**B e m e r k :**

1) Körperdurchsuchung ist erfolgt

durch: *Hoppe*  
**Krim. Angest.**

2) Anfrage bei der Fahndungs-  
kartei ist erfolgt. Notierung  
besteht nicht — ~~ist~~

3) Entnahme der Karte ist veran-  
laßt — Karte ist nicht vorhanden.

*Laubmann B.O.A.*

Unterschrift

*Laubmann*

Name

*R.O.A.*  
Amtsbezeichnung

**M.II.2**

Dienststelle



M.II.2  
Dienststelle

Berlin C.2

, den 16.5.

1941

16

Sofort!

I. 1. Die festgenommene Person wird eingeliefert zum ~~Saßbefehl~~

— wegen **Verdachts der Rassenschande**

2. Die Einlieferung erfolgt zum ~~XXXXXX XXXX~~ — für die Dienststelle **M.II.2**

*Lachmann*  
Name

*Krim. Obw.*  
Amtsbezeichnung

M.II.2

Dienststelle

Berlin C.2

, den

16.5.

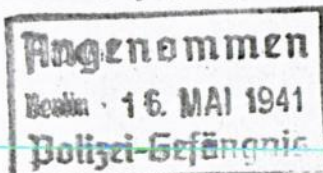
1941

II. 1. ~~Der~~ **Festgenommene, Max Israel Behrendt**

wurde gehört; ~~er~~ <sup>er</sup> ist in das Polizeigefängnis einzuliefern.

(Annahmestempel des Polizei-Gefängnisses)

3832



1145

*Kellmann*  
Name

*K.O.S.*  
Amtsbezeichnung

*Mörke*

III. 1. Als Angehörige wurde benachrichtigt:

2. Angehörige wurden nicht benachrichtigt, weil *nicht geneigt.*  
*Die Bekanntgabe seiner Meinung wird auf Wunsch*  
*des Beschuldigten von der Brauns, Latta, Süßing 18*  
*empfangen, übernommen.*

*Lachmann*  
Name

*Krim. Obw.*  
Amtsbezeichnung



IV.

## Vorführungsbegründung:

Die festgenommene Person wird in Haft behalten und dem Herrn Vern. Richter  
im Pol. Präs. Bln. für den Herrn Generalstaatsanwalt b.d. Lg. Berlin

vorgeführt, weil sie der Rassenschande überführt und geständig  
ist.

Da ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet,  
bedarf der Fluchtverdacht keiner weiteren Begründung.

*[Handwritten Signature]*  
Unterschrift des Dienststellenleiters

Krim. Kommissar a. Pr.  
Amtsbezeichnung

Die Vorführung erfolgte

am ..... 193..... Uhr\*)

Name

Amtsbezeichnung

\*) Als Vorführungszeit ist die Zeit der Abgabe der Akten im Polizeigefängnis zwecks Vorführung vor den Vernehmungsrichter oder die Zeit der Zuführung der Person an eine Gerichtsstelle einzutragen.

Dienststelle

Berlin, den ..... 193.....

V. 1. die festgenommene Person ist zu entlassen.

2. Von den in Verwahrung genommenen Gegenständen sind ihr auszuhandigen:

als Beweismittel bleiben beschlagnahmt:

Entlassen am

..... 193..... Uhr.

Unterschrift

Name

Amtsbezeichnung



Staatliche Kriminalpolizei  
Kriminalpolizeileitstelle

RJ. M.II.2. -320/41 -

int. Anruf 8218

Aktenzeichen Beh.5079.K.1.41.

Tatort: Berlin

(Amtsgerichtsbezirk)

Ergreifungsort: Berlin

(Amtsgerichtsbezirk)

Berlin C.2. , am 16. Mai 1934

1. Die vorläufige Festnahme des - des -  
Schuhmachers Max Israel Behrendt,  
24. 10. 1910 Berlin geb., Berlin NO 18,  
Landsberger Allee 2 wohnhaft,

Empf. 16/5 1830 815.  
eingelbracht.  
sein Geld eingebucht.

erscheint begründet,

da /er /ist /nicht /bei /der /Verhaftung /angehalten /worden /ist /und /  
/bei /der /Verhaftung /nicht /festgestellt /werden /konnte /  
/dass /er /nicht /der /Verdächtige /ist /und /  
/dass /er /nicht /der /Verdächtige /ist /und /

(§ 127<sup>I</sup> StPO),

da - Gr./w./in /Verz./- dringender Tatverdacht - Flucht-  
verdacht - Verdunkelungsgefahr / Fortsetzungsgefahr -  
vorliegen,

sein  
Belassen auf freiem Fuße untragbar erscheint.

(§§ 112 und 113 StPO)

Seitrand

Erkennungsbienstliche Maßnahmen

Fingerabdrücke } aufgenommen -  
Bildbild } nicht aufgenommen

16.5.41 Lauf

(Datum, Name und Dienstnummer des abfertigen-  
den Beamten der Erkennungsbienstzentrale)

Handschriftenprobe genommen. (Ja)



2. Er - ~~ist~~ - wird - ~~wegen~~ - vorgeführt zu den - anliegenden - Akten Beh. 5079.K.1.41  
wegen\*) **Rassenschande**, gemäss  
§§ 2, 5 d. Blutschutzgesetzes v. 15.9.1935.

dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium Berlin

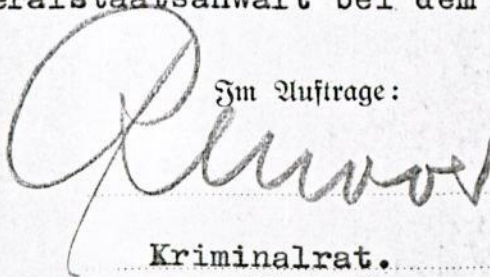
~~dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium Berlin~~

~~dem Herrn Vernehmungsrichter~~

~~dem Herrn Vernehmungsrichter~~ (Strafteilung)

für den Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht  
Berlin.

Im Auftrage:



Kriminalrat.  
(Dienstgrad)

\*) Genaue Bezeichnung der Straftat und der in Frage kommenden Gesetzesparagrafen.



Partei-Mitglieder	
..... Anhangen	
ni 1941	13. JUNI 1941
Abt. 6	Brief-Nr. 4429
	2430/201/2

Dienstsitz Berlin

Eing.: -6. JUNI 1941

**Bearbeitet durch:**

14. Juni 1941

18. Juni 1941

13. JUNI 1941

Abtgc

Brief-Nr

4. 2. 15

4426

943412

14. Juni 1941

Ich unterzeichne mich in einer großen Notlage an Sie.  
Ich sende Sie mein tiefstes Mitgefühl. Meine Tochter war  
einem Mann verlobt. Er war Wittling. Die Tochter ist  
vor 1 1/2 Jahren verstorben. Sie ist auch das Opfer einer  
Ihre Tochter ist gleich nach dem Tode meines Sohnes zu mir  
kam. Jetzt ist der Mann am 16. Mai mit einer  
Person verlobt worden wegen Rassenfehde. Die Frau  
ist nicht frei und hat angeblieben zu sein von  
Ihre Tochter ist in der Form. Sie sind die  
Mädchen. Sie sind alle von mir. Sie sind die  
meine Tochter ist zu Hause. Sie sind  
Sie sind die Tochter. Sie sind die  
die ganze Sache von mir zu wissen. Sie sind  
Verwandtschaft für das Kind. Sie sind die  
das die ganze in unständiger Weise. Sie sind die  
Sie sind die das Kind nicht verlassen, das ist die  
Kind nicht. Sie sind die  
ob die Person nicht auch die  
werden kann, sie ist in der  
ist gemacht. Sie sind die  
meine Tochter. Sie sind die  
16. Juni 1911

16. JUN 1941



14 JUN.  
Sind die Messung trägt die Messung soll gesünder  
haben. Die Messung ist so ein ganzes Monat  
Zurück, weil es in der letzten Zeit 35 sind die  
einzufinden. Bitte ich dich sehr, mir das  
meine Arbeit zu geben. Dann ist das  
alles gut das Kind. Dann ist das  
über meine Arbeit soll sie die  
K

Sie sind. Was das  
Sie ist ein  
sind sind  
1. Jahr.

Mit viel Glück

H. M. Kellner.

Am 1. 11. 20.

Polen 31.



Nationalsozialistische

77  
L.  
Deutsche Arbeiterpartei

Partei-Kanzlei

München 33, den 26. Juni 1941

Führerbau

III/04 - Wh

2430/20/-

Bei Eintreff bitte  
Mitzeichnen und  
Betreff angeben

An den

Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

B e r l i n SW 11

Prinz Albrechtstr.8

Der Hf u. Chef d. Deutsch. Polizei  
im Reichsministerium des Innern  
Stichsicherheitshauptamt

Eing. 2 - JUL. 1941 V.

Int. Bd. Hoff

Amt: IV B P

*9. April 1941 Berlin*

Betrifft: Gesuch um Herausgabe von Vermögenswerten aus dem Besitz einer Deutschblütigen, die mit einem Juden in rasseschänderischen Beziehungen stand.

Eingabe der Frau M. K o l l b e r g, Berlin N 20,  
Koloniestr.31, vom 5.6.41.

Anliegende Eingabe übersende ich Ihnen mit der Bitte um weitere Bearbeitung.

Abgabennachricht wurde nicht erteilt.

Heil Hitler!

I.A.

*Reinhardt*

1 Anlage.



# Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 8. Juli 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin

10 JUL. 1941

Fr. 12.8/41

U. der Staatspolizeileitstelle

in B e r l i n.

B. 1058/41

mit 1 Anlage zur gefälligen weiteren Veranlassung.  
in eigener Zuständigkeit übersandt.

Im Auftrage:

~~Angabe von~~  
(Kochbuch)



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeieinstelle Berlin.

Stapo Q 1a G. 1058/41 (neu)

D. 16. Juli 1940

1.) Reg. v. d. bayer. Justiz. Abt. 16/2.

2.) Just. staatl. crim. Pol.

Ch. G. M. II 2

Berlin

in eigener Zuständigkeit übersandt.

M. H. C.

K. Lachmann

189 g. K. II 2-477/41-



# Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Reichsleitung

151

München, Brienner Straße 45  
Briefanschrift: München 43, Brieffach 80  
Telefon-Nummern: 54901 u. 58343  
Postfachkonto: München 23319



Zentralorgan der Partei:  
„Völkischer Beobachter“  
Verlag: München, Thierschstr. 11, Tel.: 22131  
Berlin, Zimmerstr. 88, Tel.: 11 00 22  
Schriftl.: München, Schellingstr. 39, Tel.: 20801  
Berlin, Zimmerstr. 88, Tel.: 11 00 22

## Rassenpolitisches Amt

An die  
Geheime Staatspolizei  
Leitstelle Berlin

Berlin W 9  
Prinz Albrecht Str. 8  
Alexander Pl.

Staatspolizei  
Leitstelle Berlin  
24 NOV. 1941  
IV Di

Berlin W 15, den 18.11.41  
Sächsishe Straße 69  
Telefon: 91 91 61

VIII Dr. We/H R 1695/1-41

Sehen, Datum und Sachbetreff sind bei der  
Antwort stets anzugeben.

Parteiarte — nicht — vorhanden: 1

B. 4599/41 un

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 13.11.41, von dem wir eine Abschrift beifügen, teilen wir Ihnen mit, dass die Freundin des Juden Max Behrendt eine Deutschblütige, eine geschiedene Frau Braun, deren nähere Anschrift er bisher nicht ermitteln konnte, sein soll.

*Opus Abschrift eingegangen Vchlo 24/11/41*

Heil Hitler !



K. W. Wetzel

(Dr. Wetzel)

Reichshauptstellenleiter

Becker



152

Stapp IV D 1

Berlin, den 23. Dezember 1941.

Vermerk.

Gegen den im eingegangenen Schreiben genannten B e h r e n d t hat hier ein Vorgang nicht vorgelegen.

- Laut Auskunft von der Kriminalpolizeileitstelle Berlin  
- K.I.M. II/6- ist dort ein Vorgang wegen Rassenschande gegen den Juden Max B e h r e n d t, geb. am 24. 10. 10 in Berlin, erörtert worden. Dieser Vorgang ist nach Abschluss der Ermittlungen an den Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin abgegeben worden und dort unter dem Aktz. 1 P. Js. 223/41 anhängig.

Von der Kriminalleitstelle wird gebeten, vorgeheftetes Schreiben als Nachgang zur Anzeige gegen Behrendt der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Berlin zuzusenden.

*G. Meier*  
Krim. Oberass.



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo IV D 1 - B.4599/41 (neu)

Berlin, den        Dezember 1941.

1.) Registratur Vorgang austragen.

2.) Urschriftlich

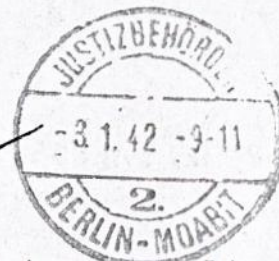
dem Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem Landgericht

in B e r l i n

als Nachgang zum Vorgang 1 P. Js. 223/41 übersandt.

Im Auftrage



1. P. Khs. 27. 41



# Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Reichsleitung

165

München, Briener Straße 45  
Briefanschrift: München 43, Brieffach 80  
Telefon-Nummern: 54901 u. 58343  
Postfachkonto: München 23319



Zentralorgan der Partei:  
„Völkischer Beobachter“  
Verlag: München, Thierschstr. 11, Tel.: 22131  
Berlin, Zimmerstr. 88, Tel.: 11 00 22  
Schriftl.: München, Schellingstr. 39, Tel.: 20801  
Berlin, Zimmerstr. 88, Tel.: 11 00 22

## Rassenpolitisches Amt

17 NOV. 1941

An die  
Geheime Staatspolizei  
Leitstelle Berlin  
Berlin W 9  
Prinz Albrecht Str. 8

Lth

3798/41 neu

Berlin W 15, den 13.11.41  
Südfische Straße 69  
Telefon: 91 91 61  
VIII/Dr. We/Za. R 1695/1 -41

Zeichen, Datum und Sachbetreff sind bei der  
Antwort stets anzugeben.

15. NOV. 1941

Parteilose — nicht — vorhanden

In der Anlage übersenden wir Ihnen Eingabe des Alfred Schlagk, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 48 zur gefälligen Kenntnisnahme. Aus der Eingabe ergibt sich, dass der Neffe des Alfred Schlagk, der nach den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze als Jude zu gelten hat, freundschaftliche Beziehungen zu einer Deutschblütigen unterhält. Wir bitten zu prüfen, in wie weit Rassenschande in Betracht kommt, halten jedoch, wenn eine strafbare Handlung im Sinne der Nürnberger Gesetze nicht nachgewiesen werden kann, eine Überführung in ein Konzentrationslager für angebracht.

Heil Hitler!



(Dr. Wetzel)  
Reichshauptstellenleiter

Anlage



Geheime Staatspolizei

Berlin, den 12. 12. 41

Staatspolizeileitstelle Berlin

Stapo IV D - Sch. 3798/41 neu

1. Reg.: Stelle auf Kripoleit Berlin.

2.) Urschriftlich

der Staatlichen Kriminalpolizei

Kriminalpolizeileitstelle

Berlin

im Hause

zum weiteren Befinden übersandt. Es wird Rassenschande  
vermutet.

Staatliche Kriminalpolizei

Vgl. 12408 K 6. 41. 10. DEZ. 41

Krim. Pol. Leitstelle Berlin

I.A.

Berlin, d. 9. 12. 41.

1) Indese K. (Hm) in Kage.

2) K. T. K. 11 & zur weiteren Ermittlung übersandt.

AJ.MH 49. 743/41

Heil Hitler!



(Dr. Wegel)

Reichshauptkriminalpolizei

Anlage



(504) 1 P.K.Ls. 27.41(149.41)

S t r a f s a c h e

g e g e n

den Schuhmacher Max Israel B.e h r e n d t, geboren am 24. Oktober 1910 in Berlin, staatsangehöriger Jude, wohnhaft in Berlin, Landsberger Allee 2, z. Zt. in Untersuchungshaft in dieser Sache im Gefängnis Berlin-Plötzensee, wegen Rassenschande.

Die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin hat in der Hauptverhandlung vom 22. Januar 1942 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter Rassenschande in zwei Fällen, darunter in einem Falle als Volksschädling zu einer Gesamtstrafe von

10 - zehn - Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 - zehn - Jahren aberkannt.

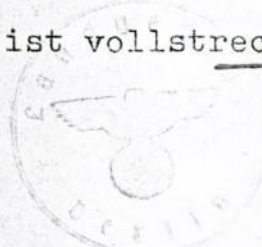
Dem Angeklagten werden 4 - vier - Monate der Untersuchungshaft auf die erkannte Freiheitsstrafe angerechnet.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.

Das Urteil ist vollstreckbar.

Berlin, den 29. April 1942.

  
*[Signature]*  
Justizinspektor

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

*Wf. H. 214*







Aktenzeichen: 1 PKGs. 27.41

VZg.

Vermerk: Strafsache Weg Hermann Behrendt  
Urteil vom 22. Januar 1942  
Strafe 10 Jahren Zuchthaus, abzügl. 4 Monate VZg  
Straftat begangen 1940/1941

Der Verurteilte war zur Zeit der Tat 30 Jahre alt.  
Bei dem Verurteilten trifft die Voraussetzung nach § 1 Abs. 2 der VO.  
des Ministerrats für die Reichsverteidigung über die Vollstreckung von  
Freiheitsstrafen wegen einer während des Krieges begangenen Tat vom  
11. 6. 1940 - RGBL. I S. 877 - zu. Gründe, die einen Ausnahmefall oder  
einen Zweifel in der Anwendung der obigen Bestimmung rechtfertigen  
könnten, liegen nicht vor.

2. Es wird angeordnet, daß die in die Zeit des Kriegszustandes fallende  
Vollzugszeit in die Strafzeit nicht eingerechnet wird.

3. Herrn Abteilungsvorsteher z. Ggs.

4. Zu schreiben

an den Vorstand des Zuchthaus - 6 Strafanstalt Plötzensee  
in Berlin-Plötzensee

Zu Gef. Buch Nr. 418/41

In der Strafsache gegen den Kriegsmann Hermann Behrendt  
geboren am 24. Oktober 1910 zu Berlin

der durch Urteil des Sondergerichts Berlin vom 22. Januar 1942  
mit 10 Jahren Zuchthaus bestraft ist, habe ich gemäß § 1 Abs. 2 der  
Verordnung über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen wegen einer  
während des Krieges begangenen Tat vom 11. 6. 1940 - RGBL. I S. 877 -  
angeordnet, daß die in die Zeit des Kriegszustandes fallende Vollzugs-  
zeit in die Strafzeit nicht eingerechnet wird.

Ich ersuche, den Verurteilten von dieser Anordnung in Kennt-  
nis zu setzen. Gleichzeitig wird gebeten, mir den Eingang dieses  
Schreibens zu bestätigen.

Diese Sache ist in die Liste für "Unterbrochene Zuchthausstrafen"  
einzutragen.

Am 15. VI. 42

16. Mai 1942

Berlin, den 15. Mai 1942

auf p. 4 ich  
16/5.42 Lehmann

*[Signature]*



**Zuchthaus u. Sicherungsanstalt  
Brandenburg (Havel) 01-5**

(Rufname)

(Familienname)

Gefangenenbuch-  
nummer:

Eingeliefert — Geleitet

am 4. Juni 1942 10<sup>45</sup> hr

von: Lückau

Vorstrafen usw.:

- ☒ Zuchthaus,
- ☒ Gefängnis,
- ☒ Haft,
- ☒ Geldstrafe,
- ☒ Sicherungsverwahrung,
- ☒ Arbeitshaus,
- ☒ Unterbringung in Heil- und Pflegeanstalt,
- ☒ Unterbringung in Ernterheilanstalt

Lehtmalig entlassen im Jahre:

in:

Meng-Fürst Geboren

geb. am 24. 10. 1910 in Berlin

bei: Beruf: Kaufmann

Bekennnis: Jude Wohnung: Berlin N.O. 118.

Zuletzt polizeilich gemeldet: Landwehrstr. 11

Ruf- und gegebenenfalls Geburtsname des Ehegatten:

Ehegatt. seit 1938 Zahl der Kinder: 1

Name und Wohnung des nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatte usw.):

Wohnung: Berlin N.O. 55

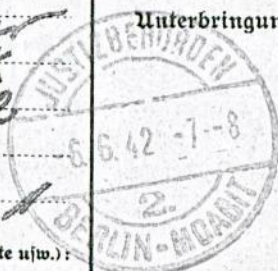
Wohnung: Landwehrstr. 11

Wohnung: Landwehrstr. 11

Wohnung: Landwehrstr. 11

Wohnung: Landwehrstr. 11

Unterbringung:



Ernst Föhr

Vollstreckungs- behörde oder sonstige um Aufnahme ersuchende Behörde Geschäftszeichen	Straf- entschei- dung usw.	Straftat - Tatverdacht -	a) Art und soweit mög- lich Dauer bzw. Höchst- dauer der zu voll- streckenden Strafe, Maßregel der Sicherung u. Besserung oder sonstigen Freiheitsentziehung b) Anzurechnende Untersuchungshaft	Straf- oder Verwahrungszeit		MIS
				Beginn Tag und Tageszeit	Ende Tag und Tageszeit	
M.A. 144 A.P. 74. 24 2744	22. 1. 42	Mordverdacht	800 H. 24.10.1910 100 H. 24.10.1910	11.12.42 11.12.42	11.12.42 11.12.42	Aufnahmemitteilung zu 1. P. H. L. 2744 Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin NW. 40 Carnegie 91 Heine
A.S. 42			4 Mon			Verwaltungs- Inspektor - Sekretär

Vollz. D. A 10 Mitteilung der Aufnahme an die Behörde, die um Aufnahme ersucht hat.  
198x210 mm (rot).

Arbeitsverwaltung Plöthensee.



Knopp,

Sally

Knopp, Paul

Knopp, Emma

Einzelfall

1Js1/67

Stapoleit. Bln,



1 Ts 1/67 (StL. Blau.)

V.

Sofort!

1.) Blau je 6 Abt. von  
Abt. Bl. 2 mit Rs, 8-10, 34-36 ohne Rs, 40-42, 63, 70, 77, 99-103  
d. A. 2 P. Kls 35/40 StA Berlin

(2.) A. A. Kr.

3.) Vermutl.: Bl. 63 für 17s 7/67 (RSHA), da IV CZ bekr.

Bl. 70, 145 Stübbe, WBl. 17 = IV D 1  
131, 134

4.) WV mit Abt.

IV D 1 + E (Paul Knopp?)

+ IV CZ (63)

→ für 7/67 entnommen  
aus Abt. für 9/65

6/1/69

ly

1 + an ITS 29. Apr. 1969

- X Fortb. von Ziff. 1) Bl. 115 (Anst. B), 131, 134  
Vollstr. kelt: Bl. 4, 11, 16, 17, 19, 20, 21 (19-21 ohne Rs)

ITS v. 21.5.69 anliegend  
Knopp, Paul



E+IV D 1 - 2 P. Kls 35/80

Der Polizeipräsident in Berlin  
I - A - KI 3- 1000/67

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
Tempelhofer Damm 1  
Tel.: 66 00 175: App. M 257469

Leben	Leben
Aufst.	Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.
Beim Aufst.	Beim Aufst.

Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

N a m e: K n o p p

Vorname: S ally

Geburtsdatum und -ort 7.3.10 Bln.

damalige Wohnanschrift: Bln. N, Auguststr. 26 b

B e m e r k u n g e n:

Herr K. saß in der Zeit vom 3.6.37 bis 3.6.38 wegen Rassen-  
schande 1 Jahr Zuchthaus ab. Am 4.7.38 erfolgte seine Über-  
stellung in das KL Sachsenhausen mit der Häftlingsnr. 2504.  
Am 14.3.40 wurde er in die U-Haftanstalt Bln.-Plötzensee  
überstellt, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Verleitung  
zum Meineid - im vorgenannten Rassenschandeverfahren -  
anhängig war. Von der 2. Strafkammer des LG Berlin vom  
7.6.40 wurde er zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und  
3 Monaten verurteilt und in das Zuchthaus Brandenburg/Görden  
überstellt. Er sollte am 26.9.42 evakuiert werden, befand  
sich aber am 23.12.42 noch im Pol.-Gefängnis Berlin zur  
Verfügung der Stapo - IV D 1 - zwecks Evakuierung.

Im Auftrage



bitte wenden



Ba.

Antwort des Internationalen Suchdienstes Arolsen

Unser Zeichen:  
T/D - 975 475

Arolsen, den 9. Mai 1969

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

Auf einer Karteikarte des AJDC Berlin, ausgestellt nach dem Kriege für KNOPP, Sally, geboren am 7. März 1910 in Berlin, letzter Wohnort: Brandenburg/Havel, Strafanstalt ist vermerkt:

"Information: AktZ X/515 Potsdam, Abgeschoben, Transport v. 12.-14.1.43 Auschwitz (?)".

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Im Auftrage:*  
  
G. Pecher



~~E 3 P. 75 JA 142~~  
E + IV D 1 - 2 P. KL 53 r / 40

Der Polizeipräsident in Berlin  
- I - A - KI 3 - 1000/67

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2571

Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

Name: Knopp, geb. Östreich

Vorname: Emma

Geburtsdatum und -ort ?

damalige Wohnanschrift: Berlin, Gipsstr. 7

Bemerkungen:

E: 5. MAI 1969	
Inhalt.	
Aufenth.	
Dok.-Ausg.	
Krankenk.	
Gesundh.-	
Nachweis	
CP-Dok.	

Im Auftrage



bitte wenden



Ba.

Antwort des Internationalen Suchdienstes Arolsen

Unser Zeichen:  
T/D - 975 477

Arolsen, den 9. Mai 1969

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

KNOPF, Emma, geboren am 14. November 1878 in Treuenbrietzen, letzter Wohnort: Berlin, Chodowickistr. 25, wurde am 27. November 1941 nach Riga evakuiert.

Geprüfte Unterlagen: Karteikarte des AJDC Berlin, ausgestellt nach dem Kriege.

Infolge der unvollständigen Personalangaben in Ihrem Antrag können wir nicht feststellen, ob dieser Bericht auf die umseitige Person zutrifft.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage,  
  
G. Pecher



2 PALS 35/40 E+ IV DA

Der Polizeipräsident in Berlin  
I - A - KI 3- 1000/67

2

1 Berlin 42, den 28 Apr. 1969  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2571

E: 5. MAI 1969

Anlage:

Ich darf um Mitteilung bitten über:

Name: K n o p p

Vorname: Paul

Geburtsdatum und -ort 21.10.86 Bln.

damalige Wohnanschrift: Bln. N 54, Gormannstr. 12

B e m e r k u n g e n:

Herr K. war in Mischehe verheirateter Jude. Er ist der erste Ehemann der Emma K., geb. Östreich - s. Anfrage- und der Vater von Sally K. - s. Anfrage.

Er wurde am 2.2.40 wegen Verleitung zum Meineid in einem Rasseschandeverfahren, das seinen Sohn Sally betraf, festgenommen und am 5.2.40 von der Kripo M II 8, der U-Haftanstalt Bln.-Plötzensee überstellt.

Von der 2. Strafkammer des LG Berlin wurde Herr K. am 7.6.40 zu 1 Jahr und 6 Mon. Zuchthaus verurteilt. Er saß vom 15.7.40 bis 23.7.40 im Zuchthaus Luckau, anschließend im Zuchthaus Brandenburg/Görden ein.

Am 13.12.41 wurde er entlassen.

Im Auftrage



bitte wenden



Ba.

Antwort des Internationalen Suchdienstes Arolsen

Unser Zeichen:  
T/D - 975 474

Arolsen, den 9. Mai 1969

Sehr geehrte Herren!

In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

1. KNOPP, Paul, geboren am 21. Oktober 1886 in Berlin, Nationalität: deutscher Jude, Beruf: Schuhmacher, Wohnort: Keibelstrasse 3, ist am 28. Juli 1942 im Arbeitserziehungslager Wuhlheide verstorben.

REL

Geprüfte Unterlagen: Karteikarte des Amtes für die Erfassung der Kriegsofer Berlin, Aufstellung der Häftlinge, die 1942 im Arbeitserziehungslager Wuhlheide verstorben sind.

2. KNOPP, Paul, (keine weiteren Personalangaben), wurde am 17. Mai 1942 im Polizeigefängnis Berlin behandelt.

Geprüfte Unterlagen: Krankenbuch des Polizeigefängnisses Berlin.

Infolge der unvollständigen Personalangaben können wir nicht feststellen, ob der zweite Bericht auf die von Ihnen angefragte Person zutrifft.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage:  
  
G. Pecher



## Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gaulitung Berlin

Gaugeschäftsstelle:  
 Wln.-Wilmerdorf I, Ruhrstr. 20/21  
 Fernruf: Sammelnummer 86 73 71  
 Drahtanschrift: Hitlerbewegung  
 Postcheckkonto:  
 NSDAP. Gau Berlin  
 Berlin Nr. 45563  
 für Ortsgruppen und Kreise:  
 Berliner Stadtbank, Girokasse 131, Konto-Nr. 2200



Kampfzeitung des Gaues: „Der Angriff“

Geschäftsstelle:

Franz Eher Nachf. G. m. b. H.  
 Berlin SW 68, Zimmerstraße 88

Fernruf:

Sammelnummer 11 00 22

## Inspektion

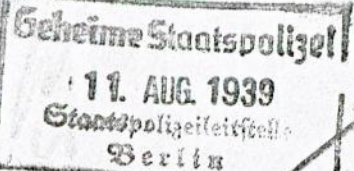
III

Aktenzeichen: A/P. 1980/39  
 (unbedingt anzugeben)

An die

Geheime Staatspolizei  
 - Staatspolizeileitstelle Berlin -

Berlin-Wilmerdorf I, den 9. Aug. 1939  
 Ruhrstraße 20/21



Berlin G 2.

Brunerstraße 12

Betr.: Jüdin Knopp, Gipsstraße 7.

Mir wird gemeldet, daß bei der obengenannten Jüdin junge arische Mädchen verkehren, die sich nachts über dort aufhalten und morgens verschwinden. Es besteht der Verdacht eines Absteigequartiers unter Umständen Geschlechtsverkehr mit Juden. Wie festgestellt worden ist, hat die Jüdin selbst angegeben, daß es sich bei den beiden Mädchen um eine Gerda Lindach, wohnhaft Kleine Auguststraße 7 und eine Anna Weiss, wohnhaft Kaiser Friedrichstraße (Köpenick) handelt.

D1a 2681 139

Ermittlungsbeamter:



Heil Hitler!

Gau-Inspekteur

Schriftsetzformeln fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben fort



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin  
Stapo D l a - K. 3681/39

Berlin, den 15. August 1939.

Urschriftlich

der Kriminalpolizeileitstelle  
Berlin - KJM II 8 -

im Hause  
-.-.-.-.-

zum weiteren Befinden übersandt.

Im Auftrage:

*Stoppmann*

W

*Freder  
24.8.39  
M II 8-1644/39-*



**Kommandantur  
des Konz.-Lag. Sachsenhausen**

**POLITISCHE ABTEILUNG**

(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

Fingerabdruck genommen\*)  
Fingerabdrucknahme nicht erforderlich\*)  
Person ist — nicht — festgestellt\*)

Datum: 15. November 1939

Name: Helmut Dannel

Amtsbezeichnung: Krim.- Ass.

Dienststelle: Politische Abteilung  
im K.L. Sachsenhausen.

Oranienburg, am 15. November 1939

Auf Vorladung — Vorgeführt\*) — erscheint der Jude Nr. 2504

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

**I. Zur Person:**

<p>1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)</p> <p>b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)</p>	<p>a) K n o p p</p> <p>b) Sally Israel</p>
<p>2. a) Beruf</p> <p>Über das Berufsverhältnis ist anzugeben, — ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. — — bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes — — bei Minderjährigen ohne Beruf der der Eltern — — bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle — — bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach — — bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. pp.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde —</p> <p>b) Einkommensverhältnisse</p> <p>c) Erwerbslos?</p>	<p>a) Friseur</p> <p>b) keine, weil in Haft</p> <p>c) Ja, seit nein</p>
<p>3. Geboren</p>	<p>am 7.3.1910 in Berlin</p> <p>Verwaltungsbezirk "</p> <p>Landgerichtsbezirk "</p> <p>Land DR.</p>
<p>4. Wohnung oder letzter Aufenthalt</p>	<p>in Berlin N,</p> <p>Verwaltungsbezirk</p> <p>Land</p> <p>August - Straße Nr. 26 b</p> <p>Fernruf -/- Platz</p>

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.



5. Staatsangehörigkeit Reichsbürger?	DR. ja
6. a) Religion (auch frühere) 1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Glaubensloser b) find 1. Eltern 2. Großeltern } deutschblütig?	a) mosaisch 1) ja <del>nein</del> welche? nein 2) <del>ja</del> nein 3) <del>ja</del> nein b) 1. nein Volljuden 2. nein
7. a) Familienstand (ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — lebt getrennt) b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) d) Sind oder waren die Eltern — Großeltern — des Ehegatten deutschblütig?	a) ledig b) c) d)
8. Kinder	ehelich a) Anzahl: keine b) Alter: Jahre unehelich: a) Anzahl: keine b) Alter: Jahre
9. a) des Vaters Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung b) der Mutter Vor- und Geburtsnamen Beruf, Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)	a) Paul Knopp, Arbeiter, Berlin N 54, Gormannstr. 12 b) Emma geb. Östreich, Aufenth. nicht bekannt
10. Des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung	-/-
11. a) Reisepaß ist ausgestellt b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeuges — Kraftfahrzeuges — ist erteilt c) Wandergewerbeschein ist ausgestellt d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbe- ordnung ist ausgestellt e) Jagdschein ist ausgestellt f) Schiffer- oder Lotsenpatent ist ausgestellt	a) von -/- am Nr. b) von -/- am Nr. c) von -/- am Nr. d) von -/- am Nr. e) von -/- am Nr. f) von -/- am Nr.



g) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungs-  
schein) ist ausgestellt

Rentenbescheid?

Versorgungsbehörde?

h) Sonstige Ausweise?

g) von -/- am

Nr.

-/-

h) keine

12. a) Als Schöffe oder Geschworener für die  
laufende oder die nächste Wahlperiode ge-  
wählt oder ausgelost? Durch welchen Aus-  
schuß (§ 40 GVG.)?

b) Handels-, Arbeitsrichter, Beisitzer eines  
sozialen Ehrengerichts?

c) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften  
geführt?

Über wen?

Bei welchem Vormundschaftsgericht?

a) NEIN

b) NEIN

c) NEIN

13. Zugehörigkeit zu einer zur Reichskulturkammer  
gehörigen Kammer (genaue Bezeichnung)

NEIN

14. Mitgliedschaft

a) bei der NSDAP.

b) bei welchen Gliederungen?

a) ~~seit~~ NEIN

letzte Ortsgruppe

b) seit

letzte Formation

oder ähnl.

15. Reichsarbeitsdienst  
Wann und wo gemustert?

Entscheid

Dem Arbeitsdienst angehört

nicht gemustert

von bis

Abteilung Ort

16. Wehrdienstverhältnis

a) Für welchen Truppenteil gemustert oder als  
Freiwilliger angenommen?

b) Als wehrunwürdig ausgeschlossen?

Wann und weshalb?

c) Gedient:

Truppenteil

Standort

entlassen als

a) nicht gemustert

b)

c) von bis



17. Orden und Ehrenzeichen? (einzeln auführen)	keine
18. Vorbestraft? (Kurze Angabe des — der — Beschuldigten. Diese Angaben sind, soweit möglich, auf Grund der amtlichen Unterlagen zu ergänzen)	2 Vorstrafen( 4 Mon. Gefgs. wegen Diebstahls und 1 Jahr Zuchth. w. Rassenschande.

## II. Zur Sache:

### Noch zur Person:

Als zweiter Sohn des Volljuden Paul Knopp und der Jüdin Emma geb. Östreich wurde ich in Berlin geboren. Ich besuchte von 1917 bis 1924 die Volksschule in der Gipsstraße, nach der Schulentlassung erlernte ich in zwei Jahren den Friseurberuf. Nachdem habe ich als ungelernter Arbeiter in verschiedenen Firmen gearbeitet. Im Jahre 1929 wurde ich mit <sup>vier</sup> Monaten Gefängnis wegen Diebstahls verurteilt, 1937 bekam ich noch 1 Jahr Zuchthaus wegen Rassenschande. Diese Strafe verbüßte ich vom 3. Juni 1937 bis zum 3. Juni 1938 in dem Zuchthaus Brandenburg- Görden. Im Anschluß an dieser Strafe wurde ich in Schutzhaft genommen und kam am 4. Juli 1938 in das K.L. Sachsenhausen.

### Zur Sache:

Im Herbst 1934 lernte ich in dem Lokal Kaffeepott in der Invalidenstraße die Arrierin Gerta Lindow, geb. Polack kennen. Ich hatte den Eindruck, daß die L. als Straßenmädchen ihr Geld verdiente. Gleich am ersten Abend unserer Bekanntschaft kam die L. mit mir in meine Wohnung, August- Straße 26 b, hier fand auch gleich der erste Geschlechtsverkehr auf normalen Wege statt, Gummischutz benützte ich nicht.

Die Lintow blieb damals etwa eine Woche in meiner Wohnung, dann ging sie in das Virchow- Krankenhaus, weil sie ein offenes Bein hatte. Anschließend soll die Lintow bis zum Jahre 1937 in dem Arbeitshaus Berlin - Rummelsburg gewesen sein, sie hat mir dieses so erzählt.

Nach ihrer Entlassung von dort erkundigte sich die Lintow bei meinem Vater, Paul Knopp, Gormannstraße 12 nach mir, ich war damals im Lazarett in Rummelsburg. Am 9. April 1937 wurde ich von da als



gebessert entlassen; die Lintow wartete schon in der Wohnung meines Vaters auf mich, weil sie mich in meiner Wohnung nicht angetroffen hatte.

Ich ging dann mit der L. am Abend des gleichen Tages nach meiner Wohnung, ich muß mich hier berichtigen, es kann auch einige Tage später gewesen sein, die L. hatte mich dazu überredet. Ich wollte anfang nichts von dem Verkehr mit der L. wissen, weil ich wußte, daß ich mich durch den Geschlechtsverkehr mit der Lintow strafbar machte.

Ich ließ <sup>nach</sup> aber doch überreden und nahm die L. mit zu mir und gebrauchte sie wieder, im April 1937 habe ich mit der Lintow zweimal geschlechtlich verkehrt, zuletzt war dieses Ostern 1937.

In der Wohnung meines Vaters habe ich mit der Lintow keinen Geschlechtsverkehr gehabt, auch nicht bei meiner Mutter.

Ich kann nicht sagen, ob die L. bei meiner Mutter geschlafen hat, ich habe dieses nicht gesehen.

Ich weiß auch nichts davon, daß andere Dirnen bei meiner Mutter verkehrten, ich habe mit solchen Mädchen nie in der Wohnung meiner Mutter zu tun gehabt.

Ich habe die Lintow nicht auf den Strich geschickt und habe auch niemals Geld, Lebensmittel oder Zigaretten von ihr erhalten, wohl habe ich die L. in den Lokalen Kaffeepott, Invalidenstraße, L a u f f e r, Invalidenstraße und in der Destille R a b a n d, Elsässerstraße gesehen. In den vorgenannten Kneipen ließ sich die Lintow von Männern freihalten und war ziemlich betrunken.

Die Lintow hatte es nur durch ihre Überredungskunst fertig gebracht, daß ich im April 1937 wieder mit ihr in Geschlechtsverkehr trat, sie sagte auch noch zu mir, daß der Geschlechtsverkehr zwischen ihr und mir nicht herauskommen würde, wenn wir beide davon nichts erzählten.

Geld habe ich der L. für den Geschlechtsverkehr nicht bezahlen brauchen.

Ich habe außer mit der Erna Winkelmann, wegen der ich bereits ein Jahr Zuchthaus erhielt, keinen Geschlechtsverkehr mehr mit Arießrinnen gehabt.

Ich habe heute die reine Wahrheit gesagt und kann andere Angaben in dieser Angelegenheit nicht machen.

ge. Dickmann

v. g. u.

Kallz. Frank Röss

Geschlossen:

(Dannel)

Krim.- Ass.



Fingerabdruck genommen\*)

~~Fingerabdruck nicht genommen\*)~~

Person ist — nicht — festgestellt\*)

Datum: 2. 2. 1940

Name: Klede

Amtsbezeichnung: Krim.Oberass.

Dienststelle: K.J.M.II.8.

K.J.M.II.8.

(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

Berlin

, am 2. 2.

1940

~~Nach benannte~~ — Vorgeführt \*) — erscheint

der Nach benannte

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

### I. Zur Person:

1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)

a) K n o p p

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

b) Paul, Israel

2. a) Beruf

a) Lagerarbeiter

Über das Berufsverhältnis ist anzugeben,  
— ob Inhaber, Handlungsgehilfe, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. —  
— bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes —  
— bei Minderjährigen ohne Beruf der Eltern —

— bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle —  
— bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach —  
— bei Trägern akademischer Würden (Dipl., Ing., Dr., D. pp.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde —

b) Einkommensverhältnisse

b) 35.- brutto wöchentlich

c) Erwerbslos?

c) Ja, seit

nein

3. Geboren

am 21.10.1886 in Berlin

Verwaltungsbezirk

Landgerichtsbezirk

Land

4. Wohnung oder letzter Aufenthalt

in Berlin N. 54.

Verwaltungsbezirk

Land

Gormannstr. 12

Strasse v. I  
Platz

Telefon

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.



5. Staatsangehörigkeit Reichsbürger?	D.R.
6. a) Religion (auch frühere) 1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Glaubensloser b) sind 1. Eltern 2. Großeltern } deutschblütig?	a) mosaisch 1) ja — welche? — nein 2) ja — nein 3) ja — nein b) 1. nein 2. nein
7. a) Familienstand (ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — lebt getrennt) b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) d) Sind oder waren die Eltern — Groß- eltern — des Ehegatten deutschblütig?	a) verheiratet b) Johanna K. geb. Rollert c) beim Ehemann wohnhaft d) ja
8. Kinder aus 2. Ehe aus 1. Ehe/eheverbindung	8, 6, 4, 1 1/2 ehelich: a) Anzahl: 4 b) Alter: Jahre " " 32 u. 29 außerhalb: a) Anzahl: 2 b) Alter: 7 Jahre
9. a) Des Vaters Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung b) der Mutter Vor- und Geburtsnamen Beruf, Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)	a) Julius K. Lederarbeiter, 2.10.1930 in Berlin verstorben b) Dora K. geb. Wilzig 2.6.1920 in Berlin verstorben
10. Des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung	nein
11. a) Reisepaß ist ausgestellt b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahr- zeuges — Kraftfahrrades — ist erteilt c) Wandergewerbeschein ist ausgestellt d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbe- ordnung ist ausgestellt e) Jagdschein ist ausgestellt f) Schiffer- oder Lotsenpatent ist ausgestellt	a) von nein am Nr. b) von nein am Nr. c) von nein am Nr. d) von nein am Nr. e) von nein am Nr. f) von nein am Nr.



g) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungs-  
schein) ist ausgestellt

Rentenbescheid?

Versorgungsbehörde?

h) Sonstige Ausweise?

g) von ..... am .....  
Nr. ....

h) ..... Kennkarte für Juden.

12. a) Als Schöffe oder Geschworener für die  
laufende oder die nächste Wahlperiode ge-  
wählt oder ausgelost? Durch welchen Aus-  
schuß (§ 40 GVG.)?

b) Handels-, Arbeitsrichter, Reisiger eines  
sozialen Ehrengerichts?

c) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften  
geführt?

Über wen?

Bei welchem Vormundschaftsgericht?

a) .....

b) .....

c) .....

13. Zugehörigkeit zu einer zur Reichskulturkammer  
gehörigen Kammer (genaue Bezeichnung)

14. Mitgliedschaft

a) bei der NSDAP.

b) bei welchen Gliederungen?

a) seit .....

letzte Ortsgruppe .....

b) seit .....

letzte Formation .....

oder ähnl. ....

15. Reichsarbeitsdienst

Wann und wo gemustert?

Entscheid

Dem Arbeitsdienst angehört

von ..... bis .....

Abteilung ..... Ort .....

16. Wehrdienstverhältnis

a) Für welchen Truppenteil gemustert oder als  
Freiwilliger angenommen?

b) Als wehrunwürdig ausgeschlossen?

Wann und weshalb?

c) Gedient:

Truppenteil

Standort

entlassen als

a) .....

b) .....

c) von 1914 bis 1916

81. Res. Inf. Rgt.

Küstrin-Neustadt

Infanterist.



17. Orden- und Ehrenzeichen? (einzeln auflühren)	Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer. ..... .....
18. Vorbestraft? (Kurze Angabe des — der — Beschuldigten. Diese Angaben sind, soweit möglich, auf Grund der amtlichen Unterlagen zu ergänzen)	einigemale wegen Diebstahls..... ..... ..... ..... ..... ..... .....

## II. Zur Sache:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung bin ich vertraut gemacht worden. Ich bestreite, mich der erfolglosen Anstiftung zum Meineid strafbar gemacht zu haben.

### Zur Sache:

Eine Erna Winkelmann kenne ich. Mein Sohn Sally Knopp, 7.3.1910 in Berlin geboren, unterhielt mit der Winkelmann längere Zeit ein intimes Verhältnis. Daß die Winkelmann durch meinen Sohn Sally geschlechtskrank wurde, habe ich erfahren, als sie eines Tages von ihrer Untersuchung im Hauptgesundheitsamt Fischerstraße zu mir in die Wohnung kam. Sie zeigte mir und meiner Ehefrau einen Brief, den sie vom Hauptgesundheitsamt erhielt. Weiter teilte sie mir mit, daß sie von meinem Sohn Sally infiziert worden sei. Ob meine Ehefrau bei diesem Gespräch zugegen war, entzieht sich meiner Kenntnis. Nach kurzer Zeit erschien mein Sohn Sally in meiner Wohnung.

Ich bestreite, auf die Winkelmann eingeredet zu haben, daß sie beim Hauptgesundheitsamt bzw. vor der Polizei und vor Gericht falsche Angaben machen sollte und diese falschen Angaben ggf. vor Gericht unter Eid zu wiederholen. Auch bestreite ich entschieden, die W. darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sie sich ebenfalls wegen Rassenschande strafbar gemacht hat.

Frage: Frll. Winkelmann hat am 8.1.1940 vor der Polizei erklärt, daß der Vater des Sally Knopp und Sally Knopp auf sie eingeredet haben, vor den Behörden die Unwahrheit zu sagen und gegebenenfalls diese unwahren Angaben vor Gericht unter Eid zu bekräftigen. Was erwidern Sie darauf?

Antwort: Ich habe mich mit der Winkelmann über eine derartige Angelegenheit nicht unterhalten.

Es hat sich s. Zt. folgendes zugetragen:

Frll. Winkelmann erschien in meiner Wohnung und zeigte mir



- 36- 213

mir einen Brief, den sie vom Hauptgesundheitsamt in der Fischerstr. erhielt. Nach kurzer Zeit erschien auch mein Sohn in der Wohnung. Bei seinem Erscheinen erklärte mein Sohn Sally, daß er am nächsten Tage auch im Hauptgesundheitsamt, zwecks Untersuchung, erscheinen müsse. Am nächsten Tage bin ich mit meinem Sohn Sally nach der Fischerstr. gegangen. Die Winkelmann war dort bereits anwesend. An den Herrn Stadtinspektor Maerker stellte ich die Frage, warum mein Sohn Sally vorgeladen, und ob er geschlechtskrank sei. Herr Maerker forderte uns auf, in einem Nebenzimmer Platz zu nehmen. Nach etwa 10 oder 15 Min. erschien Herr Maerker und rief meinen Sohn in sein Zimmer. Ich bin ebenfalls in das Zimmer des Herrn M. gegangen. Dort wurde mir bekanntgegeben, daß mein Sohn Sally festgenommen sei und daß er nach einem Krankenhaus geschafft wird, Nach kurzer Zeit erschienen zwei Kriminalbeamte und nahmen meinen Sohn Sally mit. Von dort aus bin ich nach Hause gegangen und habe mich um die Angelegenheit nicht mehr gekümmert.

Ich bestreite nochmals, daß ich in Gegenwart meines Sohnes auf die Winkelmann eingeredet habe, sie solle vor der Behörde falsche Angaben machen, um meinen Sohn dadurch vor Strafe zu schützen. Auch ist es unwahr, daß ich die Winkelmann zum Meineid angestiftet habe. Die Angaben der Winkelmann sind mir bekanntgegeben worden. Sie entsprechen in vielen Punkten nicht den Tatsachen. Weder habe ich auf sie eingeredet, vor Behörden falsche Angaben zu machen, noch habe ich zu ihr geäußert, sie solle diese falschen Angaben vor Gericht unter Eid wiederholen. Ob mein Sohn Sally sie zum Meineid oder zu falschen Angaben angehalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis..

Der Rasse nach bin ich Volljude. Meine Eltern und Großeltern väterlicher- wie mütterlicherseits waren Juden. Ich bin im Besitz einer Kennkarte für Juden.

Ich bin wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft. Die letzte Strafe. Die letzte Strafe erhielt ich, soweit ich mich entsinnen kann, im Jahre 1927.

Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht machen.

z. H. Winkelmann

v.                      g.                      u.

Paul Israel Knopp

Geschlossen: Mit dem Vermerk, daß die Zeugin Erna Jakob geb. Winkelmann, dem Knopp gegenübergestellt wird.

z. H. Winkelmann

..... Kledt Krim.Oberass.



Der Polizeipräsident

Berlin C 2

am 2.2. 1934

Tatort: Amtsgerichtsbezirk: Berlin

Ergreifungsort: " Berlin

Staatliche Kriminalpolizei

Knd. 00835 K.E. 40\*-3.FEB.40

Krim. Pol. Leitstelle Berlin

## Einlieferungsanzeige

Am 2. 2. 1934 gegen 12,00 Uhr wurde im Bereich  
des 67. Polizeireviers Greifswalderstr. 140/41  
(Ort und Straße)  
festgenommen:

Vor- und Zuname:

Paul, Jsrael K n o p p

Beruf:

Lagerarbeiter

Geboren:

21. 10. 1886 in Berlin

amt in Gemeinde

Familienstand:

ledig — verheiratet mit Johanna K. geb. Rollert  
9.7.1912 in Berlin geb., bei mir wohnhaft.

Wohnung:

Berlin N. 54, Gormannstr. 12 v. I Tr.  
— wohnungslos — war nicht imstande, eine Wohnung anzugeben — die gemachte  
Wohnungsangabe erwies sich bei Nachfrage als unzutreffend.

Vor- und Zuname der Eltern:

a) Vater

Julius Knopp, Lederarbeiter,

b) Mutter

Dora K., geb. Wilzig

Bei Minderjährigen:

a) Wohnung der Eltern:

b) Name und Wohnung des  
Vormundes:

c) Vormundschaftsgericht:

B e m e r k u n g e n :

1) Körperdurchsuchung ist erfolgt  
durch: Klede

2) Anfrage beim Stedbriefregister  
ist erfolgt. Notierung besteht  
nicht — ~~XXX~~

Klede

Name

Krim.Oberass.

Amtsbezeichnung

K.J.M.II.8.

Dienststelle

3) ~~Eintrag über die Person~~  
~~XXX~~ — Karte ist nicht vorhanden.

Klede Krim.Oberass.

Unterschrift

118-132/40-



K.J.M.II.8.

Dienststelle

Berlin- C 2 , den 2.2. 1934

Sofort!

I. 1. Die festgenommene Person wird eingeliefert ~~zum Aufbruch~~

— wegen erfolglose Anstiftung zum Meineid § 159 RStGB

2. Die Einlieferung erfolgt ~~zum Aufbruch zum Dienst~~ — für die Dienststelle

K.J.M.II.8.

*Meier*  
Name

Krim.Oberass.  
Amtsbezeichnung

K.J.M.II.8.

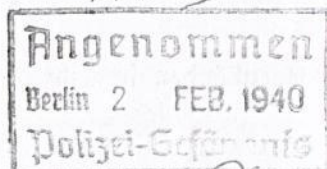
Dienststelle

Berlin- C 2 , den 2. 2. 1934

II. 1. Der ~~X~~ Paul, Jsrael Knopp

wurde gehört; ~~X~~ er ist in das Polizeigefängnis einzuliefern.

(Annahmestempel des Polizei-Gefängnisses)



*Kielmann*  
Name

*K.O.S.*  
Amtsbezeichnung

III. 1. Als Angehörige wurde benachrichtigt:

2. Angehörige wurden nicht benachrichtigt, weil

Name

Amtsbezeichnung



## IV.

**Vorführungsbegründung:**

Die festgenommene Person wird in Haft behalten und dem Herrn Vern. Richter im Polz. Präsidium für den Herrn Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin vorgeführt, weil sie der Verleitung zum Meineid in einem Rassenschandeverfahren überführt und geständig ist. Da ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, bedarf der Fluchtverdacht keiner weiteren Begründung.

*Kelmann*  
 Unterschrift des Dienststellenleiters

KOS.

Amtsbezeichnung

Die Vorführung erfolgte

am ..... 193..... Uhr\*)

Name

Amtsbezeichnung

\*) Als Vorführungszeit ist die Zeit der Abgabe der Akten im Polizeigefängnis zwecks Vorführung vor den Vernehmungsrichter oder die Zeit der Zuführung der Person an eine Gerichtsstelle einzutragen.

Dienststelle

Berlin, den ..... 193.....

V. 1. die festgenommene Person ist zu entlassen.

2. Von den in Verwahrung genommenen Gegenständen sind ihr auszuhändigen:

als Beweismittel bleiben beschlagnahmt:

Entlassen am

..... 193..... Uhr.

Unterschrift

Name

Amtsbezeichnung



# Staatliche Kriminalpolizei

Kriminalpolizeileitstelle

RJ. M.II.8.-132/40-

int. Anruf 510

Altkennzeichen K.J.M.II.8.-132/40-

Satort: Berlin

(Amtsgerichtsbezirk)

Ergreifungsort: Berlin

(Amtsgerichtsbezirk)

Berlin

C 2

, am 3. 2.

1934

1. Die vorläufige Festnahme des — ~~der~~ —

Paul, Jsrael Knopp, Lager-  
arbeiter, Volljude, 21. 10. 1886 in  
Berlin geboren, Berlin- N. 54,  
Gromannstr. 12 wohnhaft

erscheint begründet,

~~da er auf finischer Sak betroffen wurde~~ und

~~der Gefahr der Nachforschung~~ -

~~keine Gefahr der Nachforschung festgestellt werden konnte~~

~~XS0275630X~~

da - Gefahr im Verzuge - dringender Tatverdacht - Flucht-  
verdacht - Verdunkelungsgefahr - Fortsetzungsgefahr -  
vorliegen,

~~fein~~ Belassen auf freiem Fuße untragbar erscheint.

(§§ 112 und 113 StPO)

Erkennungsdienstliche Maßnahmen

Fingerabdrücke aufgenommen —  
Bild aufgenommen

*2.2.40, Knopp, 1886*  
(Datum, Name und Dienstnummer des abfertigenden  
Beamten der Erkennungsdienstzentrale)  
*Gewappstich gr.*  
*Wede, Wm. Wede*

Seitrand

A 5  
0 mm  
auf  
10 A



2. Er - ~~XXX~~ - wird - ~~XXXXX~~ - vorgeführt zu den - anliegenden - Akten  
K.J.M.II.8.-132/40- wegen \*) ~~erfolglose~~ Anstiftung  
zum Meineid, Verbrechen gemäss § 159 RStGB.

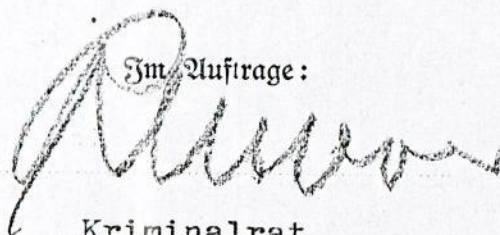
dem Herrn Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium

~~dem Herrn Generalstaatsanwalt~~ ~~bei dem Landgericht Berlin~~ ~~(Strafabteilung)~~

~~dem Herrn Generalstaatsanwalt~~ für den Herrn Generalstaatsanwalt

~~dem Herrn Generalstaatsanwalt~~ bei dem Landgericht Berlin (Strafabteilung)

Im Auftrage:



Kriminalrat

(Dienstgrad)

\*) Genaue Bezeichnung der Straftat und der in Frage kommenden Gesetzesparagrafen.

71



# Reichssicherheitshauptamt

IV C 2 - Haft-Nr. K. 2431

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

An den

Herrn Staatsanwalt bei dem  
Landgericht

in Berlin NW 40  
Turmstr. 91

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

15. März 1940



Betrifft: Jude Sally Israel K n o p p, geb. 7.3.10 Berlin.

Vorgang: Schrb. v. 5.3.40 - 2 P Js 709/39 -

---

Ich habe KL. Sachsenhausen angewiesen, K n o p p  
zur dortigen Verfügung in das Untersuchungsgefängnis Moabit  
zu überführen.

Für Rückführung des K. ins KL. Sachsenhausen bitte  
ich Sorge zu tragen.

*Am 26/3 es 1667  
W. 21/3 es  
20*

Im Auftrage:

*Am 24/3 es 1667  
W. 21/3 es 20*  
Br. 1/2



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

U.-Abt. A 6

Berlin

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem Landgericht B e r l i n

in B e r l i n NW40

Turmstr. 91.

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens — meines Schreibens

A 6 - K 49/38 Sch.

Betrifft: Auskunft über den Stand eines Verfahrens —  
~~Überreichung einer Urteilsabschrift.~~

In der Strafsache gegen

Sally Israel K n o p p , geb. 7.3.10,

wegen Akt. Zeich.- 2 P Js. 709/39-

bitte ich um { Auskunft über den Stand des Verfahrens.  
~~Überreichung der Akten zur Einsichtnahme auf kurze Zeit.~~  
~~Überreichung einer Urteilsabschrift.~~

Die polizeilichen Verhandlungen wurden am ----- übersandt.

Im Auftrage

# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 2, Grunerstr. 12, Ecke Dirschstr.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin NW.40

Turmstr.91

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

2 P Js 709/39

K 49/38

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

U.-Abt. A 6 a - K 49/38 Sch.

Bln., den 29.4.40.

Betr: Strafsache gegen Sally Israel  
K n o p p , 7.3.10 Berlin geboren.

K n o p p wurde gemäß dortigen  
Ersuchens am 14.3.40 aus dem Konzen-  
trationslager Sachsenhausen nach dem  
Untersuchungsgefängnis befördert. Nach  
Abschluß des Verfahrens bitte ich, K.  
zwecks Rücküberstellung nach Sachsenhausen  
dem hiesigen Polizeigefängnis zu über-  
weisen.

Im Auftrage:

*Handwritten signature*

*Handwritten signature*



99

Im Namen des Deutschen Volkes !

S t r a f s a c h e  
g e g e n

- 1.) den Friseur Sally K n o p p , geboren am 7. März 1910 in Berlin, wohnhaft in Berlin N, Auguststraße 26 b, seit dem 14. März 1940 in dieser Sache in Untersuchungshaft im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit,
  - 2.) den Lagerarbeiter Paul Israel K n o p p , geboren am 21. Oktober 1886 in Berlin, wohnhaft in Berlin N 54, Gormannstraße 12, seit dem 5. Februar 1940 in dieser Sache in Untersuchungshaft im Gefängnis Berlin-Plötzensee,
- zu 1) und 2) wegen Verleitung zur Begehung eines Meineides, zu 1) wegen Rassenschande.

Die 2. Strafkammer des Landgerichts in Berlin hat in der Sitzung vom 7. Juni 1940, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Krohn

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Weckwerth,

Landgerichtsrat Dr. Strunz

als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Domann

als Beamter der Staatsanwaltschaft,



Justizinspektoranwalt Kipsch

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Sally Knopp wird wegen Rassen-  
schande und gemeinschaftlichen Unternehmens der  
Verleitung zur Begehung eines Meineides zu einer  
Gesamtstrafe von 3 - drei - Jahren 3 - drei - Mo-  
naten Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungs-  
haft und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehren-  
rechte auf die Dauer von 6 - sechs - Jahren verur-  
teilt.

Der Angeklagte Paul Israel Knopp wird wegen  
gemeinschaftlichen Unternehmens der Verleitung zur  
Begehung eines Meineides zu 1 - einem - Jahr 6  
- sechs - Monaten Zuchthaus und zur Aberkennung der  
bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 -  
- drei - Jahren verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens werden den Ange-  
klagten auferlegt.

#### G r ü n d e .

Der Angeklagte Sally Knopp ist 30 Jahre alt. Er  
war in Fürsorgeerziehung, war 2 Jahre Frisörlehrling  
und hat dann als Arbeiter in verschiedenen Fabriken ge-  
arbeitet. Er ist unverheiratet. Seine Eltern sind ge-  
schieden. Er wird der Rassenschande mit der Gerda Lin-  
tow, geb. Polack, beschuldigt. Knopp hat die Lintow,  
wie er glaubhaft angibt, im Jahre 1934 in Berlin in ei-  
nem Lokal kennen gelernt und mit ihr alsbald geschlecht-



100

lich verkehrt. Er kam dann bis 1937 ins Arbeitshaus.

1937 traf er wieder mit der Lintow zusammen. Er ist geständig, im Jahre 1937 zweimal mit der Lintow geschlechtlich verkehrt zu haben.

Auf Grund der verlesenen Urkunden und der Aussagen des mitangeklagten Paul Israel Knopp, des Vaters des Sally Knopp, der Zeugin Emma Sara Knopp, der Mutter des Sally Knopp, sowie der Aussage des Zeugen Wilhelm Polack, des Vaters der Gerda Lintow, ist erwiesen, daß Sally Knopp Volljude und Gerda Lintow deutschblütig und deutsche Reichsangehörige ist.

Hiernach ist erwiesen, daß Sally Knopp als Jude mit einer Staatsangehörigen deutschen Blutes, der Gerda Lintow, im Jahre 1937 in Berlin außerehelich geschlechtlich verkehrt hat.

Er ist daher des Verbrechens gegen §§ 2, 5 Abs. 2 des Blutschutzgesetzes vom 15. 9. 1935 schuldig.

Sally Knopp und der Mitangeklagte Paul Israel Knopp werden ferner der gemeinschaftlichen Unternehmung der Verleitung zum Meineide, begangen in Berlin im Jahre 1937, beschuldigt.

Paul Israel Knopp ist 53 Jahre alt. Er ist nach Scheidung der Ehe mit Emma Sara Knopp seit 1930 in 2. Ehe mit einer deutschblütigen Frau verheiratet und hat aus dieser Ehe 4 Kinder im Alter von 8 bis 2 Jahren.

Er hat das Schuhmacherhandwerk erlernt. Er war im Weltkriege Soldat und ist infolge Verschüttung kriegsbeschädigt. Er arbeitete zuletzt seit 2 Jahren bei der



evangelisch-jüdischen Gemeinde als Lagerarbeiter und Möbelpacker.

Der Angeklagte Sally Knopp lernte im Januar 1937 die damals noch unverheiratete Zeugin Erna Jakob, geb. Wickelmann, in einem Lokal in Berlin kennen. Er hat mit dieser Zeugin, die deutsche Reichsangehörige und deutschblütig ist, im Januar 1937 geschlechtlich verkehrt. Die Zeugin wurde durch den Geschlechtsverkehr geschlechtskrank und mußte deswegen sich dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin vorstellen. Dort traf sie zufällig den Angeklagten Sally Knopp, mit dem sie sich unterhielt.

Sally Knopp war auf dem Gesundheitsamt bekannt, da er schon seit Jahren dort zur Kontrolle war. Daß Sally Knopp und die Zeugin Jakob sich unterhielten, war von dem Beamten des Gesundheitsamts, dem Stadtinspektor Merker, gesehen worden, wie die Zeugin Jakob deshalb vermutete, weil sie bei einem 2. Besuch auf dem Gesundheitsamt von Merker gefragt wurde, ob sie den Sally Knopp kenne. Sie hat, wie sie bekundet, damals dem Merker gegenüber den Geschlechtsverkehr mit Sally Knopp zugegeben. Die Zeugin Jakob bekam dann vom Gesundheitsamt einen Aufnahmeschein für ihre Aufnahme im Krankenhaus zur Behandlung ihrer Geschlechtskrankheit. Sie ging mit diesem Schein in die Wohnung des Angeklagten Paul Israel Knopp. Sie erzählte ihm, daß sie von Sally angesteckt und auf dem Gesundheitsamt gefragt worden sei, ob sie mit Sally Geschlechtsverkehr gehabt habe, und daß sie diese Frage bejaht habe. Paul Israel Knopp wurde durch diese Mitteilung der Zeugin sehr aufgeregt.



Er sprach auf die Zeugin ein, sie müsse den Geschlechtsverkehr mit Sally abstreiten. Während dieser Unterhaltung erschien Sally Knopp in der Wohnung seines Vaters. Sally beteiligte sich an dem Gespräch und sagte der Zeugin, sie solle vom Geschlechtsverkehr nichts sagen, sondern nur angeben, sie hätten sich im Lokal kennen gelernt und unterhalten, sonst sei aber nichts passiert.

Der Vater des Sally sprach erneut auf die Zeugin ein und sagte dabei zu ihr, wenn es hart auf hart ginge,

so solle sie auch vor Gericht nur so, wie Sally es ihr

gesagt, aussagen. Beide Angeklagten erklärten dabei der

Zeugin, wenn sie den Geschlechtsverkehr eingestehe, werde

sie wegen Rassenschande bestraft werden. <sup>Alf. 24.</sup> Die Zeugin

fand noch am Tage dieser Unterhaltung Aufnahme im Kranken-

hause. Sie ist dort am 30. Januar 1937 von der Poli-

zei darüber vernommen worden, ob sie mit Sally Knopp

Geschlechtsverkehr gehabt hat, und hat solchen Verkehr

geleugnet und zwar, wie sie angibt, aus Angst vor ei-

nem Verfahren wegen Rassenschande. Die Folge dieser

Aussage war, daß der zunächst festgenommene Sally Knopp

von der Polizei freigelassen wurde. Zwecks Herbeiführung

einer wahren Aussage ist die Jakob dann vom Amtsgericht

leidlich als Zeugin vernommen worden. Bei dieser Ver-

nehmung hat sie zugegeben, mit Sally Knopp geschlecht-

lich verkehrt zu haben.

Wegen dieses Geschlechtsverkehrs ist gegen Sally

Knopp in den Akten 2. P. K.Ls. 12/37 der Staatsanwaltschaft/Berlin

Anklage wegen Rassenschande erhoben worden. Erst in der



Hauptverhandlung über diese Anklage hat Sally Knopp, der bis dahin einen Geschlechtsverkehr mit der Jakob geleugnet hatte, in Übereinstimmung mit der Bekundung der in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugin Jakob zugegeben, daß er mit der Zeugin Geschlechtsverkehr gehabt habe. Sally Knopp ist in jenem Verfahren wegen Rassenschande zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Er hat diese Strafe verbüßt.

Die beiden Angeklagten bestreiten den ihnen zur Last gelegten Versuch der Anstiftung der Jakob zur Begehung eines Meineids. Sie sind indessen durch die Bekundung der Zeugin Jakob als überführt anzusehen. Für die Wahrheit dieser Aussage spricht, daß Paul Israel Knopp auf der Polizei im Vorverfahren nach anfänglichem Leugnen nach Gegenüberstellung mit der Jakob die Tat zugegeben hat, soweit sie ihn angeht. Seine Erklärung in der Hauptverhandlung, er habe das damalige Geständnis nur in der Aufregung gemacht, ist unglaubwürdig.

Beide Angeklagten hatten auch erhebliches Interesse daran, die Zeugin Jakob von einer wahren Aussage abzuhalten, um eine Bestrafung des Sally Knopp wegen Rassenschande zu vereiteln.

Die beiden Angeklagten sind hiernach der gemeinschaftlich unternommenen Verleitung zum Meineid schuldig; §§ 159, 47 StGB.

Da Sally Knopp die Rassenschande mit der Gerda Lintow während des Verfahrens begangen hat, das wegen Rassenschande mit der Zeugin Jakob gegen ihn bereits schwebte, erschien für diese Tat eine Zuchthausstrafe



103

von 2 Jahren als erforderliche Sühne.

Bei der Strafe für das Verbrechen gegen § 159 StGB. war die Hartnäckigkeit des Unternehmens erschwerend zu berücksichtigen. Trotzdem Paul Israel Knopp erheblich stärker auf die Zeugin Jakob eingewirkt hat, erschien es nicht angezeigt, ihn höher als seinen Sohn zu bestrafen, weil er lediglich zum Schutze seines Sohnes gehandelt hat. Bei der Hartnäckigkeit der Einwirkung erschien eine Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus als notwendige, aber auch ausreichende Sühne. Bei Sally Knopp sind die beiden Einzelstrafen gemäß § 74 StGB. zu der erkannten Gesamtstrafe zusammengezogen worden. Da er bezüglich der Rassenschande von Anfang an geständig war, ist ihm gemäß § 60 StGB. die erlittene Untersuchungshaft angerechnet worden. Seine Taten verraten Ehrlosigkeit der Gesinnung. Deshalb wurden ihm für jede der beiden Taten die bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre aberkannt.

Bei Paul Israel Knopp kam wegen seines Leugnens eine Anrechnung von Untersuchungshaft nicht in Betracht. Auch bei ihm war wegen der Ehrlosigkeit seiner Gesinnung, die er bei seiner Tat an den Tag gelegt hat, die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre auszusprechen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

gez.: Krohn

Weckwerth

Der Landgerichtsrat  
Dr. Strunz ist infolge Be-  
urlaubung an der Unterzeich-  
nung verhindert.  
Krohn.



Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.



Geheim Staatspolizei  
Stelle Berlin

Stelle Berlin

1040 - 8 - 9

3. JUN 1940

Berlin

An

den Herrn Generalstaatsanwalt  
beim Landgericht

in Berlin NW.40

Turmstraße 91.

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens — meines Schreibens

A 6 a-K 49/38 Sch.-Bln.den 27.6.40

Betrifft: Auskunft über den Stand eines Verfahrens —  
~~Mitteilung~~ ~~der Akten~~ ~~zur Einsichtnahme~~ ~~auf kurze Zeit~~

In der Strafsache gegen Sally Israel K n o p p,  
7.3.10 Berlin geboren,

wegen 2. P. Js 709/39 —

bitte ich um { Auskunft über den Stand des Verfahrens.  
~~Mitteilung der Akten zur Einsichtnahme auf kurze Zeit.~~  
~~Mitteilung einer Aktenabschrift~~

Die polizeilichen Verhandlungen wurden am 11/11 überandt.

Fernruf  
E 1 Berolina 0023

Poltscheck  
Berlin 2386  
Kasse des Geheimen  
Staatspolizeiamtes

Stabbe

am  
26



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin

131

Berlin

An

den Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

in Berlin NW 40

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens — meines Schreibens

2 P K Ls 35.40 - 5.7.40 - / Stapo A6a-K.49/38 Sch

Betrifft: ~~Auskunft über den Stand eines Verfahrens~~ 25.9.40.  
~~Vorstufe über den Stand eines Verfahrens~~  
~~Vorstufe über den Stand eines Verfahrens~~

In der Straffache gegen Knopp und Andere

wegen Rassenschande

bitte ich um ~~Auskunft über den Stand des Verfahrens~~  
~~Überführung der Akten zur Entschärfung auf kurze Zeit~~  
~~Überführung der Akten zur Entschärfung auf kurze Zeit~~

Die polizeilichen Verhandlungen wurden am ..... überandt.

Im Auftrage

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin

184

Berlin C 25, Brunerstr. 12, Ecke Dirschenstr.

Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin NW 40  
Turmstraße 91

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

Betrifft Sally Israel  
Knopp, 7.3.  
10 Berlin geb.

Vorg: Schreiben vom 28.9.40  
2 P K Ls 35.40

Stapo A6a-K 49/38 Sch.

Berlin, den 11.10.1940

Zwecks Erledigung eines Er-  
lasses bitte ich noch um Auskunft,  
wo und bis wann Knopp die  
Strafe verbüßte.

Im Auftrage:

*mit Nachprüfung  
v. i. H. er.  
M. H. 20*

WR



3. 21.  
Hansen;  
Verwaltungsinспектор Sekretär



55 c f t r a n d



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 2, Grunerstr. 12, Ecke Dirksenstr.

Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

An den

Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin NW 40  
Turmstraße 91



Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens

Stapo IV D 1-K.4475/40

3. September 1942.

Betrifft: Evakuierung von  
Juden - Aussetzung  
der Strafvollstreckung  
und Aufhebung der Unter-  
suchungshaft.

Vorgang: Erlaß des Reichsmini-  
sters der Justiz - 4300 -  
III a4 586/42 vom 16.4.42.

Der Jude Sally, Israel K n o p p,  
7.3.1910 Berlin geb., verbüßt zur Zeit  
zum Aktenzeichen (502) 2 P.Kls. 35/40  
(103.40) eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren  
und 3 Monaten im Zuchthaus Brandenburg-  
Görden. Da er am 26.9.42 aus dem Reichs-  
gebiet evakuiert werden sollte, bitte ich  
die Strafvollstreckung auszusetzen und

Din A 5  
Vordruck  
Pol. Nr. 3

Anlagen

Fernruf  
51 00 23

Polischeckkonto  
Berlin 2586  
Kasse

des Geheimen Staatspolizeiamts

Der Vorstand des Zuchthaus  
und der Sicherungsanstalt

Alttenzeichen: 2 P.H.L. 35/40

Zugangsliste Nr. 440740.

Brandenburg (Havel)-Görden, den 13. 12. 1941



Der Justizrat Paul Havel Knopp

hat die Strafe vom

bis

mittags 12 Uhr 42 Minuten

verbüßt und ist nach

entlassen worden.

An  
den Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht  
des Amtsgerichts

Berlin

in

S. U.

Leue  
Verwaltungsinspektor  
T. G. H.



ihn der hiesigen Dienststelle zu  
überstellen.

Im Auftrage:

gez. S t ü b s.

Beglaubigt:



Kriegsminister bezgl.

Vollj. Kommand Knopp

St. 11-21. VIII. 43.

Wegzulegen dem

Grossen Oskar-Oberst z. Festsetzung.

S. 27. 9. 42.

U  
H. 18

K.

V  
Dankschreiben von dem vord. Vorstandsmitglied  
des fünften Knopp  
dem Kriegsminister Berlin - Magdalen.  
Zusatz: das Unterstaatssekretär ist zu tun.

D. 3. 3. 43. 25. 8. 43. 11. 12. 43.

B. 18. XII. 41.

B  
V

zu 11. 1. 1912  
19. 12. 41 B20



Vfg.

- 1.) Die Vollstreckung wird ausgesetzt. Knopp ist der Gestapo zu überstellen.
- 2.) Zu schreiben an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin zu: Stapo IV D 1 - K.4475/40:  
Betrifft: Evakuierung des Juden Sally Israel Knopp, geboren am ~~21. Oktober 1886~~ <sup>7. März 1910</sup> in Berlin.

Ich habe die Aussetzung der Vollstreckung und die Überstellung des Knopp an die <sup>Abteilung</sup> dortige Dienststelle zu dessen Evakuierung verfügt. Die ~~Überstellung~~ des Knopp bitte ich, von dort aus zu veranlassen. Das Zuchthaus und <sup>7/8</sup> Sicherungsanstalt Brandenburg (Havel)-Görden habe ich unterrichtet.

- 3.) Zu schreiben an den Vorstand des Zuchthauses und der Sicherungsanstalt Brandenburg (Havel)-Görden unter Beifügung einer Abschrift von Ziffer 2):

In der Anlage übersende ich eine Abschrift meines Schreibens an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

Ich ersuche, den ~~Juden~~ Sally Israel Knopp, geboren am ~~21. Oktober 1886~~ <sup>7. März 1910</sup> in Berlin, Gef.B.Nr. ~~642/40~~ <sup>642/40</sup>, der Staatspolizeileitstelle auf Ersuchen herauszugeben.

4.) Ggz.

5.) 1.10.42.

Berlin, den 14 September 1942.

in 213 gdf. 16/9.42 hls  
p. 10 gdf. 11.10.42.

ab 17/9  
Am 1. XI. 42.  
P. 7.10.42. L. 11.42.



**Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht**

2 P K Ls 35.40

Bei Rückschreiben wird um Angabe der  
vorstehenden Geschäftsnummer ersucht

13. Nov. 1942  
Eingb. Nr. ...

Anlagen

Zu Zugangsliste Nr. 693.40

An

das Zuchthaus

Brandenburg (Havel)-Görden

Berlin NW 40, den 9. November 1942  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 67 01



In der Strafsache gegen K n o p p und Andere  
wird um Mitteilung ersucht, ob Sally Jsrael Knopp  
bereits der Stapo zwecks Evakuierung übergeben worden  
ist.

Zuchthaus und  
Stapungsanstalt

Brandenburg (Havel)-Görden,  
den 13. 11. 1942

Unschristlich

Auf Anordnung  
*[Signature]*  
Justizangestellte

zurückgefordert.

*Te. ist der Stapo zum Zwecke der Evakuierung  
mitgegeben worden. Für den Strafverfahren  
der Stapo liegt für mich vor.*

Auf Anordnung:  
*[Signature]*



Zuchthaus  
Brandenburg (Havel)-Görden

Gefab.Nr.: ..... / .....  
(bei allen Schreiben anzugeben)

Zum dortigen Geschäftszeichen:  
H. P. K. L. S. 35/40  
12. 9. 40

Brandenburg  
Havel

Telefon:



1940

An

Um Staatsanwaltschaft  
H. G.  
in Berlin

## Mitteilung des Abganges eines Gefangenen oder Verwahrten

(Arn. 207 Abs. 1, 208 Abs. 3 VollzD)

Familienname: Kropp  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Rufname: Sally - Israhel

Zuletzt ausgeübter Beruf: Friseur

Geburtsdag: 7. 3. 10

Geburtsort: Berlin

Staatsangehörigkeit:

ist am 23. 12. 1940 Uhr

entlassen — und Berlin zum K. S. Verwahrung

verbleibt für

weiter in Haft —

Rassen- bzw. Volkszugehörigkeit: Jude

Familienstand: ledig

Zahl der Kinder: —

Letzte Wohnung vor der Aufnahme zum Vollzuge:

Berlin S. W. 68

Auguststr. 26 b.

zu — über — geführt — worden —

Geäftszeichen: Siapo IV

D. 1. 9045

beabsichtigt in

Wohnung zu nehmen.

Grund des Abganges:

Name:

Amtsbezeichnung: Obergerichtsvollzieher

VollzD. A 27 Mitteilung des Abganges.  
Arbeitsverwaltung Plöhenfee.